Nr. 180 März/April 1992 DM 6,00 M 3477 F



informationszentrum dritte welt



Kolonialismus III

Zerrbilder Asiens

außerdem:

El Salvador: Frieden ohne Waffen?
Flüchtlinge: Asylrechtsverschärfung
Westsahara: Noch immer kein Referendum
Türkei: Griff nach Zentralasien

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Andrea Borchers, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Frank Krämer, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Späier, Ulrike Steckkönig, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 181:
6.3.1992

Anzeigenschluß für Nr. 181:
(Druckfertige Vorlagen) 13.3.1992

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Inhaltsverzeichnis

Weltmarkt: Fluch oder Segen
Seminar der 'blätter des iz3w'

in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Politische Ökologie am 3. und 4. April 1992 in Freiburg

Die Integration der sogenannten Dritten Welt in den Weltmarkt führt(e) zu ihrer Verarmung'. Auf diese kurze Formel ließe sich die zentrale Grundüberzeugung der Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung bringen.

Seit Anfang der achtziger Jahre gibt es allerdings vermehrt WissenschaftlerInnen, die Zweifel an der Allgemeingültigkeit der oben genannten Aussage haben. Einige Autoren, wie Leopoldo Mármora und Dirk Messner, leiteten aus den Exporterfolgen der asiatischen Staaten sogar eine Entwicklungsstrategie ab, die sie als 'aktive Weltmarktintegration' bezeichnen.

Wir möchten in unserem Seminar zum einen Dritte-Welt-Aktive und Dritte-Welt-Interessierte mit den Erkenntnissen der Wissenschaftler in Kontakt bringen. Zum anderen erscheint es uns notwendig, dieses Konzept kritisch zu hinterfragen.

ReferentInnen: Tatjana Chahoud (Berlin/Kassel), Leopoldo Mármora (Heidelberg), Ulrich Menzel (Duisburg/Frankfurt), Dirk Messner (Berlin), Saral Sakar (Köln)

Weitere Infos und Anmeldung:

GPÖ	oder	'blätter des iz3w'
Rieckestr. 26		Postfach 5328
7000 Stuttgart 1		7800 Freiburg
Tel. 0711/28 20 33		Tel. 0761/74003

Schwerpunktheft: Nr. 181
Ökologie und Dritte Welt

In diesem Themenschwerpunkt soll zunächst anhand von verschiedenen Beiträgen die Diskussion um eine mögliche ökologische und soziale Gesellschaft geführt werden. Thematisiert werden sollen außerdem die Gefahren einer globalisierten Umweltpolitik und einer eventuell daraus resultierenden "Ökokratie".
In einem zweiten Teil soll speziell auf die bevorstehende UNCED-Konferenz in Rio eingegangen werden. Der Diskussionsprozeß, der im Rahmen der Vorbereitungen auf das Spektakel in Rio zwischen Industrienationen und der Dritten Welt stattgefunden hat, soll analysiert und die verschiedenen zu erwartenden 'Ergebnisse' kritisch untersucht werden. Manuskripte und Anregungen bitte bis Mitte März an

blätter des iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Das Heft kann gegen 6,- Mark Vorkasse (Scheck, bar oder in Briefmarken) bei der obigen Adresse bestellt werden.

Holzen statt helfen?

Deutsche Regenwaldpolitik weiter ohne klare Linie

Bonn ist weltweit zum größten Fürsprecher für eine internationale Regenwaldschutzpolitik und zu einem wichtigen Zahlmeister für sogenannte Schutzprogramme geworden. Kürzlich signalisierte das Umweltministerium sogar die Bereitschaft, sich für die Aufnahme bedrohter Tropenholzarten in das Washingtoner Artenschutzabkommen (WA) einzusetzen. Aber hat die Bonner Mannschaft auch klare Konzepte und ehrliche Absichten?

Kurz nach Jahresbeginn sickerte - aus ungewöhnlich gut informierten Kreisen - in die Tagespresse, daß der Verein deutscher Holzeinfuhrhäuser (VDH) einer zögerlichen Bundesregierung einmal mehr ein klares Nein gegen jede Beschränkung des Tropenholzhandels abgerungen habe. Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium hätten zwei aggressiv vorsprechenden Vertretern der deutschen Tropenholzimportwirtschaft zugesichert, eine Einschränkung des Handels mit bedrohten Tropenholzarten durch das Washingtoner Artenschutzabkommen nicht zu unterstützen.

Der Vorgang ist symptomatisch, nicht nur für die bundesdeutsche Position zum internationalen Tropenholzhandel, sondern für die staatliche Regenwaldpolitik unseres Landes insgesamt. Was war geschehen?

Das WA ist ein inzwischen durchaus effektives Instrumentarium, um den internationalen Handel mit solchen Tier- und Pflanzenarten und daraus gewonnenen Produkten einzuschränken oder zu unterbinden, die vom Aussterben bedroht sind. Der freie Handel mit über 48000 Tier- und Pflanzenarten ist durch dieses internationale Abkommen zwischen mehr als 110 Vertragsstaaten mittlerweile deutlich eingeschränkt. Alle zwei Jahre wird jeweils mit Zweidrittel-Mehrheit der Mitgliedsstaaten entschieden, welche Arten neu in das Abkommen aufgenommen werden, wie stark der internationale Handel eingeschränkt werden soll und auch, bei welchen Arten der Schutzstatus gelockert wird.

Dieses Instrumentarium soll mangels anderer möglicher Handelseinschränkungen auch für den Schutz seltener Tropenhölzer genutzt werden. Für die im März stattfindende Vertragsstaaten-Konferenz liegen auf Initiative von sieben Ländern Aufnahmeanträge für etwa ein Dutzend Tropenholzarten zur Abstimmung vor. Besonders hervorgetan hatten sich dabei Dänemark und die Niederlande, die fast die Hälfte aller Anträge gestellt hatten. Mit Ramin, Merbau, amerikanischem Mahagoni und Palisanderarten befinden sich auf der Vorschlagsliste Tropenholzarten, mit denen sich auch in der Bundesrepublik gutes Geld verdienen läßt.

Der VDH fürchtete daraufhin um seine uneingeschränkten Importmöglichkeiten und wurde in Bonn vorstellig: Die Bundesregierung solle ihren Einfluß geltend machen, um das durch Dänemark und die Niederlande angeregte gemeinsame Vorgehen der EG-Staaten auf der Vertragsstaatenkonferenz zu verhindern. Und wie es zunächst schien, sollte der VDH mit seinen Lobbybemühungen einmal mehr Erfolg haben.

Doch letztendlich kam es anders. Angetrieben durch den Protest von Naturschutzorganisationen rückte die Bundesregierung schrittweise von ihrer Politik der Begünstigung des Holzhandels ab. Nachdem sie sich zunächst mit der Aufnahme von drei Tropenholzarten in das WA anfreundete, erhöhte sie ihr Angebot später auf fünf. Und zu Beginn der Sitzungen in Kyoto war vom Umweltministerium zu erfahren, daß man entschlossen sei, unter bestimmten Bedingungen sogar sämtliche Anträge auf der Vertragsstaatenkonferenz zu unterstützen. Was immer in Kyoto beschlossen wird, der (Ab)Stimmungswandel der Bundesregierung ist zweifellos ein Erfolg der Regenwaldschutzbewegung. Dennoch bleibt die Regenwaldpolitik der Bundesregierung



bei genauerer Betrachtung ausgesprochen halbherzig und in sich widersprüchlich.

Prüfstein Sarawak

Am 11. Februar gingen die Spitzen des Vereins Deutscher Holzeinfuhrhäuser (VDH), des Hauptverbandes der Deutschen Holz und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (HDH) und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) mit einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bonn erneut in die Offensive. Man wolle sich an die Spitze einer dem rationalen Schutz- und Nutzgedanken von Tropenholz verpflichteten Initiative setzen und in diesem Sinne weltweit "gerne auch missionarisch" tätig werden. Gemeint ist, daß seitens der deutschen Holzwirtschaft nur noch der Import von Holz angestrebt werden soll, das aus Ländern oder von Betrieben mit nachhaltiger, d.h. ökologisch verträglicher Waldbewirtschaftung im Sinne der internationalen Tropenholzhandelsorganisation (ITTO)[1] stammt. Fürs erste genügt freilich der erklärte Wille zu nachhaltiger Waldbewirtschaftung, um von deutschen Tropenholzimporteuren das Unbedenklichkeitszertifikat zu erhalten.

Mit nur mäßigem Geschick lassen sich unter solchen Prämissen waldzerstörende Holzgewinnungspraktiken unverändert fortsetzen. Neu wäre allenfalls, daß diese jetzt mit dem Siegel der ökologischen Unbedenklichkeit versehen würden. "Viel heiße Luft", war kurz nach der Pressekonferenz der interne Kommentar selbst von der Holzindustrie.

Wie ernst es GHK, VDH und HDH mit ihrem Bemühen um den Schutz der Tropenwälder ist, hätten sie in ihrer "Tropenwaldschutzschrift" klar belegen können. Denn seit vielen Monaten diskutiert man selbst in diesen Verbänden die Notwendigkeit, den Tropenholzimport aus dem malaysischen Bundesstaat Sarawak einzustellen.

Sarawak ist nämlich nicht nur unverändert dabei, mit dem Kahlschlag seiner noch ausbeutungsfähigen Naturwälder die Lebensgrundlage für seine gesamte Bevölkerung zu verramschen. Die Penan, Iban, Kelabit und andere indigene Gemeinschaften bräuchten dringend die Hilfe gerade jener Länder, die bislang am Kahlschlag kräftig verdient haben. Es scheint, daß ihnen nur noch ein sofortiger Importstopp für Edelholz aus Sarawak helfen kann.

Neue Politik in Sarawak?

Zu mehr als einer Androhung von Importrestriktionen gegenüber Holz aus Sarawak hat sich die deutsche Holzimportindustrie im Gleichschritt mit ihrer Gewerkschaft bislang allerdings nicht durchringen können. Denn mit Interesse habe man auf der letzten Ratstagung der ITTO zur Kenntnis genommen, daß die Staatsregierung Sarawaks nun eine stärker dem Schutz der Regenwälder verpflichtete Politik einleiten wolle.



Blockade gegen...

Was von dieser Ankündigung zu halten ist, zeigte sich in makabrer Weise genau zu dem Zeitpunkt, an dem die deutsche Holzindustrie in Bonn öffentlich ihre äußerst fragwürdige Schutzpolitik für Tropenwälder erläuterte: Ureinwohner Sarawaks, die seit geraumer Zeit durch Straßenblockaden das weitere Eindringen der Holzfäller in ihr Land zu verhindern suchten, wurden just am gleichen Tag von den staatlichen Behörden festgenommen und mit Hubschraubern und Lastwagen in Gefängnisse abtransportiert.

Im Schulterschluß mit dem Tropenholzhandel fand sich dessenungeachtet wieder einmal die Bundesregierung. Ihr Wirtschaftsminister lobte nicht nur die neuen "Selbstverpflichtungserklärungen" der deutschen Tropenholzwirtschaft. Er sieht unverändert keinen akuten Bedarf an dirigistischen Handelsmaßnahmen für Tropenholzeinfuhren aus Sarawak. Denn was wiegen schon Menschenrechte gegen den freien Welthandel.

Argumente für verantwortliches Handeln hätte die deutsche Regierung freilich längst genug. Die Bundesrepublik gehört zu den wichtigsten Abnehmern von Tropenholz aus Malaysia, ist innerhalb der EG sogar führend. Fachleute warnen, daß bei Einhaltung der gegenwärtigen Rate des Holzeinschlages in weniger als sieben Jahren die Naturwälder Sarawaks bereits weitgehend vernichtet sein werden. Eingedenk dieser düsteren Prognose und der inzwischen jahrelangen, verzweifelten Proteste der Ureinwohner Sarawaks verabschiedete das Europäische Parlament bereits im Juli 1988 eine einstimmige Resolution. Darin wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, den Holzimport aus Sarawak solange einzustellen, bis sichergestellt ist, daß er keine inakzeptablen ökologischen Schäden verursacht, bzw. nicht länger die traditionelle Lebensweise der indigenen Gemeinschaften gefährdet.

In der Bundesrepublik wurde dieser Antrag zusätzlich noch durch einen Beschluß des Bundesrates unterstützt, der ein sofortiges Moratorium für Tropenholzimporte fordert, mit Ausnahme solcher Lieferungen, die die Bedingungen einer sogenannten Positivliste erfüllen. In diese Positivliste sollen nur solche Hölzer aufgenommen werden, deren Gewinnung in den Tropenwaldländern weder ökologischen noch sozialen Schaden anrichtet.

Seit einem halben Jahr fordern auch die inzwischen über 40 Mitgliedsverbände der bundesdeutschen 'Regenwälder Kampagne 92' von der Bundesregierung kategorisch, ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Ureinwohnern Sarawaks zumindest mit der Androhung von Handelsbeschränkungen gerecht zu werden. Gefordert wird neben einer Importbeschränkung ein begleitendes Bündel von Maßnahmen: Technische und finanzielle Hilfe für die von der notwendigen Umstellung im Exportholzsektor betroffenen Menschen; Förderung umfassender standortgerechter Aufforstung usw. Während fachkundige Mitarbeiter Bonner Ministerien längst die Notwendigkeit dieser Maßnahmen befürworten, versagt die offizielle Bonner Politik den aussterbenden indigenen Kulturen weiterhin die dringend gebotene Solidarität.

Gefährliche Philosophie für den Schutz der Regenwälder

Der Bundesregierung willfährige Stützung deutscher Wirtschaftsinteressen als alleinige Maßgabe ihrer Regenwaldschutzpolitik zu unterstellen, würde fraglos zu kurz greifen. Man ist besser beraten, das bundesdeutsche Engagement für den Schutz der Tropenwälder ernsthaft zu prüfen. Die plötzlich signalisierte Bereitschaft des Umweltministeriums, sich doch noch für die Aufnahme bedrohter Tropenholzarten in das Washingtoner Artenschutzabkommen einzusetzen, ist vielleicht ein Hinweis auf beginnende Beweglichkeit. Beobachtern der politischen Entwicklungen in Bonn ist auch

nicht entgangen, daß man im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und in Teilen seiner Ausführungsorganisationen KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) einzusehen beginnt, daß sich bundesdeutsche Politik in der Vergangenheit erheblich mitschuldig gemacht hat an der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen gerade in den Tropenwaldländern. Entwicklungshilfeminister Warnke hatte dies - leider etwas spät - beim Ausscheiden aus seinem Armut gleichfalls freimütig zugegeben.

Längst mangelt es auch nicht mehr an staatlichem Geld für den Regenwaldschutz. Geld jedoch und wachsende Einsicht einzelner Bediensteter sind kein Ersatz für klare politische Konzepte. Daran mangelt es unverändert.

Die Architekten der Bonner Regenwaldpolitik haben allem Anschein nach unverändert Holz im Kopf. Tropenwaldschutzmaßnahmen deutscher Entwicklungshilfe fördern bislang fast ausnahmslos Forstprojekte. Die Grundlagen der Förderungspolitik des BMZ im Tropenwaldbereich wurden jetzt erneut in einem unzweideutig holzwirtschaftlich ausgerichteten Forstsektorkonzept festgeschrieben. Dabei liegt der Fehler gewiß nicht in der Einschätzung, daß auch Regenwälder genutzt werden müssen, wenn man sie bewahren will. Er liegt darin, daß man allen vorliegenden Erkenntnissen zum Trotz nicht zu realisieren bereit ist, daß aus ökologischen wie sozialen Gründen die Nutzung des Holzes der Regenwälder nur ein einziger - und gelegentlich sogar nur marginaler - Baustein in einem Nutzungskonzept sein darf; und auch dies nur dann, wenn es in einer erwiesenermaßen naturverträglichen Form geschieht.

In den Mittelpunkt einer zeitgemäßen Tropenwaldschutzpolitik gehören stattdessen Maßnahmen zur Förderung von Agroforstwirtschaft[2], zur Stützung der Strukturen traditioneller Subsistenzwirtschaft und zur schonenden Nutzung sekundärer Waldprodukte (Nichtholzprodukte). Schutzkonzepte, die sich den besonderen Bedingungen für die Bewahrung der Regenwälder, ihrer immensen und besonders stark vernetzten Artenvielfalt und der von deren Erhalt unmittelbar abhängigen menschlichen Kulturen unterordnen, finden kein Gehör. Was in den Köpfen der Verantwortlichen dominiert, ist eine unreflektierte Schutzphilosophie, derzufolge Regenwälder weitgehend in Wirtschaftsforste umzuwandeln sind, die kleinere Inseln unberührter Natur zum Schutz der Millionen Tier- und Pflanzenarten aussparen. Daß solche Vorstellungen schon wegen der besonders weitflächigen Verteilungsmuster tropischer Tier- und Pflanzenarten nicht funktionieren, wird verdrängt.

Und standhaft wehrt man sich gegen die Einsicht, daß man die Artenvielfalt der Regenwälder mit einer reinen Inwertsetzungspolitik ohnehin nicht schützen kann. Dabei ist längst klar, daß der an den genetischen Ressourcen der Tropenwaldländer nicht minder interessierte Norden seinen Partnern im Süden freiwillige Kompensationszahlungen anbieten müßte für den Verzicht auf eine intensivere Ausbeutung seiner Natur. Solange es für solche grundsätzlichen Solidarbeiträge in Bonn und andernorts kein Verständnis gibt, greifen alle Programme zum Regenwaldschutz zu kurz.

Das Musterprogramm für Brasilien

Brasiliens Pilotprogramm zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung seiner Wälder soll nach vielen Mißerfolgen in der internationalen Regenwaldschutzpolitik nun endlich alles besser machen. Es geht zurück auf eine Initiative des deutschen Bundeskanzlers. Dies erklärt auch, warum Brasilien als Schauplatz der neuen Initiative ausgewählt wurde, denn mit Brasilien hatte die Bundesregierung schon lange bilaterale Hilfe für den Tropenwaldbereich vereinbart.

Kanzler Kohl ermuntert seitdem seine westlichen Amtskollegen, ihm nachzueifern. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1990 in Houston wurde dann endlich beschlossen, für Brasilien ein mustergültiges Programm zum dauerhaften Schutz und zur nachhaltigen Nutzung seiner Tropenwälder entwerfen zu lassen und zwar in enger Zusammenarbeit zwischen EG, Weltbank und brasilianischer Regierung. Die möglichst rasch erhofften praktischen Erfahrungen sollten dann als Maßstab dienen für entsprechende internationale Initiativen für den Tropenwaldschutz anderer Länder.

Die brasilianische Regierung, die sich über Jahrzehnte jegliche Einmischung in ihre Amazonaspolitik verbeten hatte, war dank ihres an einem guten Image in Sachen Umweltschutz interessierten Präsidenten Collor mit von der Partie. Pünktlich zum Weltwirtschaftsgipfel 1991 in London lag ein umfassendes Projektpapier vor, für dessen Realisierung die Brasilianer von den partizipierenden Staaten und Organisationen 2,6 Milliarden DM forderten. Entschieden wurde in London jedoch vor allem bezüglich finanzieller Zusagen nur wenig. Vor allem die US-Amerikaner zierten sich, mit der Zusage von Finanzmitteln ihrer längst überfälligen Verantwortung für die Unterstützung von Umweltschutzinitiativen am Amazonas gerecht zu werden.

Anfang Dezember 1991 war es dann doch so weit. In Genf wurde zwischen Brasilien, den G7-Staaten, der Weltbank und der EG der Start des brasilianischen Pilotprogramms vereinbart. Die in Aussicht gestellten Mittel, so heißt es offiziell in einer Stellungnahme des deutschen Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, übersteigen das für die erste Programmphase angestrebte Volumen von 250 Millionen US-$. Hauptzahlmeister freilich ist die Bundesregierung, die ihre bereits seit Jahren bilateral zugesagten Mittel zur Konfinanzierung noch einmal aufstockte und mit 263 Millionen DM jetzt deutlich mehr als die Hälfte des gesamten Startprogramms finanziert. Die anderen westlichen Staaten zeigten sich in Genf unverändert verhalten und allem verbreiteten Optimismus zum Trotz läßt sich jetzt schon voraussagen, daß das angestrebte Gesamtvolumen des Gemeinschaftsvorhabens wohl nicht finanzierbar sein wird.

Programm ohne Beteiligung der NRO

Nicht erreichbar sind möglicherweise auch seine Ziele. Niemand kann heute vorhersagen, ob sich das Pilotprogramm



...Holzausbeutung in Sarawak.

zu einem Segen oder einem Fluch für die brasilianischen Regenwälder und ihre Bewohner entwickeln wird. Das Programm besteht aus einem Cocktail von sinnvollen Einzelinitiativen und einer bislang völlig unkritischen Nutzungsphilosophie. Die Tatsache, daß der Weltbank wieder einmal eine Koordinatorenfunktion zugedacht wurde, macht in diesem Zusammenhang nicht gerade Mut. Doch wohin sich das Pilotprogramm entwickelt, entscheiden die Geberländer maßgeblich mit. Denn in Genf wurde auch vereinbart, daß die einzelnen Geberstaaten ihre Beiträge für das Pilotprogramm bilateral und weitgehend in eigener Regie abwickeln können.

Die Palette der Maßnahmen, die das Programm dafür anbietet, ist außerordentlich vielfältig. Sie reicht von der Stärkung effektiverer Schutzmechanismen für bestehende Naturschutzreservate, der Absicherung anerkannter Lebensräume für indigene Gemeinschaften, der direkten Stützung von Kleinprojekten brasilianischer Nichtregierungsorganisationen, bis hin zur Förderung organisatorischer Strukturen und Programme zur Inwertsetzung der Primärwälder Amazoniens.

Zu den Erfolgen könnte schon bald zählen, daß das Pilotprogramm politisch und finanziell seinen Beitrag leistet zur längst überfälligen Absicherung einer Reihe von Indianergebieten. Angekündigt sind die dazu notwendigen Initiativen bereits.

Solche positiven Ansätze konnten die grundsätzliche Kritik allerdings nicht übertönen. Denn das gesamte Programm wurde ohne Kooperation mit der betroffenen Bevölkerung und ohne nennenswerte Konsultation mit brasilianischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) entwickelt. Diese stehen jetzt in einem Gewissenskonflikt. Auf der einen Seite sieht das Pilotprogramm auch die Unterstützung von eigenen Projekten der NROs vor. Andererseits droht aus anderen Teilen des Programms ein Erschließungsfeldzug gegen die Primärwälder Amazoniens, der schlimme ökologische und soziale Folgen nach sich ziehen könnte. Entsprechend zwiespältig ist auch die Meinung vieler brasilianischer NROs.

Das Pilotprogramm wird ein weiterer Prüfstein für die deutsche Regenwaldpolitik. Ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Mittelzusagen ist bereits fest verplant. Der Abfluß der Gelder ist hier lediglich noch an die Zustimmung des brasilianischen Kongresses geknüpft. Etwa 30 Millionen DM sollen für die effektivere Sicherung von Waldschutzzonen (Nationalparks etc.) ausgegeben werden. Möglicherweise doppelt so viele Mittel werden voraussichtlich in weiteren Vorhaben für den Schutz letzter Restwaldparzellen im ehemaligen brasilianischen Küstenregenwald an der Atlantikküste eingesetzt werden. Und die Bundesregierung ist zudem bereit, sich finanziell an der Demarkierung von Indianerland zu beteiligen.

Bislang ist noch unklar, in welche konkreten Einzelprojekte Finanzmittel fließen sollen. Sollte sichergestellt werden, daß es zu keinem Konflikt mit berechtigten Land- und Landnutzungsinteressen von Waldvölkern kommt, dann kann dieser Teil des deutschen Engagements positiv gewertet werden.

Andere geplante deutsche Vorhaben sind da schon erheblich kritischer zu bewerten. So ist vorgesehen, sich an der wirtschaftlichen Nutzung von Nationalforsten (Flonas) in intakten Primärwäldern zu beteiligen. Die in der 'Regenwälder Kampagne 92' zusammengeschlossenen Verbände haben bereits mehrfach ihre umfassende Kritik an entsprechenden Plänen vorgetragen. Denn wenn hier die gleiche Nutzungsphilosophie zum Tragen kommt, wie sie die oben geschilderte, bisherige deutsche Regenwaldpolitik kennzeichnet, dann wird vom deutschen Engagement großer Schaden ausgehen. Die 'Regenwälder Kampagne 92' hat deshalb gefordert, daß die Bundesregierung zunächst höchstens ein Forschungsprojekt zur Überprüfung naturverträglicher Nutzungsformen unterstützen darf. Bis zum empirischen Nachweis der Nachhaltigkeit darf sich die Bundesregierung gerade an forstwirtschaftlichen Nutzungsprogrammen nicht beteiligen.

Die Kampagne fordert weiterhin, daß die Bundesregierung ihre noch nicht verplanten Mittel insbesondere für Projekte anbieten sollte, die dazu beitragen, den Nutzungsdruck von den Primärwäldern abzuwenden. Dazu gehört zum Beispiel die Förderung standortgerechter Wiederbewaldungsprojekte, die Agroforstwirtschaft, der Erosionsschutz u.a.



Hoffen auf Rio?

In diesen Wochen laufen weltweit die Vorbereitungen für die UN- Konferenz "Umwelt und Entwicklung" (UNCED) auf vollen Touren. Spezielle, neue Initiativen für den Tropenwaldschutz sind von dort allerdings nicht zu erwarten. Und dennoch könnte in Rio mehr für einen effektiven Tropenwaldschutz geschehen als in allen möglicherweise noch so gut gemeinten Rettungsprogrammen zusammengenommen. Der Tropenwald stirbt wie viele andere global bedeutsame Ökosysteme in erheblichem Umfang für die Interessen der reichen Länder des Nordens. Darauf weisen uns die Vertreter der vom Überleben intakter Regenwälder abhängigen Menschen seit Jahren unaufhörlich hin. So wird UNCED also zum Prüfstein, auch für die Qualität des deutschen Engagements für den Schutz der Tropenwälder. Ob sich die Bundesrepublik in Rio für eine Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach ökologischen und solidarischen Kriterien einsetzen wird, ist allerdings mehr als fraglich.

Jürgen Wolters
(Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz)

Anmerkungen:

(1) Internationale Tropenholzorganisation. Handelsgemeinschaft von Tropenholzexporteuren und -importeuren mit Sitz in Japan.

(2) Landwirtschaftliches Betriebssystem mit ökologisch, technisch und ökonomisch nachhaltig integriertem Anbau von Bäumen und landwirtschaftlichen Nutzpflanzen.

Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen

Der bundesdeutsche Staat hat den Flüchtlingen den Kampf angesagt. Der "Pragmatiker des Rassismus"[1] Wolfgang Schäuble kündigte bereits am 18. Januar 1990 in seinem "Entwurf einer Flüchtlingskonzeption" an: "Der Versuch der Betroffenen, sich zeitweise oder dauernd in der Bundesrepublik niederzulassen, widerspricht dem Nichteinwanderungsprinzip... Den Flüchtlingen darf deshalb in der Regel keine Gelegenheit gegeben werden, ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu verfestigen und sich in die hiesige Gesellschaft zu integrieren." Damit läutete Schäuble eine neue Phase ein, in der sich der Abbau der Rechte von AusländerInnen und AsylbewerberInnen zusehends beschleunigt. Einige stolze Deutsche nahmen sich Schäubles Leitlinien zu Herzen und erzeugten mit Zündhölzern, Molotowcocktails, Messern etc. die Stimmung, die die Schreibtischtäter Schäuble und Seiters dankbar wiederaufnahmen, um die immer bedrohlicher werdende Situation für AsylbewerberInnen in Deutschland "Recht" werden zu lassen.

Den politischen Beitrag zum heißen Anschlags-Herbst leistete das Vier - Parteien - Gespräch am 10. Oktober 1991, die sog. Kanzlerrunde. CDU/CSU/FDP/SPD verurteilten zwar verbal die tätlichen Übergriffe auf Wohnheime ausländischer MitbürgerInnen, sie betonten jedoch gleichzeitig, daß politischer Handlungsbedarf in Richtung Verschärfung des Asylverfahrens bestünde.

Zukünftig sollen Asylsuchende nach ihrer Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in zwei Gruppen eingeteilt werden. Zum einen in Asylsuchende, deren Anträge als 'offensichtlich unbegründet'[2] betrachtet werden. Zum anderen in Asylsuchende, die aus Ländern stammen, in denen die bundesdeutsche Regierung politische Verfolgung nicht ausschließen will.

Hauptsächlich die erste Gruppe Asylsuchender wird nach bisherigen Vorschlägen mit einer Behandlung ihres Rechts auf individuelle Anhörung konfrontiert werden, die mit grundgesetzlichen Bestimmungen nicht mehr vereinbar ist.

So einigte sich die Vier-Parteien-Koalition im Oktober 1991 darauf, die Verfahrensdauer für die endgültige(!) Anerkennung/Ablehnung von Asylanträgen auf sechs Wochen zu verkürzen. Dabei wurden für das Verwaltungsverfahren zwei Wochen, für die Rechtsmittelfrist (nach einer Ablehnung durch die Verwaltung) eine Woche, für ein dann folgendes gerichtliches Eilverfahren nochmals zwei Wochen Bearbeitungszeit angesetzt. Die sechste Woche dient, an eine Anerkennung scheint niemand zu glauben, der Aufenthaltsbeendigung, sprich der Abschiebung.

Die Bundesländer sind angehalten, die Voraussetzungen für die Schnellverfahren mit der Errichtung zentraler Gemeinschaftsunterkünfte zu schaffen. Die Verteilung der Flüchtlinge erfolgt durch eine zentrale Einrichtung des Bundes oder der Länder und soll unter dem technokratischen Blickwinkel des "optimalen Einsatzes der Ressourcen" erfolgen. Die Länder sollen weiter dafür sorgen, daß die Dauer des gerichtlichen Verfahrens die vorgegebenen 14 Tage nicht übersteigt, d.h. die juristischen Verfahren müssen in Ortsnähe zu den zentralen Aufnahmestellen durchgeführt werden.

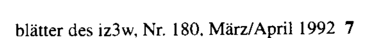
Auch bestimmte rechtliche Veränderungen forderte des Kanzlers Runde ein, ohne die die Schnellverfahren nicht möglich wären, und die das Bundesinnenministerium in ihrem Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Asylverfahrens umsetzen sollte.

Am Ende der Fließbandabfertigung wartet die Aufenthaltsbeendigung auf den Flüchtling. Dabei soll bedacht werden, daß eine Verzögerung oder Verkürzung des Verfahrens entweder eine Erweiterung der Unterbringungskapazitäten oder eine Einsparung an Unterbringungsplätzen mit sich bringt.

Die deutschen Parteien beschlossen neben der Schnellabfertigung noch weitere flankierende Maßnahmen: So die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine generelle erkennungsdienstliche Behandlung von AsylbewerberInnen und den beschleunigten Ausbau des automatischen Fingerabdruckssystems AFIS durch das Bundeskriminalamt §15 des Gesetzesentwurfs). Oder die Auszahlung der Sozialhilfe in Sachleistungen. Dies führt dazu, daß Asylsuchende die Kosten für einen Rechtsbeistand nicht aufbringen können, da gleichzeitig das Arbeitsverbot wiedereingeführt werden soll.

Vorreiter Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg, wo der ehemalige Landesherr Lothar Späth schon vor Jahren die Streichung des Art. 16 GG "Politisch Verfolgte genießen Asyl" forderte und der SPD-Landesvorsitzende Dieter Spöri als einer der ersten die asylpolitische Wende seiner Partei anmahnte, fühlte sich die Landesregierung sogleich berufen, die Vorreiterrolle in der Umsetzung der Beschlüsse zu übernehmen. Das Innenministerium legte am 10. Dezember als bisher einziges Bundesland ein integriertes Beschleunigungskonzept vor. Der zuständige Minister Dietmar Schlee schätzt, daß ca. 30% aller Asylverfahren in Baden-Württemberg für das beschleunigte Verfahren in Frage kommen. Gemeint sind die als "offensichtlich unbegründet" eingestuften Anträge. Die betroffenen Flüchtlinge sollen auf vier



Modellbezirkslager mit jeweils mindestens 500 Menschen in Freiburg, Reutlingen, Ludwigsburg und Rastatt verteilt werden. In diesen Lagern werden unter einem Dach vertreten sein: Eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (für die Antragstellung bei der Verwaltung), eine auswärtige Kammer des Verwaltungsgerichtes (für die gerichtliche Entscheidung des Asylanspruchs) sowie eine Ausländerbehörde des Landes (zur sofortigen Ausführung etwaiger Ablehnungsbescheide). Ob das Lagerkonzept eine Internierung der Flüchtlinge bedeutet, ist noch nicht klar abzusehen. Die Bestimmungen diesbezüglich sind vage und interpretierbar. In einem vertraulichen Papier des Ministerrates Baden-Württemberg wird festgehalten: "Während des beschleunigten Verfahrens verbleibt der Antragsteller in einer Sammelunterkunft." Zumindest ist die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen eingeschränkt. Sie sind verpflichtet "für die zuständigen Behörden...zu bestimmten Zeiten erreichbar zu sein."(§50III).

Die Erfahrungen von Flüchtlingsinitiativen mit der Karlsruher ZASt (Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen; sie dient als Modell für die Sammellager) zeigen, daß Sammellager dieser Art den Kontakt der AsylbewerberInnen nach draußen erheblich erschweren. Die Möglichkeiten von Kontrollen durch Flüchtlingsinitiativen über Vorgänge im Lager, die in der Vergangenheit nicht selten zur Aufdeckung von illegalen Praktiken der Behörden geführt haben[3], werden zukünftig auf ein Minimum reduziert. In der ZASt werden die Flüchtlinge ohne Beratung in ein Verfahren hineingeworfen, ohne daß sie wissen, in welcher Weise politisches Asyl in der Bundesrepublik definiert ist. Sie werden zum würdelosen Gegenstand eines Verfahrens degradiert, in dem sich der Staat die völlige Verfügung über diese rechtlosen Objekte aneignet.

In ihrer bürokratisch-totalitären Menschenbehandlung hat sich die große deutsche Koalition gegen Flüchtlinge die Auffassung der CSU zueigen gemacht: "Die unerwünschte Integration Asylsuchender in die bundesdeutschen Lebensverhältnisse ist durch bewußte, karge, lagermäßige Unterbringung zu verhindern. Sie muß als psychologische Schranke gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden."[4]

In der Pressemitteilung vom 10. Dezember 1991 konnte Dietmar Schlee zufrieden feststellen: "Baden-Württemberg hat seine Hausaufgaben erfüllt - es bleibt zu hoffen, daß der Bund und die übrigen Länder jetzt ebenfalls rasch handeln." Denn das beschleunigte Verfahren kann erst dann umgesetzt werden, "wenn der Bund seine Gesetzgebung zur Neuregelung des Asylverfahrens abgeschlossen hat."



Internierung und Sicherheitshaft bald Normalität für Flüchtlinge? aus: Flüchtlinge 11/91

Verschärftes Asylverfahrensgesetz

Schlee brauchte nicht lange zu warten. Schäuble-Nachfolger Rudolf Seiters arbeitete zügig. Die geplanten Eingriffe in das gerichtliche Verfahren und das Verfahren beim Bundesamt sind von bemerkenswerter Tragweite. Sie betreffen nicht nur die "offensichtlich unbegründeten" Fälle, sondern auch die "klassischen" Asylverfahren.

Zur Anhörung beim Bundesamt bedarf es nun keiner Ladung mehr (§28IV). Da Rechtsanwälte nicht ständig "Gewehr bei Fuß" stehen können, bedeutet dies eine erhebliche Einschränkung des Rechtsschutzes. Die Kürze der Zeit beim Verwaltungsverfahren gibt den Asylsuchenden ohnehin keine Möglichkeit, sich auf die Anhörung vorzubereiten und rechtlich beraten zu lassen. Da die Beweiserhebung mit der Anhörung bereits abgeschlossen ist, werden nachgereichte Informationen abgewiesen (§48).

Ein Asylantrag gilt nach dem Gesetzentwurf (§35) als zurückgenommen, wenn der/die AntragstellerIn das Verfahren länger als einen Monat nicht betreibt. Dies geschieht ungeachtet unverschuldeter Verhinderungsgründe wie Krankheit, Unfall oder Behördenschlamperei.

Die Klagefrist beträgt bei "unbegründeten" Asylanträgen statt einem Monat künftig zwei Wochen. Die Klage ist innerhalb eines Monats zu begründen. Bei den "offensichtlich unbegründeten" Anträgen beträgt die Klagefrist nur eine Woche. Innerhalb dieser Frist sind sämtliche zur Begründung dienende Tatsachen und Beweismittel anzugeben (§39III). Für die sich in den Lagern befindlichen "offensichtlich Unbegründeten" ist dies als Neuankömmlinge eine offensichtliche Unmöglichkeit. Eine ordnungsgemäße Begründung kann nur nach Akteneinsicht erfolgen, die innerhalb von drei oder vier Tagen nicht machbar ist. Dazu bedürfte es außerdem eines Rechtsbeistandes.

Neu ist auch die Bestimmung, daß ein Folgeantrag eines(r) rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbers(in) in den folgenden zwei Jahren nicht mehr möglich ist (§74). Eventuelle politische Veränderungen in dem Herkunftsland des Flüchtlings sollen keine Berücksichtigung finden.

Auch bei den Veränderungen im gerichtlichen Verfahren hat sich das Bundesinnenministerium einiges einfallen lassen, um die ungewollten AsylbewerberInnen schneller loszuwerden. Die als "offensichtlich unbegründet" eingestuften Asylanträge werden künftig von Einzelrichtern entschieden (§81). Das Verfahren wird schriftlich abgewickelt.

Generell hat der Gesetzentwurf jegliche Berufungsmöglichkeit abgeschafft (§83).

Dies führt zu grundsätzlichen Einschnitten in die grundrechtlich gewährleisteten Verfahrensgarantien: "...daß dies angesichts möglicher gravierender Auswirkungen für Leib, Leben oder die persönliche Freiheit des Asylbewerbers nicht mehr den Grundvorstellungen des Bundesverfassungsgerichts ... entsprechen dürfte", stellt die Fachgruppe Ausländerrecht der Neuen Richter Vereinigung in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf fest.[5] Zudem ist eine einheitliche Entscheidungspraxis beim Einzelrichterprinzip nicht mehr gewährleistet - "ein rechtspolitisch und für die Betroffenen nicht mehr vertretbarer und auch nicht mehr nachvollziehbarer Zustand."

Bei den zu erwartenden verschiedenen Einschätzungen der Situation im Herkunftsland eines Flüchtling durch die Einzelrichter, wird die Kammer des Verwaltungsgerichts, die den Einzelrichter eingesetzt hat, den Fall dem Bundesverwaltungsgericht wegen Grundsatzbedeutung zur Entscheidung vorlegen müssen. Doch das Bundesverwaltungsgericht hat überhaupt keine Erfahrung mit der Ermittlung von Tatsachen und ist auch eigentlich für solche Aufgaben nicht vorgesehen. Deshalb wird es mit Sicherheit hoffnungslos überlastet sein. Oder einE AsylbewerberIn muß, da ein anderes Rechtsmittel nicht mehr zur Verfügung steht, das Bundesverfassungsgericht anrufen. Das erscheint völlig unpraktikabel.

§11 bestimmt, daß nur eine Klage gegen eine einfache - unbegründete - Entscheidung im Anerkennungsverfahren durch das Bundesamt eine aufschiebende Wirkung hat. Bei allen anderen Verfahren, etwa gegen eine Auflage, gegen eine Zuweisung an einen bestimmten Ort, aber auch gegen eine Rücknahme der Asylanerkennung hat die Klage keine aufschiebende Wirkung.

Neben den Rechtseinschränkungen im Bundesamts- und im Gerichtsverfahren hält die Seiters-Behörde für die Flüchtlinge noch einige weitere böse Überraschungen bereit. Ohne inhaltliche Entscheidungsbefugnis muß ein Richter auf Anweisung des Bundesamtes die Verhaftung eines Flüchtlings anordnen, wenn er nicht innerhalb einer Woche in der Erstaufnahmeeinrichtung eintrifft (§68). Er kann ihn inhaftieren, wenn seine Identität ungeklärt ist und er unrichtige Angaben über seine Identität gemacht hat, was nicht selten ist, wie die Organisation "Pro Asyl" feststellt: "Viele (Flüchtlinge, die Red.) begegnen Behörden mit Vorbehalten. Flüchtlinge, die gefoltert wurden oder in Haft waren, können aus psychologischen Gründen nicht sofort gegenüber Fremden darüber sprechen."[6]

Spätestens wenn die Abschiebung ansteht, sind die meisten AsylbewerberInnen nach dem Seiters-Entwurf gefängnisreif. Sie sind nämlich dann in Sicherungshaft zu nehmen, wenn sie "aufgrund einer unerlaubten Einreise" (§57) vollziehbar ausreisepflichtig sind. Das trifft für sämtliche Flüchtlinge zu, die ohne Visum in die Bundesrepublik eingereist sind. Und das sind fast alle: Denn welcher Flüchtling kann sich vor Antritt seiner Flucht schon ein Visum in der deutschen Botschaft seines Herkunftlandes besorgen? Es bleibt also abzuwarten, wann die Bundesregierung neben den Verwaltungseinheiten und den Gerichtsbarkeiten noch eine Haftanstalt in die Sammellager integriert, weil diese sich sonst recht bald gähnender Leere erfreuen müßten.

Artikel 16 GG gefährdet

Der Entwurf des Bundesinnenministeriums zur Neuregelung des Asylverfahrens genügt nach Meinung juristischer Fachkreise[7] unterschiedlicher politischer Couleur weder der Verfassung, noch den Prinzipien des bürgerlichen Rechtsstaats[8]. Desweiteren wird eine massive Überlastung der Bundesgerichte prophezeit. Schließlich stellt sogar das baden-württembergische Kabinett in seinem vertraulichen Papier verfassungsrechtliche Bedenken fest und zweifelt an der praktischen Durchführbarkeit des Sechs-Wochen-Modells schlechthin.

Wenn dem aber so ist, dann drängt sich die Frage auf, ob ein Scheitern des Beschleunigungskonzepts nicht sogar beabsichtigt ist. Ziel der Kanzlerrunde war es, schnelle Abschiebungen vornehmen zu können, ohne das Grundgesetz zu ändern. Wenn dies rechtlich nicht so ohne weiteres möglich ist, wird der Ruf nach Streichung des Artikels 16 GG sich letztendlich durchsetzen. Wenn auch die Flüchtlinge schon jetzt einem institutionalisierten Rassismus ausgesetzt sind, so bedeutet doch die Änderung des Grundgesetzes einen weiteren politischen Sieg für die extreme Rechte. Die Beseitigung eines politischen und rechtlichen Anspruchs auf Asyl läßt die Gewährung von Asyl zu einem Gnadenrecht verkommen. Die Flüchtlinge werden noch mehr zum Spielball der polititschen und ökonomischen Wetterlage, zum Punchingball des unheilvollen Wechselspiels zwischen deutschnationalen Politikern und Volksmassen.

Der Gesetzentwurf spricht, auch wenn er zunächst scheitern sollte, eine deutliche Sprache, was in nächster Zeit zu erwarten ist: Die Zementierung der Ungleichheit der Menschen, die in Deutschland leben, und den unbedingten Willen, die Rechtsansprüche für nichtgewollte AusländerInnen weiter zu senken.

Walter Schlecht/Jörg Später

Anmerkungen:

1) Vgl. Oliver Tolmein, Pragmatiker des Rassismus, in: konkret 2/1991.

2) Als "offensichtlich unbegründet" soll ein Asylantrag noch vor Prüfung seiner Berechtigung von den Behörden eingeschätzt werden, wenn "offensichtlich" ist, daß der Flüchtling sein Land aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen einer allgemeinen Notsituation oder wegen kriegerischer Auseinandersetzungen verlassen hat.

3) Eine umfassende Dokumentation dieser Rechtswidrigkeiten stellte der Flüchtlingsrat Karlsruhe zusammen, unter dem Titel: Rechtswidrigkeiten im Asylverfahren, Juli 1991.

4) zitiert nach ak 338, S. 5.

5) zitiert in: Stellungnahme der Fachgruppe Ausländerrecht der Neuen Richter Vereinigung zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens vom 10. Januar 1992.

6) Pro Asyl: Stopp dem Kahlschlag. Für ein faires Asylrecht (Faltblatt).

7) Vgl. v.a. Hubert Heinhold, Schlampig, verfassungswidrig, rechtsstaatswidrig, in: ID Asyl 51/1992, S. 14-21 und in: Frankfurter Rundschau vom 10. Februar 1992 als Sprecher des Republikanische Anwältinnen und Anwälteverein, der die bislang detailierteste Kritik am Gesetzesentwurf vorgelegt hat.

8) "Pro Asyl" nennt das inzwischen im Bundestag beratene Gesetz eine "Notstandsgesetzgebung", "einen Angriff auf den Rechtsstaat". Die PS/LL-Abgeordneten Jelpke, Maurer und Schröder sprechen von Mitteln der Sonderjustiz und polizeistaatlichen Handelns. Der UNHCR schließlich wendet ein, daß die Bestimmungen nicht mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar seien, da die Gefahr für Flüchtlinge, aus formalen Gründen abgeschoben zu werden, durch die knapp bemessenen Fristen sich erhöhe.

'Notre ami, le roi du Maroc'

USA und EG dulden Hassans Sabotage des UNO-Friedensplanes

Was USA, EG und UNO dem irakischen Diktator Saddam Hussein nicht durchgehen ließen, das erlauben sie dem marokkanischen König Hassan um so großzügiger: die Besetzung eines kleinen Nachbarlandes. Alles deutet darauf hin, daß Hassan die Unabhängigkeit der Westsahara auch weiterhin verhindern kann. Den UNO-Friedensplan für die Westsahara jedenfalls hat er erfolgreich sabotiert - es ist derzeit unklar, ob und wie es überhaupt noch zu einer Volksabstimmung kommen wird. Diese Vorzugsbehandlung hat Marokko seiner enormen wirtschaftlichen, politischen und militärstrategischen Bedeutung für die USA und dieEG zu verdanken.

Glaubte man dem marokkanischen Außenminister, Abdellatif Filali, so gab es am 15. Januar 1992 "einen Skandal im Europaparlament", eine "offene und eklatante Einmischung" aus Straßburg "in die inneren Angelegenheiten" seines Landes. Was war geschehen? Am 15. Januar stand die Verlängerung der EG-Kooperationsabkommen mit den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens auf der Tagesordnung des Europaparlamentes. Marokko gehört seit jeher zu den bevorzugten Kooperationspartnern der EG. Nach den neuen Finanzprotokollen sollte Marokko für die Jahre von 1992 bis 1996 Zuschüsse und Kredite in Höhe von 438 Millionen ECU erhalten (umgerechnet fast 900 Millionen DM!). Auf Ministerratsebene waren die Finanzvereinbarungen mit Marokko längst unterzeichnet. Die Zustimmung des Europaparlamentes schien nur noch eine Formsache. Schließlich hatte gerade noch eine Delegation dieses Parlamentes auf Einladung des marokkanischen Außenministers Filali das nordafrikanische Land besucht und dabei "ihre Bewunderung für die Fortschritte" Marokkos geäußert.[1]

Daß in der Diktatur von Hassan II. bis heute Demonstrationen zusammengeschossen und Gefangene bestialisch gefoltert werden (amnesty international hat deshalb gerade wieder zu Mahnwachen vor der marokkanischen Botschaft in Bonn aufgerufen) und daß Marokko seit 1975 in der Westsahara Krieg führt und eine brutale Besatzungspolitik in seinem südlichen Nachbarland praktiziert, hatte die EG-Kollaboration mit diesem Land ohnehin nie beeinträchtigt. Im Gegenteil: Seit Kriegsbeginn erhielt Hassans Regime von der EG Finanzspritzen zur Aufbesserung der leeren Kriegskasse in Höhe von mehr als einer Milliarde DM.

Doch dieses Mal schien alles anders zu laufen: das Europaparlament diskutierte lange und ausführlich über die Verlängerung des Finanzprotokolls mit Marokko und vor allem über das Thema Westsahara. Dabei kam auch die Art und Weise zur Sprache, in der der marokkanische Diktator nach mehr als 16 Jahren Krieg jetzt auch noch jeden Versuch behindert, den UN-Friedensplan für die Westsahara umzusetzen. Diesen hatten immerhin der Weltsicherheitsrat und die UN-Vollversammlung im Frühjahr 1991 einstimmig (!) verabschiedet.

200 Millionen Dollar und eine UN-Friedenstruppe von 2700 Mann, die MINURSO, waren bereitgestellt worden, um bis Ende Januar 1992 ein Referendum in der Westsahara vorzubereiten, bei dem die Sahrauis selbst darüber entscheiden sollten, ob sie nun unabhängig sein oder zu Marokko gehören wollen. Doch im Januar 1992 gab es keine Volksabstimmung in der Westsahara, und es ist ungewiß, ob und wie sie überhaupt zustande kommt. Als Gründe für die Verschiebung des UN-Referendums über die Zukunft der Westsahara nannte die Abgeordnete Dorothee Piermont im Europaparlament: "'Notre ami, le roi du Maroc', verweigert dem Volk der Sahrauis wegen des Westsahara-Phosphats die Selbstbestimmung, hält die dorthin entsandten UNO-Beobachter durch Hase- und Igel-Spiele zum Narren, verkehrt das von der UNO mit seiner Zustimmung beschlossene Referendum durch Einschleusung von Zigtausenden von Marokkanern vorab in sein Gegenteil und erreicht schließlich eine Verschiebung des fest terminierten Referendums auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Und dafür will ihn das Europäische Parlament durch Zustimmung zum vierten Finanzprotokoll noch belohnen!"



Einen Sturz von Hassans Regime wollen die USA, die NATO und die EG verhindern.

Es wollte schon, doch diesmal gelang es nicht auf Anhieb: Zwar stimmten 246 Europaabgeordnete immer noch für die weitere Förderung der marokkanischen Diktatur (darunter war auch - die politi-

schen Winkelzüge von Sozialdemokraten sind und bleiben wundersam - der ehemalige Vorsitzende der fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppe "Frieden für das Sahrauische Volk", der französische Sozialist Henry Saby). Aber es gab 110 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen, und damit wurde die für die Ratifizierung des Abkommens erforderliche absolute Parlamentsmehrheit von 260 Stimmen nicht erreicht. Die Folge: die Auszahlung der Millionen-Kredite an Marokko war gestoppt. Erstmals schien das, was Solidaritätsgruppen seit Jahren fordern, durchgesetzt, nämlich Wirtschaftssanktionen gegen Marokko aufgrund seiner Haltung im Westsaharakrieg. Doch letztlich handelte es sich nur - wie schon das Stimmenverhältnis im Parlament zeigt - um eine Panne im politischen Getriebe der EG, die schnellstmöglich repariert werden sollte. Kaum drei Wochen nach der Parlamentsentscheidung erschien folgende Meldung: "Die EG-Außenminister haben nach Angaben des amtierenden Ratspräsidenten, Joao de Deus Pinheiro, das Europäische Parlament ... ersucht, seine Haltung hinsichtlich der Ratifizierung der mit ... Marokko ausgehandelten Finanzprotokolle zu überprüfen. Wie Pinheiro mitteilte, halten die Außenminister angesichts der engen Beziehungen zwischen den Maghrebländern bei der jetzigen Situation in Algerien die Weigerung der Ratifizierung für wenig angebracht."[2]

Marokko hilft bei der Abschottung der „Festung Europa“

Tatsächlich ist die Bedeutung der marokkanischen Diktatur für die EG seit dem Wahlsieg der Islamischen Heilsfront in Algerien noch weiter gestiegen. Schließlich läßt Hassan II. seit nun schon drei Jahrzehnten konsequent jede antiwestliche Strömung im eigenen Land - ob Linke oder islamische Fundamentalisten - gnadenlos verfolgen, verhaften, foltern und ermorden. Außerdem bot er den Innen- und Justizministern der EG bei einem Treffen der sogenannten TREVI-Gruppe im letzten Jahr an, bei der Abschottung der "Festung Europa" gegenüber Flüchtlingen aus dem Maghreb bereitwillig zu assistieren. Konkret versprach Innenminister Driss Bassri, der oberste Dienstherr über den marokkanischen Repressionsapparat, seinen EG-Kollegen, mögliche Flüchtlinge schon "an den Außengrenzen der EG", also etwa in Häfen und auf Flughäfen in Marokko, abzufangen. Dafür muß die EG bezahlen. Und schon deshalb müssen die Finanzprotokolle - wie auch immer - durchs Europaparlament gebracht werden.

Außerdem gab es noch andere handfeste Gründe: Marokko hat angedroht, "seine Gewässer", damit sind auch die der Westsahara gemeint, für spanische und portugiesische Fischerboote zu sperren (eine Verlängerung der EG-Fischereiabkommen mit Marokko steht an). Sogleich traten Europaparlamentarier aus den beiden iberischen Ländern zu Entschuldigungs- und Bitt-Gängen bei der marokkanischen Regierung an. Sie garantierten, eine neue Abstimmung im Europaparlament zu erzwingen und dabei ausreichend viele Stimmen für die weitere finanzielle Zusammenarbeit der EG mit Marokko zusammenzubringen.



Mit Waffengewalt daran gehindert, bestimmte Gebiete der Westsahara zu besuchen. Auch Verantwortliche der MINURSO zweifeln inzwischen an ihrer Friedensmission.

Möglich, daß diese Ankündigung bis zur Drucklegung dieses Textes bereits in die Tat umgesetzt worden ist. Diese jüngste Farce aus Straßburg, die einmal mehr den Alibi-Charakter des Europaparlamentes bloßlegt, spielte sich - weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit - gerade zu der Zeit ab, als in den verschiedensten Medien die "Entscheidung der Europäischen Gemeinschaft" verbreitet wurde, "bei der Vergabe von Entwicklungshilfe künftig stärker auf die Einhaltung der Menschenrechte und Demokratisierung im Empfängerland zu drängen".[3]

Das Beispiel zeigt, daß die EG und ihre Verbündeten ihr Verhältnis zu Marokko - Menschenrechtsverletzungen hin, Kriegsverbrechen in der Westsahara her - von anderen Kriterien abhängig machen. Und es liefert Hinweise darauf, warum die marokkanische Sabotage des UN-Friedensplanes zugelassen wird und in der politischen Debatte so wenig Beachtung findet. Denn ähnlich wie die EG verhält sich in diesem Falle auch die UNO.

Zwiespältige UNO-Politik

Marokko konnte es sich erlauben, trotz Waffenruhe sahrauische Stellungen zu bombardieren, die Einreise der UNO-Friedenstruppen zu behindern, den Zeitplan zu torpedieren, die Einigung über den Kreis der Stimmberechtigten bei dem geplanten Referendum in der Westsahara aufzukündigen und Sahrauis nur aus dem einen Grund zu verhaften, zu foltern und in den Kerkern verschwinden zu lassen, weil sie Kontakte zu den streng vom marokkanischen Geheimdienst bewachten UN-Blauhelmen aufgenommen hatten. Ermahnungen, Stellungnahmen oder gar Proteste der UNO blieben aus. Bis heute ist nicht einmal der von der britischen Zeitung "The Independent" erhobene Vorwurf gegen die UNO aus der Welt geräumt, daß hohe UN-Beamte Disketten mit geheimen Militärinformationen und Namenslisten der Sahrauis an die marokkanischen Behörden weitergegeben haben sollen.

Einem Bericht des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im US-Senat von Anfang Februar zufolge, haben marokkanische Streitkräfte Mitglieder der UN-Truppe MINURSO sogar mit Waffengewalt daran gehindert, bestimmte Gebiete der Westsahara zu besuchen. Dabei sollte die MINURSO längst den Abzug von 100 000 marokkanischen Besatzungssoldaten in die Wege geleitet und die restlichen 60 000 an festgelegten Orten zusammengezogen und unter ihre Kontrolle gebracht haben. Nach dem Bericht des US-Senators sind jedoch bis heute kaum mehr als ein Zehntel der geplanten MINURSO-Soldaten in der Westsahara und für die Behinderung und Verzögerung des Friedenplanes wird eindeutig Marokko verantwortlich gemacht. Darüberhinaus sollen bereits 58 Millionen Dollar, also mehr als ein Viertel des UN-Budgets, ausgegeben worden sein, und "finanzielle Unregelmäßigkeiten" werden gemeldet.[4]

Auch Verantwortliche der MINURSO zweifeln inzwischen an der "UN-Friedensmission" in der Westsahara. So er-

klärte einer der UN-Offiziere dort: "Wenn mich einer meiner Männer, die ich befehlige, fragt, warum die UNO nicht mit der Faust auf den Tisch schlägt, warum sie das Verhalten der marokkanischen Regierung nicht verurteilt, muß ich bekennen, daß ich mir dieselbe Frage stelle. Auch ich frage mich, was sich hinter dieser Passivität der UNO verbirgt."[5]

Hassans prowestliche Politik zählt mehr als Menschenrechte

Die Antwort auf diese Frage lautet, daß UNO-Friedenstruppen bei der Durchsetzung ihrer Vorhaben immer nur so stark sind, wie es diejenigen zulassen, die sie schicken. Das heißt, daß immer auch wirtschaftliche und politische Interessen der Staaten eine Rolle spielen, die in der UNO das Sagen haben. Und diese sahen schon während der vergangenen 16 Jahre des Krieges in der Westsahara ihre Interessen stets besser durch die Besatzungsmacht Marokko vertreten.

Alle fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates, die USA, die frühere Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und selbst die Volksrepublik China lieferten Marokko nach 1975 Waffen für seinen Krieg in der Westsahara. Frankreich wurde gar zum wichtigsten Rüstungslieferanten der marokkanischen Diktatur. Aus Großbritannien kamen Kanonen und Militärjeeps. Die Sowjetunion unterzeichnete während des Krieges einen "Jahrhundertvertrag" mit Marokko über den Ausbau einer Phosphatmine. Und die USA erhöhten schon 1975, im Jahr vor der marokkanischen Invasion in die Westsahara ihre Militärhilfe an Marokko um nicht weniger als 3000 Prozent. Später schickten sie Hassans Besatzungsarmee Panzer und Raketen, Minen und sogar völkerrechtlich geächtete Splitterbomben.

An der Zusammenarbeit der genannten Staaten mit Marokko hat sich bis heute nichts geändert. Die militärstrategische Lage Marokkos am Eingang des Mittelmeeres und Hassans prowestliche Politik in der arabischen Welt zählen mehr als alle Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen dieses Diktators.

Selbst die Schritte des marokkanischen Diktators zur Sabotage des UNO-Friedensplanes scheinen mit seinen mächtigsten Verbündeten abgestimmt. So besuchte US-Außenminister Baker ausgerechnet einen Tag vor Beginn der letzten marokkanischen Großoffensive in der Westsahara, im August 1991, Rabat. Zu den marokkanischen Bomben- und Panzerangriffen auf sahrauische Nomadensiedlungen befragt, erklärte er, dies sei nicht Angelegenheit der USA, er habe dazu keine Stellungnahme abzugeben.

Damit wiederholte sich ein Szenario aus der Zeit vor Beginn der marokkanischen Invasion in der Westsahara: Während damals (1975) die UNO (wie auch die damalige Kolonialmacht der Westsahara, Spanien) den Sahrauis offiziell die Unabhängigkeit versprach und scheinbar ein entsprechendes Referendum vorbereitete, hatte Diktator Hassan II. längst den Einmarsch in die Westsahara und die Mißachtung aller UN-Resolutionen und Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofes beschlossen und verkündet. Damals drängten vor allem Frankreich und die USA die spanische Regierung dazu, die Westsahara in einem geheimen Deal an Marokko abzutreten. Spanien erhielt dafür Fischfangrechte vor der sahrauischen Küste und 35 Prozent der Aktienanteile an der Phosphatmine von Bou Craa in der Westsahara. Auch 1975 war ein US-Außenminister unmittelbar vor Kriegsbeginn vor Ort: Henry Kissinger.

Bis heute ist die US-Administration bei der Einschätzung geblieben, daß Hassan II. eine formelle Unabhängigkeit der Westsahara im eigenen Land nicht überleben würde. Zu groß wäre der Gesichtsverlust nach mehr als 16 Jahren Krieg. Doch einen Sturz von Hassans Regime wollen die USA, die NATO und EG verhindern, nicht zuletzt mit Hilfe der UNO.

Es geht - so ein NATO-Report von 1986 - darum, in Marokko "das Überleben eines moderaten, pro-westlichen Regimes" am "südlichen Rand des Bündnisgebietes" zu sichern. Immerhin liegt hier der von europäischen Militärstrategen als "überlebenswichtig" eingeschätzte Zugang zum Mittelmeer.
Außerdem stellt Marokko der USA und damit der NATO Stützpunkte "auf dem halben Weg zum Golf" zur Verfügung, deren Bedeutung spätestens der Golfkrieg vor einem Jahr demonstrierte.

Im August 1990 war der marokkanische Diktator Hassan II. zudem der erste arabische Herrscher, der seine Soldaten an der Seite der USA in die Kriegsallianz gegen den Irak einreihte. Hassan weiß, was er seinen Freunden und Förderern schuldig ist. Diese revanchieren sich heute, indem sie seine Obstruktionspolitik gegen den offiziell von allen Seiten befürworteten Friedensprozeß in der Westsahara zulassen und decken.

So empfing George Bush, der den Einmarsch des irakischen Diktators Hussein in Kuwait zu einer "für alle Welt unannehmbaren..." Aggression erklärt und mit allen militärischen Mitteln rückgängig gemacht hatte, den marokkanischen Diktator Hassan auch noch nach dessen Bodenoffensive in der Westsahara im September 1991 in aller Freundschaft im Weißen Haus von Washington. Dabei stellt die Besetzung der Westsahara völkerrechtlich eine exakte Kopie des irakischen Vorgehens in Kuwait dar. Doch in der neuen Weltordnung der neunziger Jahre geht es ebenso wenig um Völker- oder Menschenrechte wie in der alten, auch wenn noch so viel davon geredet wird.

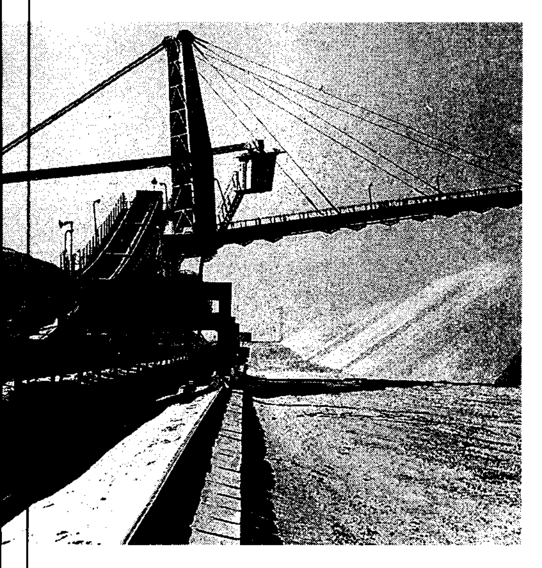


Alle ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates lieferten Marokko nach 1975 Waffen für seinen Krieg in der Westsahara.

Sahrauische Unabhängigkeit nicht vorgesehen

Wer die UNO selbst nach dem Golfkrieg noch für ein überparteiliches, möglicherweise gar neutrales internationales politisches Korrektiv gehalten hatte, müßte sich spätestens am Beispiel des UNO-Vorgehens in der Westsahara eines Besseren belehren lassen.

Einmal mehr läßt sich die UNO für die Interessen der mächtigsten Staaten im Weltsicherheitsrat funktionalisieren. Offensichtlich - dafür spricht die bisherige Vorbereitung des fragwürdigen Referendums über den zukünftigen Status der Westsahara - wollen die Auftraggeber der UNO-Truppen nur ein Ergebnis zulassen:



Die Phosphatmine von Bou Craa.

den Anschluß dieses Landes an Marokko. So enthält schon der in vielen Details ausgetüftelte UN-Friedensplan für die Westsahara keinerlei Bestimmungen für den gegenteiligen Fall, für die Zeit nach einer möglichen Entscheidung der Sahrauis für ihre Unabhängigkeit. Es gibt keine Regelung, wer dann den Abzug der marokkanischen Truppen und Polizisten, die Übergabe der Verwaltung und der von den marokkanischen Siedlern besetzten Städte und Wohnungen an die Sahrauis überwachen soll. Nach einer kritischen Durchsicht dieses UN-Friedensplanes kam auch eine internationale Juristenkomission zu dem Schluß, daß darin alles so angelegt sei, als ginge es lediglich um die Bestätigung der Marokkanität der Westsahara. Entsprechend verhalten sich auch die UN-Verantwortlichen.

So nutzte etwa Perez de Cuellar seine letzten Tage als UN-Generalsekretär ausgerechnet dazu, eindeutig für die Besatzungsmacht Marokko Partei zu ergreifen. Ende Dezember legte er - völlig überraschend für die sahrauische Seite - dem Weltsicherheitsrat seinen persönlichen Abschlußbericht zum Stand des Westsahara-Friedensplanes vor und verlangte die sofortige Zustimmung zu seinen darin enthaltenen Empfehlungen. Perez de Cuellar hatte in seiner Vorlage ganz nebenbei eine der wichtigsten Grundlagen des Friedensplanes zugunsten der marokkanischen Nachbesserungsforderungen fallengelassen: nämlich die Beschränkung der Wahlberechtigten für das Referendum auf diejenigen, die im spanischen Zensus von 1974 erfaßt worden waren (Die Liste umfaßt etwa 74000 sahrauische Namen). Plötzlich sollte auch stimmberechtigt sein, wer vor 1974 entweder sechs Jahre am Stück oder zwölf Jahre mit Unterbrechungen in der Westsahara gelebt hatte. Damit - so befürchtete die Polisario - würde sich die Wählerzahl um mehr als 30.000 Stimmberechtigte erhöhen und Marokko hätte eine weitere Möglichkeit zur Manipulation des Referendums, da der Personenkreis nicht, wie beispielsweise durch den Zensus, eindeutig nachprüfbar ist. Die Zwangsansiedlung zehntausender marokkanischer Siedler seit Verabschiedung des UN-Friedensplanes in der Westsahara hat schließlich genau das Ziel, diese marokkanischen Staatsbürger als angebliche Sahrauis und damit als Stimmberechtigte zu präsentieren. Auf mehreren Sitzungen versuchte Perez de Cuellar noch vor Ablauf seiner Amtszeit in einer bis dahin beispiellosen diplomatischen Hektik, die Änderung des Friedensplanes zu Gunsten Marokkos im Weltsicherheitsrat durchzupeitschen, assistiert vom Vertreter Frankreichs in diesem Gremium, der Druck auf die anwesenden Delegierten auszuüben versuchte. Trotzdem scheiterte das Vorhaben in letzter Sekunde, am Silvesterabend 1991, am Einspruch einiger blockfreier Staaten. Zwar verabschiedete der Weltsicherheitsrat eine Resolution, die de Cuellars Friedensbemühungen in der Westsahara würdigte - gleichzeitig verwies er jedoch auf frühere Resolutionen, wonach die Stimmberechtigten des Referendums auf Grundlage der spanischen Volkszählung ermittelt werden sollten. Der marokkanische Botschafter bei den Vereinten Nationen wußte die Bemühungen des scheidenden UN-Generalsekretärs dennoch zu schätzen: Am 10. Januar gab er einen Abschiedsempfang zu Ehren de Cuellars in New York, bei dem die marokkanische Regierung ihm ausdrücklich für seinen Abschlußbericht dankte. Schließlich wird darin die marokkanische Sabotage des UN-Friedensplanes mit keinem Wort erwähnt.

Butros Ghali: Hassans neuer Verbündeter in der UNO?

Eines seiner Hauptziele hat Marokko unter de Cuellars Amtszeit ohnehin erreicht: Das Referendum ist wieder einmal vertagt. Und inzwischen hat Marokko selbst sogar Sitz und Stimme in dem Gremium, das die weitere Durchführung des Friedensplanes in der Westsahara kontrollieren soll: Marokko rückte in den Weltsicherheitsrat nach. Bis 1993, solange dauert dort sein Mandat, hofft Hassan II. mit Hilfe der UNO das "Westsaharaproblem" in seinem Sinne gelöst zu haben. Er hat - dank der Verzögerung des Referendums - dafür inzwischen möglicherweise einen noch besseren Verbündeten gefunden, der ihm zur Seite steht. Ende Dezember wurde der neue UN-Generalsekretär, Butros Ghali, vom Weltsicherheitsrat beauftragt, in zwei Monaten einen neuen Bericht und einen neuen Zeitplan für das Referendum vorzulegen. Ghali "qualifizierte" sich für sein Amt als UN-Generalsekretär im ägyptischen Außenministerium. Dort machte er sich schon um die US-Interessen im Nahen Osten verdient, als 1977 das Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten ausgehandelt wurde, als dessen "Architekt" Butros Ghali gilt. Die Delegationen dieser Länder trafen sich damals auf Einladung des marokkanischen Königs Hassan II., mehrfach auch in Rabat. Hassan II. gehörte schließlich zu den wenigen Unterstützern des Camp-David-Abkommens in der arabischen Welt. Nicht zuletzt dafür erhielt Marokko unmittelbar nach Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens Waffen aus Israel wie auch Ägypten für seinen Krieg in der Westsahara. So lieferte Ägypten 1977 zum Beispiel Raketenwerfer, also zu einem Zeitpunkt, als Butros Ghali noch im ägyptischen Außenministerium saß.

Aus dem UN-Friedensplan für die Westsahara ist längst ein UN-Friedens-Skandal in der Westsahara geworden. Damit die Weltöffentlichkeit möglichst wenig davon erfährt, erhalten bis heute weder Journalisten noch internationale Beobachter eine Einreiseerlaubnis von der UNO in die Westsahara. Alle Journalisten stehen weiterhin unter der Kontrolle der marokkanischen Besatzungsbehörden und ihrer Geheimpolizei. Kritiker Marokkos werden schon bei der Beantragung ihrer Visa oder spätestens an den Grenzen zurückgewiesen.

Deutsche Ausrüstungshilfe für marokkanische Streitkräfte

Auch die Bundesregierung weiß um die Verschleppung des Referendums durch Marokko. Trotzdem hält sie sich bedeckt. Sie äußert sich zur Lage in der Westsahara allenfalls, wenn sie durch parlamentarische Anfragen dazu gezwungen wird. Ihre Standard-Antwort entspricht dabei der des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, vom 11. Dezember 1991:

"Die Zusammenarbeit der marokkanischen Behörden mit den bisher auf dem Gebiet der Westsahara stationierten UNO-Beobachtern verläuft nach Auskunft der Vereinten Nationen zufriedenstellend. Unilaterale Maßnahmen einzelner Migliedstaaten der Vereinten Nationen gegenüber der marokkanischen Regierung ... wären nach Auffassung der Bundesregierung nicht hilfreich."

Um Marokko zur Einhaltung des UN-Friedensplanes in der Westsahara zu bewegen, schien es den Bonner Politikern nicht einmal hilfreich, die direkte Ausrüstungshilfe an die marokkanischen Streitkräfte, die sie seit Kriegsbeginn zahlt, endlich zu streichen. Auch im neuen Haushalt für 1992 sind wieder "bis zu zwei Millionen Mark" für den Ausbau einer Berufsschule für marokkanische Militärs in Rabat vorgesehen, im Auftrag des Bundes eingerichtet von der Rüstungsfirma Heckler und Koch.

Warum die Bundesregierung ihre seit Jahren gepflegte Kollaboration mit der marokkanischen Diktatur auch heute

noch nicht aufgibt, steht in einer Vorlage des Auswärtigen Ausschusses vom 6. November 1991, die den Stempel "Vertraulich - Nur für den Dienstgebrauch" trägt:

"Marokko verfolgt einen pragmatischen außenpolitischen Kurs, dem gerade vor dem Hintergrund des Golfkrieges verstärkte Bedeutung zukommt. Nicht zuletzt zur Betonung unserer gemeinsamen Interessen mit den gemäßigten arabischen Staaten liegt uns an guten und engen Beziehungen in allen Bereichen. Seine einflußreiche Rolle in der arabischen Welt macht Marokko zu einem wichtigen Partner für uns."

Die Bedeutung des "Partners Marokko" ergibt sich auch aus dem im Februar von der taz veröffentlichten neuen Strategiepapier der Bundeswehr für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Immerhin wird darin als zukünftige Aufgabe deutscher Militärs auch die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" und der "Stabilität... in Nordafrika" beschrieben. Eine der wichtigsten Schiffahrtslinien des "freien Welthandels" verläuft von Europa nach Südafrika, vorbei an der Küste Marokkos und der Westsahara. Schon im Weißbuch der Bundeswehr von 1975/76, also kurz nach Kriegsbeginn in der Westsahara, vermerkte das Verteidigungsministerium zudem besorgt alle die Rohstoffe, bei denen die Bundesrepublik zu 100 Prozent von "überseeischen Einfuhren abhängig" ist. Von den damals genannten elf Rohstoffen sind mit Kupfer, Phosphat, Titan und Vanadium allein vier in der Westsahara nachgewiesen worden. Der Zugriff auf diese Rohstoffe erscheint den Regierenden hierzulande seit jeher leichter über die marokkanische Besatzungsmacht als über eine möglicherweise unabhängige Westsahara. Schließlich sieht der Verfassungsentwurf der sahrauischen Befreiungsbewegung Frente Polisario nach der Unabhängigkeit eine strikte nationale Kontrolle der Bodenschätze dieses Wüstenlandes vor. (Dazu gehören auch Öl-Vorkommen, die zwar schon in den sechziger Jahren von internationalen Ölkonzernen erforscht wurden, deren Abbau zur Zeit jedoch offensichtlich noch nicht rentabel genug erscheint.) Nicht zuletzt aus diesen Gründen tolerierte die Bundesregierung seit Kriegsbeginn Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik (zum Teil über den Umweg Frankreich) nach Marokko im Wert von mehr als einer Milliarde DM, lud marokkanische Kriegsschiffe in bundesdeutsche Marinehäfen ein und bildete marokkanische Offiziere an der Bundeswehrhochschule aus. Einige von ihnen wurden unmittelbar danach im Westsaharakrieg eingesetzt.

Doppelte Moral der mächtigen Regierungen

Es ist diese wirtschaftliche, politische und militärstrategische Bedeutung Marokkos, die es Hassan II. und seiner Regierung erlaubt, immer wieder und in aller Öffentlichkeit gegen den einstimmig verabschiedeten UNO-Friedensplan für die Westsahara Stimmung zu machen.

Im Dezember erklärte der marokkanische Innenminister Driss Basri unumwunden einem bundesdeutschen Fernsehteam, daß Marokko um keinen Preis bereit ist, ein Ergebnis zu akzeptieren, das seinen Annexionsgelüsten widerspricht:

"Eines muß ganz klar sein: die einzige Basis für jede Vereinbarung kann und muß die komplette Eingliederung der Sahara in unser Königreich und die Unantastbarkeit unserer Souveränität sein. Andere Möglichkeiten gibt es nicht."

Weil sie unter den mächtigen Regierungen dieser Welt keinen Anwalt für ihre Sache finden, bleibt den Sahrauis nur der verzweifelte Appell an die internationale Öffentlichkeit. Es gelte, endlich das internationale Schweigen über die Situation in der Westsahara zu brechen, die jede Hoffnung der Sahrauis auf Freiheit zu ersticken drohe, sagt Habibullah Mohammed, der Präsident des Sahrauischen Roten Halbmondes: "Die sahrauische Bevölkerung wartet jetzt schon fast 17 Jahre auf einen Friedensplan und auf eine Lösung ihres Problems, das schlicht und einfach ein Problem der Entkolonialisierung ist. Wir fragen uns, ob es ewig so weiter bestehen bleiben soll? Das Skandalöse ist, daß die internationale Staatengemeinschaft etwa während der Golfkrise alles zur Mobilisierung getan hat, um die Besetzung eines kleines Landes durch ein großes wieder rückgängig zu machen. Nun: Wir verfügen nicht über Petro-Dollar und haben keinen Emir von Kuwait vorzuweisen. Aber wir sind trotzdem mit dem gleichen Phänomen konfrontiert, mit einer Invasion aus dem Nachbarland. Und wir haben das gleiche Recht, davor geschützt zu werden. Aber offensichtlich gibt es in der internationalen Staatengemeinschaft eine doppelte Moral."

Karl Rössel
(Rheinisches Journalistenbüro)



Der jetzige UNO-Generalsekretär Butros Ghali machte sich bereits mehrfach um US-Interessen verdient.

Anmerkungen:
1) Marokkanische Presseagentur MAP, 19.1.92
2) VWD, 4.2.92
3) vgl. etwa die Zeitung Entwickung und Zusammenarbeit, Ausgabe 1/2, 1992
4) vgl. The Independent 6.2.1992
5) zit. nach La Tribune de Geneve, 20.12.1991
6) taz vom 7.2.92

Chronik einer Kolonialgeschichte ohne Ende

"Nur wer nichts hat, kann noch von allem träumen." Dieses sahrauische Sprichwort kennzeichnet die traurige Situation, in der sich die meisten BewohnerInnen der Westsahara derzeit befinden. Das war nicht immer so. Seit Jahrtausenden hatten Nomadenstämme die Westsahara bewohnt. Ideal an die kargen Bedingungen des Landes angepaßt, lebten sie vor allem von der Zucht ihrer Kamelherden. Eine übergeordnete Regierungs- oder Verwaltungsstruktur kannten sie nicht. Als sich die Spanier und Portugiesen im 15.Jahrhundert an der Küste der Westsahara festsetzen wollten, vertrieben die Nomadenstämme die Eindringlinge so gründlich, daß sich die Kolonialisten in den folgenden dreieinhalb Jahrhunderten von der Westsahara fernhielten. Erst gegen Ende des 19.Jahrhunderts, im Vorfeld der Berliner Kongo-Konferenz, auf der die Kolonialmächte Afrika unter sich aufteilten, beeilten sich die Spanier, einen kleinen militärischen Stützpunkt an der Küste bei Dakhla zu errichten. Die Spanier erklärten die gesamte Küste zu ihrem Kolonialgebiet und einigten sich mit den Franzosen über den grotesk anmutenden Grenzverlauf. Von einer "Kontrolle" über ihre Kolonie konnten die Spanier auch 50 Jahre später noch nicht reden: alle Versuche, ins Landesinnere vorzudringen, wurden von den Sahrauis zurückgeschlagen.

Ein Bericht des kolonialerfahrenen britischen Außenministeriums kommt 1911 zu dem Schluß: "Die Zukunft der spanischen Sahara verspricht keine besonderen Erfolge. Der Mangel an Süßwasser, die Unfruchtbarkeit des Bodens, der Mangel an Häfen, die Unregelmäßigkeit des Handels wie der einheimischen Bevölkerung und die Laschheit der Regierungskontrolle lassen zusammengenommen die Kapitalisten davor zurückschrecken, ausgerechnet in diesen Landstrich zu investieren" [1]. Im benachbarten Marokko hatten sich zu der Zeit bereits die Gebrüder Mannesmann als Entwicklungshelfer betätigt und den Sultan zur Übergabe der Bergbaurechte überredet. Um die Franzosen als Mitbewerber auszuschalten, ließen sie dem Sultan als Geschenk sogar einen weißen Elefanten und zwei Löwen aus dem Hagenbeckschen Tierpark in Hamburg überbringen. Die Mannesmanns durchforschten damals auch das südliche Marokko und fanden außer den erhofften Eisenerzen für die Rüstungsproduktion zusätzlich Gold, Phosphat, Kupfer, Blei, Zink, Erdöl und Kohle. Der erste Weltkrieg beendete vorerst ihre Ausbeutungsträume.

In den 30er Jahren dieses Jahrhunderts begannen dann die Spanier mit dem militärischen Vordringen ins Landesinnere, Francos Anhänger in der Fremdenlegion übten den Bürgerkrieg. Dennoch hatte die Kolonie noch bis in die 50er Jahre für Spanien keinerlei wirtschaftliche Bedeutung. Mit dem Befreiungskrieg der FLN in Algerien und dem Kampf der marokkanischen "Befreiungsarmee" Mitte der 50er Jahre erwachte auch der Widerstand der Sahrauis: Erneut zwangen sie die Spanier, alle Militärposten im Landesinneren zu räumen. Ihr Ruf nach Selbstbestimmung wurde lauter. Die spanische Armee reagierte darauf 1958 in Zusammenarbeit mit dem französischen Militär mit einem Vernichtungsfeldzug. Die Militärs töteten die Kamelherden der Sahrauis, vergifteten deren Brunnen und zwangen Zehntausende zur Flucht. Ihrer Lebensgrundlage beraubt wanderten die Nomaden in die Städte ab, um dort nach Arbeit zu suchen. So zwangen die Spanier viele Sahrauis in die Lohnarbeit, denn bei ihrer inzwischen aufgenommenen Suche nach Bodenschätzen waren sie bei Bou Craa auf große Phosphatvorkommen gestoßen. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonie konnte beginnen. Wieder dabei: bundesdeutsche Firmen von Krupp, Klöckner-Humbold-Deutz bis Strabag. Diese Firmen erbauten die Förderanlagen und die 200 km langen Förderbänder zur Küste. Die Weltbank finanzierte das "Projekt". 1975 lieferte die spanische Kolonie bereits 2,24 Millionen Tonnen Phosphat. Eines der größten Abnehmerländer: die BRD. Bayer, Hoechst, Merck und BASF benötigten Phosphat für Düngemittel und Waschpulver.

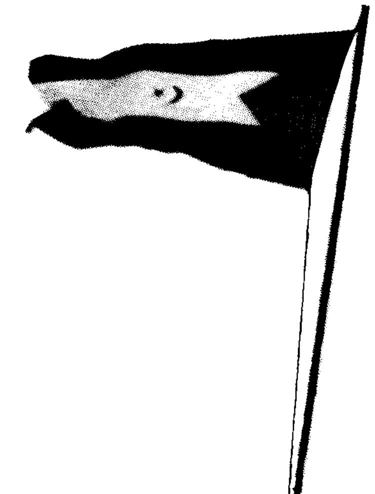
Der Widerstand gegen die spanische Besetzung wurde zunehmend blutiger unterdrückt. Als Antwort auf Forderungen der Sahrauis nach Selbstbestimmung ließen die Spanier ihre Fremdenlegion 1970 auf Demonstranten schießen. Die blutige Repression führte Anfang der 70er Jahre zur Gründung der "Frente Popular para la Liberación de Saguia el Hamra y del Rio de Oro", der Frente Polisario. Das marokkanische Regime nutzte die außenpolitische Schwäche Spaniens während des Ablebens Francos, um die Spanier zum Verkauf ihrer Kolonie zu drängen. Schließlich kam nach Rücksprache mit den USA und Frankreich der jahrelang geheim gehaltene Vertrag zwischen Marokko, Mauretanien und Spanien zustande. Marokko und Mauretanien teilten die Westsahara unter sich auf, Spanien erhielt eine 35 %-Beteiligung an der Phosphatausbeute, Fischfangrechte vor der Küste und eine vorläufige Zusage Marokkos, auf Ansprüche auf die spanischen Enklaven in Nordmarokko, Ceuta und Melilla, zu verzichten. Die UNO, die schon 1966 ein Referendum verlangt hatte, schwieg, der lange Kampf der Frente Polisario gegen die marokkanische Besatzungsmacht begann. Eine Militärjunta stürzte am 10.7.1978 den mauretanischen Staatspräsidenten und schloß mit der Polisario ein Friedensabkommen, worin Mauretanien auf alle territorialen Ansprüche in der Westsahara verzichtete. Kurz darauf besetzte Marokko auch diesen Teil der Westsahara.

Die westlichen Regierungen hofierten indessen König Hassan II., um die Gunst des strategisch und wirtschaftlich wichtigen Marokko zu erhalten. Die BRD-Rüstungsbetriebe verdienten am sechzehn Jahre andauernden Krieg gegen die Westsahara Millionen durch offizielle und inoffizielle Waffenlieferungen an Marokko. Die internationale Öffentlichkeit vergaß den Krieg nach und nach. Sein Ziel, den Widerstand der Sahrauis zu brechen, erreichte das marokkanische Regime dennoch nicht. Am Ende wurde klar: "Die Marokkaner können das sahrauische Volk nicht zerstören. Umgekehrt können wir die marokkanische Armee nicht vernichten. Die Lösung wird und muß eine politische sein", wie der erste Ministerpräsident der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) 1987 erklärte. Beide Seiten stimmten schließlich einem Referendum unter Aufsicht der UNO zu.

nada

Anmerkung:

1) Rössel, Karl: Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne, Bad Honnef 1991, Seite 89



Forderungskatalog zum Westsaharakrieg

Zur UNO:
Sofortige Durchsetzung aller vereinbarten Schritte des UN-Friedensplanes in der Westsahara und unmittelbare Offenlegung aller erarbeiteten Anwendungsbestimmungen. Das heißt insbesondere:
* Übenahme der Verwaltung des besetzten Landes zur Durchführung eines freien Referendums unter internationaler Kontrolle. Durchsetzung von Meinungsfreiheit und freier politischer Betätigung für die sahrauische Bevölkerung. Sofortige und ungehinderte Zulassung aller internationalen Journalisten und Wahlbeobachter. Keine Zusammenarbeit der UN-Friedenstruppe mit dem marokkanischen Militär. Autonome Kommunikations- und Transporteinrichtungen der MINURSO.
* Rückzug der marokkanischen Besatzungstruppen, Polizisten, Paramilitärs und Geheimdienstler aus der Region sowie aller neuangesiedelten Zivilisten, die die Zahl der Stimmberechtigten manipulieren sollen. Keine Neuaufnahme der von Marokko eingereichten 120.000 Namen in die Wählerlisten. Keine Einführung neuer Kriterien für die Stimmberechtigung.
* Freilassung aller sahrauischen Gefangenen aus marokkanischer Haft und spezielle Vorkehrungen für ihre Sicherheit und Freizügigkeit.
* Repatriierung der sahrauischen Flüchtlinge aus dem Exil (Algerien, Mauretanien, Kanarische Inseln) an Abstimmungsorte ihrer Wahl.
* Rückhaltlose Aufklärung der Vorwürfe von Kollaboration hoher UN-Beamter mit der marokkanischen Besatzungsmacht mit entsprechenden Konsequenzen.
* Veröffentlichung jedes Versuchs, den Friedensplan zu manipulieren. Vorlage eines Planes zur Anwendung ökonomischer Druckmittel gegen Marokko für den Fall weiterer Behinderungen und Waffenstillstandverletzungen und zur Durchsetzung des Ergebnisses des Volksentscheids (den Marokko nur als Bestätigungsreferendum akzeptieren will).
* Aktive und detaillierte Information der Öffentlichkeit über den Fortschritt des Friedensplanes.

Zur EG:
Umsetzung der Entschließungen des Europaparlamentes gegen die marokkanische Besatzungspolitik und die Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara in die Praxis der europäischen und nationalen Politik. Entsprechendes Verhalten der EG-Regierungen gegenüber Marokko im Weltsicherheitsrat. Kontrolle des Friedensprozesses durch eine entsprechende Kommission. Um Marokko zur Einhaltung des Friedensplanes zu zwingen, sind insbesondere zu fordern:
* Wirtschaftssanktionen gegen die marokkanische Diktatur bis zum Abschluß einer Friedensregelung in der Westsahara. Der Beschluß des Europaparlamentes, die neuen Finanzvereinbarungen im Rahmen des EG-Kooperationsabkommens (Höhe: 438 Mio ECU für Marokko bis 1996) zu stornieren, war ein erster Schritt. (Seit 1975 hat die EG Marokkos Kriegskasse um mehr als eine Milliarde DM entlastet.) Weiterhin werden jährlich über 145 Mio DM an Marokko gezahlt, um europäischen Fangschiffen den Zugriff auf die Fischvorkommen vor der nordwestafrikanischen und auch der sahrauischen (!) Küste zu ermöglichen. Aufkündigung dieser Vereinbarung und Durchsetzung eines konsequenten Wirtschaftsboykotts gegen das Land.
* Energisches Auftreten gegen die brutale Verfolgung von Oppositionellen in Marokko und der besetzten Westsahara.
* Aufkündigung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit Marokko und streng überwachtes Waffenembargo der EG-Staaten gegen die kriegsführende Diktatur (bis heute gehören Spanien, Frankreich und die Bundesrepublik zu den wichtigsten Ausrüstern).
* Aufkündigung des Kooperationsrates der EG-Außenminister mit der Diktatur Marokkos.
* Aufkündigung der EG-Kollaboration mit dem marokkanischen Innenministerium innerhalb der TREVI-Gruppe, bei der der Repressionsapparat Marokkos zur Abschottung der "Festung Europa" genutzt wird.
* Einrichtung eines Sonderförderfonds für eine nach einem Volksentscheid - möglicherweise - unabhängige Westsahara.

Zur BRD:
Korrektur der bisherigen Politik, die als "neutral" ausgegeben wird, tatsächlich aber von weitgehender Unterstützung für Marokko bestimmt ist, im Sinne einer aktiven Durchsetzung des völkerrechtlichen Anspruchs auf Dekolonisierung der Westsahara. Konkret bedeutet dies:
* Sofortige Einstellung aller offenen und verdeckten Kriegshilfen an Marokko.
* Stop der umfangreichen Rüstungslieferungen, die vor allem via Frankreich verschifft werden (seit Kriegsbeginn im Wert von ca. 1 Mrd DM, beteiligt u.a: MBB/Daimler/Mercedes, AEG, MTU, Thyssen-Henschel, Dornier, Rheinmetall, Heckler & Koch).
* Keine Kriegsabgaben bundesdeutscher Firmen an die marokkanische Diktatur (bis heute zahlen alle Unternehmen mit Niederlassungen in Marokko eine Kriegsabgabe).
* Stop der Ausstattungshilfe der Bundesregierung für die marokkanischen Armee (seit Kriegsbeginn wurden u.a. Feldküchen, LKWs, Feldlazarette, Krankenwagen und Überschüsse aus Bundeswehrbeständen im Wert von 45 Mio DM geliefert).
* Sofortige Schließung der mit Bundeshilfe ausgestatteten Berufsschule der Rüstungsfirma Heckler & Koch in Rabat.
* Einstellung aller Hilfslieferungen für das Militärkrankenhaus in Rabat.
* Stop aller Ausbildungsprogramme für marokkanische Militärs und Polizisten in der BRD (seit 1975 mehr als 70, von denen viele direkt aus der BRD zum Kriegseinsatz in der Westsahara abkommandiert wurden).
* Keine Einladung der Bundeswehr an Kriegsschiffe und Militärdelegationen aus Marokko.
* Abzug der bundesdeutschen Militärattachés aus Marokko.
* Einstellung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit der marokkanischen Diktatur (1,6 Mrd DM zahlte das BMZ seit Kriegsbeginn an Marokko).
* Einstellung aller speziellen Fördermaßnahmen für die marokkanische Kriegswirtschaft aus deutschen Steuergeldern (Investitionswerbung durch die DEG, Messeförderung, Lobbyarbeit, Experteneinsätze usw.) insbesondere der PR-Arbeit, die für die Annexionspolitik Marokkos wirbt (z.B. Marokkoleitfaden der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, in dem Unternehmer aufgefordert werden, am "Ausbau" der besetzten Westsahara zu "partizipieren", oder der mit Bundeszuschüssen finanzierten "Afrika Post", die ein völkerrechtswidriges Großmarokko propagiert).
* Sofortiger Einzug der vertraulichen "Länderaufzeichnung Marokko" des Auswärtigen Amtes, in der - entgegen aller Neutralitätsbekundungen - die "erfolgreichen Aufbauleistungen Marokkos" in der besetzten Westsahara gelobt und die "Bedeutung" des Hassan-Regimes "für den Westen" betont werden.
* Keine Staatsbesuche bundesdeutscher Politiker in Marokko, kein Empfang marokkanischer Regierungsvertreter in der BRD.
* Beendigung der engen Kooperation der politischen Stiftungen (darunter auch der Friedrich-Ebert-Stiftung) mit marokkanischen Ministerien und Schließung ihrer Büros in Marokko.
* Aufkündigung der Zusammenarbeit des DGB mit der marokkanischen Gewerkschaft Union Marocaine du Travail, die "die marokkanischen Siege" im Nachbarland Westsahara "mit Freude zur Kenntnis nimmt".
* Tourismusboykott, solange Krieg geführt und gefoltert wird. (Tourismus ist die zweitwichtigste Devisenquelle der Diktatur, zu der 1989 ca. 160.000 deutsche Urlauber mit 277 Mio DM beitrugen.)
* Sofortige Aufnahme offizieller Gespräche mit Vertretern der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) und engagierte Übernahme von Mitverantwortung für ein freies und gerechtes Referendum und die Durchsetzung seines Resultates.
* Förderung der sahrauischen Informationsarbeit in der BRD (z.B. durch die Umsetzung des bis heute nicht erfüllten SPD-Parteitagsbeschlusses von 1986, der der sahrauischen Befreiungsbewegung Frente Polisario die "größtmögliche Unterstützung für ihre Informationsarbeit in der BRD besonders bei der Einrichtung einer Vertretung in Bonn" versprach).
* Großzügige Aufstockung der humanitären Hilfe für die rund 170.000 sahrauischen Flüchtlinge im algerischen Exil (die lange Zeit "aus Gründen der Neutralität" abgelehnt wurde).



Zerrbilder Asiens

Ergreift die Bürde des Weißen –
macht Schluß mit den Tagen der Kindheit –
dem leicht dargebotenen Lorbeer,
dem mühelos unangefochtenen Lob.
Nun kommt - eure Mannhaftigkeit zu suchen
durch all die Jahre ohne Dank -,
kalt-geschliffen von teuer erkaufter Weisheit
das Urteil von Ebenbürtigen
Rudyard Kipling

Der Kolonialepiker Kipling hat die Schwierigkeiten des weißen Mannes, an die Reichtümer heranzukommen und die Gesellschaften Asiens zu beherrschen, richtig erkannt. Aus diesem Grund verteufelte er die zu Unterwerfenden oder forderte sie auf, in das Projekt der Kolonialgesellschaft einzusteigen. Ein Widerspruch, der immer wieder in den Bildern auftaucht, die sich Europäer von Asien in den letzten 500 Jahren gemacht haben.

Anders als im Falle Lateinamerikas mußten die europäischen Kolonialmächte über dreihundert Jahre warten bis sie den kolonialen Kuchen in Asien endgültig verteilen konnten. Es gab immer wieder Rückschläge. So wurden die Portugiesen von wichtigen Stützpunkten dreißig Jahre nach ihrer Eroberung wieder vertrieben. Die japanischen Herrscher warfen alle Europäer kurzerhand wieder aus dem Land, nachdem sie erkannt hatten, wie weit sich die Europäer in innere Angelegenheiten einmischen wollten. Englische Kaufleute der später berüchtigten Companies mußten sich die ersten hundert Jahre indischen Herrschern unterwerfen, ja sich sogar ihrer Kultur anpassen. Einzelne Regionen konnten nie vollständig kontrolliert werden.

Und doch hat der Okzident schlußendlich gesiegt. Allerdings ist ihm mit Japan vor hundert Jahren ein Konkurrent entstanden.

Die Bilder, die sich Europäer von "Asiaten und Asiatinnen" gemacht haben, waren aufgrund dieser Geschichte sehr differenziert. Die gesellschaftlichen Identitäten ließen sich nicht wie in Afrika und Lateinamerika relativ schnell zerstören. Vier grundlegende Bilder lassen sich festhalten:

"Asiaten" spielen den Untermenschen, der als mysteriös, grausam und durchtrieben gilt. Sie locken die vertrauensseligen "Langnasen" in Fallen, wo angespitzte Bambus-Pflöcke auf sie warten.

Auf der anderen Seite schätzt man die Weisheit, die Ruhe und den Reichtum und will aus dieser Kultur Honig saugen für das gestreßte Metropolendasein. Besonders während verschiedenster Sinnkrisen der Europäer, wie Anfang des Jahrhunderts (Hesse entdeckt die chinesische Lebensweise), wird dies augenfällig. Die ausgehenden 70er Jahre bescherten uns eine Ashram-Welle, mit ihrem Zentrum in Poona. In der indischen Kleinstadt himmelten gefrustete Wirtschaftswunderkinder aus Europa, auf der Suche nach dem Sinn des Lebens, einen Guru an, genauso wie sie wenige Jahre vorher Mao-Bilder auf Demos vor sich her trugen. Heute schätzt jeder Manager die Möglichkeiten, sich mit asiatischen Konzentrationsübungen fit zu halten.

Und dann ist da noch der potentielle Konkurrent, der in Form von "arbeitenden Ameisen" (China) oder "gefühlslosen Robotern" (Japan) ökonomisch gefährlich zu werden droht.

Zu guter Letzt gibt es die immer wieder gezeigten hungernden Massen aus Kalkutta auf der einen Seite und die steinreichen Maharajas auf der andern. Der Tiger von Eschnapur - unser Titelbild - ist da keine Ausnahme. Ein billiger aber gut ankommender Trick, um gesellschaftliche Realitäten zu verzerren.

Die komplexe Materie und die relativ unbekannte Kolonialgeschichte Asiens, die sich stark von der lateinamerikanischen und afrikanischen unterscheidet, führte uns zu Beiträgen mit historischen Schwerpunkten. Zudem ist außer auf den Philippinen, das von Spanien erobert wurde und vor knapp hundert Jahren in den Herrschaftsbereich des US-Imperialismus geriet, 500 Jahre Kolonialismus kein relevantes Thema in Asien.

Der Einführungsartikel "Die andere Kolonialgeschichte Indiens" von Christel Opeker verdeutlicht die unterschiedlichen Formen des europäischen Kolonialismus. Der Schwerpunkt dabei liegt auf Indiens eigener Geschichte und den vielfältigen Verflechtungen der später Kolonisierten mit der angehenden Kolonialmacht sowie den teilweise erfolgreichen Gegenbewegungen.

Deutsche Bank- und Handelshäuser waren von Anfang an auch in Asien an kolonialen Unternehmungen beteiligt. Die unselige Tradition der deutschen Waffenschmieden hat im ersten Jahrhundert der Kolonisierung ihre Wurzeln. Deutsche Kanonengießer und Geschützmeister (bombardeiros) genossen einen hervorragenden Ruf. Michael Rost beleuchtet die Hintergründe.

Hildis Strigl untersucht die schon erwähnten unterschiedlichen Bilder, die sich Europa in den letzten 500 Jahren von China machte.

Ulrich Menzel geht der zentralen Frage nach, warum Japan nicht kolonisiert wurde und sich später selbst zur Kolonialmacht entwickelte.

Lydia Potts zeigt die unterschiedlichen Formen von Kulimigration auf und thematisiert die Rolle der Frauen in der Kuliarbeit. Im 19. Jahrhundert war Kuliarbeit zwischen Sklavenarbeit und freier Lohnarbeit angesiedelt. In ungeheuer kurzer Zeit wurden Arbeitskräfte auf Plantagen und auf Großbaustellen der industriellen Revolution, wie dem Panama-Kanal, verheizt. Die Arbeitsverhältnisse der blutigen Taylorisierung, wie sie heute noch beispielsweise in der südkoreanischen Textilindustrie für Frauen bestimmend sind, haben hier ihren historischen Ursprung.

Die Redaktion



Indiens Kolonialgeschichte

Die Kolonialgeschichte Indiens und mit ihr ganz Asiens unterscheidet sich wesentlich von der Lateinamerikas. Den Spaniern gelang es aufgrund günstiger Umstände, sofort ins Zentrum der "neuentdeckten" Gebiete vorzustoßen. Die europäischen Kolonialanwärter in Asien mußten sich mit kleinen gefährdeten Stützpunkten an den Rändern großer und mächtiger Staaten begnügen. Die spanische Macht konnte in den von ihr eroberten Gebieten auf den fast vollständig zerschlagenen Kulturen sofort eine eigene, auf spanischen Profit ausgerichtete Ordnung errichten. Die potentiellen Kolonialherren Asiens hatten immerhin 300 Jahre lang keine Gelegenheit, sich die betreffenden Staaten zu unterwerfen oder auch nur Einfluß auf die innerasiatische Politik zu erlangen. Sie mußten sich, angefangen mit Portugal, auf die lückenhafte Kontrolle des Vorhandenen beschränken, bis innerasiatische Probleme ein Machtvakuum zugunsten der Europäer schufen.

Als 1498 die Schiffe Vasco da Gamas in Kalikut an der Westküste Indiens eintrafen, war der indische Subkontinent nach einer wechselhaften Geschichte in viele kleine Königreiche unterteilt, die sich gegenseitig bekriegten. Die Handvoll von Skorbut geplagter Männer war für die "Entdeckten" kein ernstzunehmendes Thema. Die indischen Herrschaftseliten waren damit beschäftigt, ihre Einflußbereiche auszudehnen. Im Norden hatten sich bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts zwei große Mächte herauskristallisiert. Ein türkisch-afghanischer Adelsbund beherrschte das Gebiet vom Indus über den Punjab und Uttar Pradesh bis Bengalen. In diesem Gebiet entwickelte sich in der Folge die Mogulherrschaft, die Indien bis 1800 dominieren sollte. Das südlich davon gelegene Rajasthan wurde von einer hinduistischen Dynastie regiert. Beide Herrschaftsbereiche zeichneten sich zu der Zeit durch das Fehlen einer zentralen Autorität und einer umfassenden bürokratischen Kontrolle aus. Im Dekhan, dem gebirgigen Hochland in Zentral- und Südindien, kämpften weiterhin viele Kleinstaaten um die Vorherrschaft. Entlang der Malabarküste im Südwesten hatte sich das hinduistische Reich Vijayanagara etabliert, das einen großen Teil des Gewürzhandels mit gut organisierter Verwaltung kontrollierte.

Die Zeitspanne bis zur Konsolidierung der jeweiligen Mächte verschaffte den Portugiesen jedoch die Möglichkeit, zumindest einen Fuß in den begehrten und lukrativen Gewürzhandel hineinzubekommen. Vasco da Gama mußte aufgrund seiner schwachen Bittstellerposition noch bescheiden auftreten und die ihm diktierten hohen Pfefferpreise bezahlen. Die portugiesischen Waren (Olivenöl und grobes Leinen) waren für die ansässigen Kaufleute uninteressante Tauschprodukte. Gamas Nachfolger Cabral trat schon etwas herrischer auf. Er ließ die handelsunwilligen indischen Küstenstädte, allen voran Kalikut, zusammenschießen. Das Einschüchterungsritual wurde entlang der Küste wiederholt und begründete die Seehandelskontrolle der Portugiesen.

Die erste Phase des Kolonialismus in Asien war damit eingeleitet worden. Opfer der portugiesischen Aggression waren neben kleinen unbefestigten Stadtstaaten die persischen, indischen und arabischen Kaufleute, die auf den Seehandel angewiesen waren. Die Portugiesen

besetzten schließlich die wichtigsten Punkte des islamischen Handelsnetzes, das sich von Nord- und Ostafrika bis zu den Küsten Chinas erstreckte. Der Überraschungseffekt erleichterte ihnen dieses skrupellose Vorgehen. Die portugiesische Galeone, eine Mischung aus Kriegs- und Handelsschiff, begann die asiatischen Meere zu beherrschen. Anders als die Spanier in Lateinamerika blieben die Portugiesen in Asien eine reine Seemacht. Ihr Interesse war die Seehandelskontrolle. Die Eroberung und Beherrschung des Hinterlandes wäre ihnen zu Beginn der

Von den portugiesischen Kolonialisierungsversuchen bis zur britischen Expansion

Kolonisierung Asiens auch gar nicht möglich gewesen. Sie verfügten gegenüber den meisten der vorgefundenen Staaten weder über die nötigen Mittel noch über die entsprechende Anzahl an Menschen, um ein größeres Territorium zu erobern und zu halten.

Trotz der Kontrolle des Seehandels durch erpreßte Steuern und Zölle gelang es den Portugiesen nie, das Monopol über den gesamten asiatischen Gewürzhandel zu erringen. Sie waren immer nur in der Lage, auf den schon vorhandenen Handelsrouten einen Teil des Profits in ihre Taschen umzuleiten. Selbst die Kontrolle des Eroberten entglitt ihnen schon nach 30 Jahren Herrschaft wieder. Die Betroffenen hatten sich schnell von der Überraschung erholt und begannen langsam, von allen Seiten verlorenes Terrain zurückzuerobern.

Den Beginn machten einige südostasiatische Staaten mit türkischer Unterstützung. 1523 wurde Pacem, die letzte portugiesische Niederlassung auf Sumatra, von Sultan Ali Riayat Shah erobert. Zwischen 1563 und 1570 verloren die Portugiesen große Teile des südostasiatischen Gewürzhandels durch Angriffe molukkischer Kriegsschiffe. Die anderen europäischen Kolonialmächte spielten zu dieser Zeit in diesem Raum noch keine Rolle. Nur auf Ambon, der Nelken- und Muskatinsel, konnten die Portugiesen sich bis zur Ankunft der Holländer halten.

In Indien hatte sich in der Zwischenzeit das Mogulreich bis in den Süden ausgedehnt und seine Herrschaft gefestigt. Diese Landmacht, die zeitgleich mit der portugiesischen Seemacht in Indien auftrat, hatte bei ihrer Eroberung des Subkontinents mehr Erfolg und schob etwaigen Expansionsgelüsten Portugals einen Riegel vor. Die Kontrolle der portugiesischen Küstenniederlassungen wurde vom Mogulreich jedoch nicht angestrebt. Der ausgedehnte indische Binnenmarkt war durch die Fremden nicht bedroht und das riesige Steueraufkommen der großen Bevölkerungszahl reichte für den Unterhalt der Eliten und die Verwaltung des Reiches.

Gefahr drohte den Portugiesen dagegen von den Kanhoji-Piraten, die sogar so mächtig wurden, daß sie in der Nähe von Bombay einen eigenen Staat gründen konnten. Sie spezialisierten sich auf das Kapern portugiesischer Galeonen im Bereich der Küstengewässer und fügten damit dem Imperium drastische Verluste zu. Aus einer hinduistischen Oppositionsbewegung westlicher Dekhanvölker gegen die Mogulherrschaft entstand schon 1647 der Marathen. Dieser Zusammenschluß mehrerer Staaten ging auch erfolgreich gegen portugiesische Niederlassungen vor. 1683 hätten sie fast Goa erobert. 1737 besetzten sie Bacaim, die zwischen Diu und Goa gelegene zweitreichste portugiesische Stadt Indiens. Zusätzlich kümmerten sich jetzt auch wieder persische, türkische und arabische Flotten um die unangenehme Konkurrenz in ihrem Handelsbereich. Nur in den ersten 30 Jahren portugiesischer Expansion hatte die Ausdehnung des Osmanischen Reiches und die damit verbundenen Kriege die militärischen Kräfte im islamischen Handelsbereich gebunden.

Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß der portugiesische Kolonialismus in Asien einen peripheren Charakter aufweist. Dies zeigt sich auch daran, daß kein einziger der Stützpunkte einen portugiesischen Namen hat. In Lateinamerika haben die Kolonialmächte den meisten Ortschaften schon durch die Namensgebung ihren Stempel aufgedrückt. In Portugiesisch-Asien wurden allenfalls malayalamische und mahratische Namen der portugiesischen Aussprache angepaßt.

Äußerst hinderlich für den kolonialen Machtausbau waren auch innerportugiesische Faktoren. Kern der Kolonialverwaltung waren die königlichen "Gnadenerweise". Portugiesen, die es geschafft hatten, nachweislich zehn Jahre ohne staatliche Unterstützung und feste Anstellung in den Kolonien zu überleben, hatten sich damit das Anrecht auf einen "Gnadenerweis" der Krone erworben. Diese "Gnadenerweise" beinhalteten eine leitende Funktion in den Niederlassungen. Mit viel Glück - es gab immer mehr Bewerber als "Gnadenerweise" - konnten die Betreffenden eine dreijährige Amtszeit in den Kolonien antreten. Die war in der Regel ebenfalls schlecht bezahlt oder ohne staatlichen Lohn. Das System erzeugte eine hemmungslose Ausbeutungs- und Unterschlagungsmentalität. Überfälle durch "Gnadenerweisanwärter" sowie Piratenakte portugiesischer Adliger gehörten in den Niederlassungen zum Alltag. Solange jedoch die königliche Schatztruhe voll wurde, waren diese "Ausrutscher" nicht unerwünscht.

Die portugiesische Kolonialverwaltung

Das portugiesische System verhinderte auch eine glückliche Heimkehr reicher Indienveteranen. Jede portugiesische Station, die der Reisende auf dem Heimweg anlaufen mußte, ließ die Beute durch Zölle und Abgaben schrumpfen. Den Rest nahmen sich oft Piraten.

All diese Umstände führten zur massenhaften Aufkündigung der Loyalität gegenüber dem portugiesischem Staat. Das ermöglichte wiederum bis zum Ende des 16. Jahrhunderts fast jedem indischen Fürsten, sich seine ganz privaten portugiesischen Militärberater und Kanonengießer zu halten. Teilweise übernahmen die Überläufer sogar die Religion ihrer neuen Arbeitgeber.

Auch die Loyalität der Niederlassungen als Ganzes ließ zu wünschen übrig - trotz der Versuche, durch Zwangsheirat und der finanziellen Förderung von indo-portugiesischen Ehen eine Portugal ergebene Bevölkerung zu erhalten. Diese gemischte Bevölkerung, zu der auch die luso-indische in Goa gehört, orientierte sich immer stärker an ihrem Wohnort als an dem weit entfernten und unzuverlässigen "Mutterland". Das stand im Gegensatz zur spanischen Kolonialpolitik, die sowohl den Bezug zum "Mutterland" als auch die Trennung der "Rassen" auf ihr Banner geschrieben hatte. Aber im Unterschied zu Spanien verfügte Portugal in Asien nur über kleine Territorien, umgeben von einer fremden Welt - ohne die Möglichkeit einer massiven Ausbeutung von "Eingeborenen" und Bodenschätzen.

Die portugiesische Mission

Auch die Christianisierung war im Vergleich zum spanischen Vorgehen in Lateinamerika eher nebensächlich. In den ersten Jahren portugiesischer Kolonialherrschaft gab es in den Stützpunkten kaum einen Priester. Nicht einmal die

immerhin neuerbauten Kathedralen erhielten genügend kirchliches Personal. Erst später, als die spanische Krone mit dem Tod des letzten portugiesischen Königs die Macht in Portugal übernahm, wurde der Bekehrung im Kampf gegen die Reformation mehr Wert beigemessen. Die protestantischen Überläufer in Europa wurden gegen die Neubekehrten in Asien aufgerechnet.

In den portugiesischen Machtbereichen Asiens wütete die Inquisition. Zu ihren Opfern gehörten auch die syrischen Thomas-Christen, die seit dem sechsten Jahrhundert in Indien ansässig waren. Außerhalb der Kolonien kam es jedoch nur zu oberflächlichen Christianisierungen. Arme wurden mit Hilfe von kostenlosem Reis bestochen; Fürsten durch großzügige Apanagen zu einem Glaubenswechsel überredet. Der Wechsel wurde selten ernst genommen. Der nichtfinanzielle Anreiz zur Bekehrung war recht gering. Portugal hatte außerhalb seiner Stützpunkte weder die politische noch die militärische Macht, eine Christianisierung in Indien gewaltsam durchzusetzen.

Auch die Personalunion mit Spanien änderte nichts daran. Die spanische Krone war in erster Linie an der Festigung der Macht in den amerikanischen Teilen des spanischen Imperiums interessiert. Dies ermöglichte den portugiesischen Kolonien auch - abgesehen vom Einfluß der Kirche - einen weitgehenden Alleingang. Sie ließen weiterhin die portugiesische Fahne wehen und kontrollierten jetzt den Gewürzhandel, soweit es die Konkurrenz zuließ, auf eigene Faust. Da dieser Handel sich schon vorher immer mehr auf einen privaten innerasiatischen Handel zwischen Indien und China eingependelt hatte, hatten portugiesische Kolonialisten auch weder mit dem alten noch mit dem neuen "Mutterland" viel zu tun.

Die Konkurrenz

Aber die nordeuropäische Konkurrenz stand schon bereit - allen voran Holland und England. Die Portugiesen hatten zwar keine großen territorialen Eroberungen gemacht, sie hatten jedoch das damalige Welthandelssystem radikal verändert. Bis zur Ankunft der Portugiesen lag der Asienhandel in der Hand von persischen, indischen und arabischen Kaufleuten. Dieser Handel stand nie unter Kontrolle der jeweiligen Herkunftsstaaten. Erst für die portugiesische Krone wurde der Handel zu einem Staatsgeschäft. Der König hielt als oberster Handelsherr das Pfeffermonopol. Pfeffer war im Europa der beginnenden Neuzeit auch als Währung im Umlauf. Die freien Handelsrouten wurden zu portugiesischem Territorium erklärt. Krieg und Handel wurden auf eine neue Art verbunden. Handelsschiffe waren gleichzeitig Kriegsschiffe. Der "Partner" wurde zum Handel gezwungen.



Vasco da Gama in Bittstellerposition

Auf diese portugiesischen Erfindungen und Erfahrungen konnte das protestantische Nordeuropa bei seinen Kolonisierungsversuchen zurückgreifen. Allerdings mußte auch die Konkurrenz sich anfangs mit peripheren Niederlassungen und der nie ganz lückenlosen Seehandelskontrolle zufriedengeben. Sie waren ebenfalls noch lange abhängig von regionalen Herrscherfamilien und wechselnden politischen Bündnissen. Nur die Holländer konnten mit der Eroberung der Gewürzinseln in Südostasien (Molukken) die zentrale Stelle des Gewürzhandels unter ihre Kontrolle bringen. Indien interessierte sie nur als Zwischenlager und Zwischenhandelsplatz. Kontakte zur Bevölkerung und großangelegte Kolonisierungsversuche gab es von holländischer Seite hier nicht. Die Anfang des 17. Jahrhunderts militärisch und wirtschaftlich unterlegenen Briten mußten sich zu Beginn ihrer kolonialen Karriere mit weniger begnügen. Da sich Holländer, Portugiesen und asiatische Herrscher den Gewürzhandel teilten, blieb ihnen nur Indien als Ersatzlösung. Die 2.500 % Profit aus dem Gewürzhandel waren ihnen nicht vergönnt. Sie waren bis zum Ende des 18. Jahrhunderts auf den nicht ganz so lukrativen Handel mit Salpeter, Textilien, Zucker und in geringem Ausmaß Opium angewiesen.

Das grundlegend Neue sowohl der niederländischen wie auch der englischen Kolonisierungsversuche lag in den weitreichenden Kompetenzen der Handelsgesellschaften. Sie waren die Träger der zweiten Kolonisierungsphase in Asien. Allerdings hatte die Silvester 1600 gegründete englische Ostindienkompanie einige Schwierigkeiten, ihre Expansionsgelüste zu befriedigen. Sie hatte weder die militärische Möglichkeit, die indischen Staaten zu unterwerfen, noch das Kapital dazu. Englische Siedlungen in Indien waren im 17. Jahrhundert nicht autonom, sondern indischer Herrschaft untertan. Die Kontrolle über den Handel hatten islamische und hinduistische Händler. Erst der Mitte des 18. Jahrhunderts beginnende Zusammenbruch des Mogulreiches ermöglichte den Briten eine Ausweitung ihres kolonialen Einflusses.

Der wichtigste Stützpunkt Großbritanniens zu Beginn seiner Expansion lag nicht im Einflußbereich des Mogulherrschers. Madras, an der indischen Südostbzw. Koromandelküste gelegen, zeichnete sich noch durch einen weiteren Vorteil aus: es existierte keine starke Konkurrenz in Form von hinduistischen Handelsfamilien. Außerdem konnte von Madras aus der Chinahandel, das eigentliche Interesse der Briten, ausgebaut werden. Gerade der Handel mit dem in Europa immer begehrteren Tee führte zu einem immensen Silberabfluß von Europa nach Asien. Aus amerikanischen Kolonien stammendes Silber diente zu einem großen Teil der Deckung des europäischen Luxusgüterbedarfs. Die Kolonisierung Indiens sollte auch dazu dienen, dieses Defizit auszugleichen.

Das Ende der Mogulherrschaft

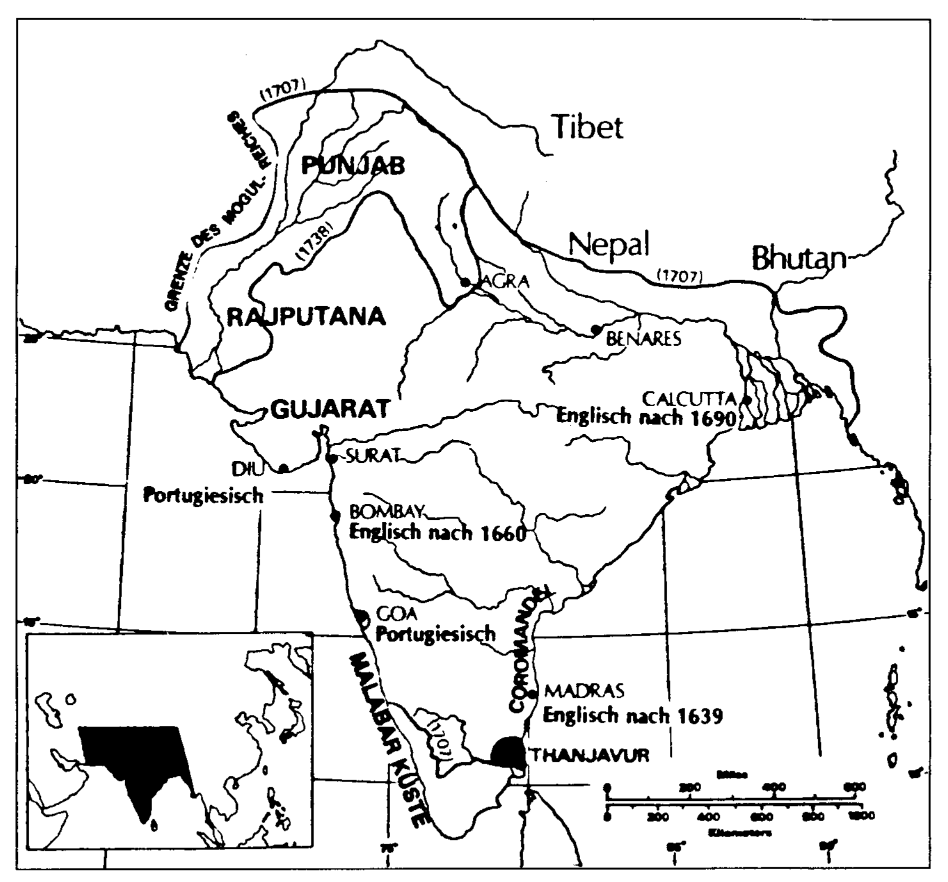
Das Mogulreich erstreckte sich vom heutigen Pakistan über Kaschmir und die Gangesebene im Osten bis nach Ostbengalen und beherrschte im Süden die Malabarküste und das gesamte Hochland des Dekhan. Es handelte sich um ein türkisch-zentralasiatisch geprägtes Herrschaftssystem mit persischer Sprache und einer umfangreichen militärischen Elite, deren Position nicht erblich war. Die vollständig vom Herrscher abhängige Elite bestand zu über zwei Drittel aus den Angehörigen der Eroberervölker türkischer, persischer, afghanischer und mongolischer Abstammung. Der Anteil örtlicher Anführer und darunter vor allem der Anteil der Hindus war nie sehr hoch und verringerte sich Anfang des 18. Jahrhunderts noch. Die Loyalität der Bevölkerung ihren örtlichen Hindu-Eliten gegenüber war in der Regel größer als die gegenüber der als Fremdherrschaft empfundenen Moguldynastie.

Die ambivalente Politik wechselte öfter zwischen der größeren Einbindung der Hindus in das Herrschaftssystem und deren Verfolgung als Ungläubige. Die Dynastie war somit von zahlreichen oppositionellen Strömungen bedroht.

Eine der später einflußreichsten dieser Gruppen war die Sekte der Sikhs. Sie war ursprünglich angetreten, um die Vereinigung der Religionen und die soziale Gleichheit der Menschen zu verkünden. Von allen Seiten abgelehnt und verfolgt, wurden die Sikhs unter den Briten für lange Zeit die treuesten Untertanen "Ihrer Majestät".

Der gefährlichste innenpolitische Gegner des islamischen Mogulreiches war jedoch der hinduistische Marathen. Er war auch nach dem Auseinanderbrechen des Mogulreiches bis 1817 der einzige ernstzunehmende Gegner britischer Expansionswünsche. Die Briten benötigten drei kriegerische Anläufe (von 1775-1819), um den Staatenbund zu besiegen.

Trotz der Bürgerkriegszeiten, die mit dem Niedergang des Mogulreiches und dem Aufstieg des Marathen verbunden waren, gelang es den Briten, Kalkutta zu ihrem wichtigsten Stützpunkt auszubauen. Die Krisen und Kriege des restlichen Subkontinents wirkten sich nur schwach auf die reiche Provinz Bengalen aus. Der Export von Seide, Zucker, Baumwolle und (in geringem Umfang) Opium blühte. Die immer noch ungenügende Kapitalkraft der Briten wurde durch indische Bankiers mit großen Geldsummen unterstützt! Nicht das englische Pfund sondern die indische Silberrupie, die bis Anfang des 19. Jahrhunderts bestimmend war, war die wichtigste Währung der asiatischen Handelszone. Amerikanisches und europäisches Barrensilber, das über den Handel nach Asien gelangte, wurde in Indien in Rupies umgewandelt.



Indien zur Zeit der Mogul-Dynastie

In Bengalen erhielt die britische Kolonialmacht ihre große Chance, als sich die Spannungen zwischen den vor Ort herrschenden zamindars[1] und dem vom Mogul eingesetzten nawab[2] verschärften. 1757 wurde der nawab in der Schlacht von Plassey mit britischer Hilfe besiegt. Der bengalische Staatsschatz im Wert von fünf Millionen Pfund Sterling wurde von den freundlichen Unterstützern geplündert und nach England gebracht. Der Grundstock für die Bank von England war gelegt. Außerdem vergaß die Ostindienkompanie nicht, sich als Lohn für die Mühe das Monopol über den gesamten Handel zu sichern. Mit Preisfestsetzungen wurden jetzt lokale Kaufleute vom Markt gedrängt. Indische Mittelsleute ermöglichten schließlich über ihren Einkauf in die erfolgreiche Kompanie die Kontrolle über 10.000 Weber.

Nach dem Kriegserfolg der Briten und ihrer Verbündeten konnten Kriegs- und Besatzungskosten der Bevölkerung des gesamten Subkontinents aufgebürdet werden. Die Besteuerung der kriegsgeschädigten Bevölkerung war eine schon in vorbritischer Zeit gängige Praxis. Neu war dagegen die "Evakuierung" indischen Kapitals. Die den indischen Eliten geraubten Vermögen wurden nach England geschafft und konnten dort in die "industrielle Revolution" investiert werden. Die indische Landwirtschaft wurde mit entsprechenden Steuergesetzen zur vermehrten Erzeugung von cash-crops, darunter Opium, Sisal und Baumwolle, gezwungen. Der Anbau von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung wurde durch hohe Steuern beschränkt. Das einst reiche Bengalen erlebte seine erste Hungersnot kurz nach der Machtübernahme der Briten!

1765 wird der britischen Ostindienkompanie in Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Macht vom regierenden Mogulherrscher die Zivilregierung und Finanzhoheit über Bengalen zugesprochen. Die britische Handelskompanie war somit die erste und die einzige der zu dieser Zeit expandierenden Kolonialmächte, die in Asien statt der Seehandelskontrolle die Landmacht anstrebte und dank "günstiger" Umstände auch erreichte. Bengalen bildete den ersten Baustein des kolonialen unter britischer Herrschaft stehenden Indien. Das weitere Vorgehen der Briten hatte jedoch keinen einheitlichen Charakter. Die Uneinigkeit der Nachfolgestaaten des Mogulreiches erleichterte jedoch neue Eroberungen ohne zentralen Plan. Wechselnde Bündnisse mit der französischen Konkurrenz und afghanischen Herrschaftsanwärtern sowie das Abpassen regionaler Krisen verhalfen den Briten bis 1818 zur Vorherrschaft in Indien. Das indo-britische Imperium bestand aus einer Mischung von abhängigen Kleinstaaten und direkt unter britischer Verwaltung stehenden Gebieten.

Die Monetarisierung Indiens

Der größte Eingriff der britischen Verwaltung in das Leben der Bevölkerung war die Umwandlung der traditionell in Naturalien entrichteten Kopfsteuer in eine Bodensteuer, die mit Geld bezahlt werden mußte. Die bis dahin übliche Besteuerung beruhte auf einer tributären Produktionsweise: Eigentumsrechte Einzelner auf Grund und Boden existierten nicht. Das Land war Gemeindeeigentum unter der Oberhoheit des jeweiligen Herrschers bzw. der Eliten. Bei Steuerschulden konnte deshalb auch kein Land beschlagnahmt werden. Nur die Arbeit bzw. die Produkte der Arbeit, wurden besteuert.

Das "Permanent Settlement"-Gesetz von 1793 verwandelte die Oberhäupter der herrschenden Familien in Grundbesitzer. Der Rest der bäuerlichen Bevölkerung wurde mit diesem Gesetz zu Landlosen. Indische Beamte im Dienst der englischen Krone regelten die Festsetzung des Steuerbetrags und die Beschlagnahmung von Land, dessen Besitzer mit der Steuerzahlung in Rückstand waren. Die Korruption blühte. Die zuständigen Beamten waren oft gleichzeitig als Geldverleiher zu Wucherzinsen tätig. Das neue Wirtschafts- und Steuersystem brachte viele Händler, Kreditgeber und Beamte nach

oben, während ein Teil der traditionellen Elite auf den Status von Bauern herabsank. Die badhralok, eine bengalische Elite und andere regionale anglisierte Eliten stellten das Verwaltungspersonal des kolonialen Imperiums.

Die Vernichtung des indischen Textilhandwerks

Nicht nur die bäuerliche Bevölkerung war den negativen Auswirkungen der englischen Kolonialpolitik ausgesetzt. Die hochspezialisierte indische Textilproduktion wurde vernichtet. Das indische Textilhandwerk war der Hauptkonkurrent der britischen Stoffmanufaktur auf dem Weltmarkt des 17. und 18. Jahrhunderts. Indische Stoffe waren besser und billiger als solche britischer Herkunft. Die europäische Nachfrage war sehr groß und sowohl die britische wie die holländische Ostindienkompanie versuchten von diesem Handel zu profitieren. Da die britische Textilindustrie dieser Konkurrenz nicht gewachsen war, beschnitt die Regierung die Freiheit ihrer Handelskompanie. Der Import von indischen Stoffen wurde ihr verboten. Die Nachahmung der indischen Stoffe und die zunehmende Mechanisierung förderten den Absatz britischer Produkte. Bis zum Machtausbau in Indien war es britischen Kaufleuten trotzdem nicht möglich, mehr als 6% der englischen Produktion in Asien abzusetzen. Noch 1813 waren indische Baumwoll- und Seidenerzeugnisse 50-60% billiger als britische Produkte. Sie wurden zum Schutz der britischen Tuchindustrie mit 70-80% Importzoll belegt. Importzölle auf indische Produkte wurden auch in den anderen britischen Kolonien erhoben. Erst mit der industriellen Massenproduktion wurden diese Zölle abgebaut und zugunsten der britischen Textilindustrie der "Freihandel" propagiert.

Die britische Textilindustrie war mittlerweile in Europa führend und verlangte nach Absatzmärkten in Asien. Die Ostindienkompanie mußte ihr Handelsmonopol zugunsten des nun erwünschten Freihandels aufgeben. In den inzwischen vollständig kontrollierten Kolonien wurde parallel dazu die Produktion von Rohstoffen, wie Seide und Baumwolle, steuerlich gefördert, die Herstellung von Textilien unterdrückt. Das einst blühende Handwerk hatte kaum eine Chance.

In dem Maß, wie die einheimischen Handwerksbetriebe - nicht nur die Textilproduktion - vernichtet wurden, kam es zu einer Agrarisierung der verschiedenen Regionen. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den Eisenbahnbau ab 1850. Weizen aus dem Punjab, Baumwolle aus Bombay und natürlich bengalisches Opium für den illegalen Rauschgifthandel mit China wurden zu den wichtigsten Exportprodukten des indo-britischen Imperiums. Allein die Profite aus dem bengalischen Opiumhandel, der in China verboten war, reichten aus, um den Asienhandel erfolgreich zu kontrollieren. Das Opiummonopol sorgte für einen Rückfluß des in den Asiengeschäften der vorigen Jahrhunderte verbrauchten amerikanischen Silbers an die Kolonialmächte. Erst die indischen Profite ermöglichen den Briten die Propagierung eines weltweiten "Freihandelssystems" und die Etablierung des Tees als billiges Volksgetränk.

Die Erfindung des "wahren Indien"

Wucherkreditgeschäfte und hohe Bodenpreissteigerungen prägen Indien Mitte des 19. Jahrhunderts. 1857 führt die britische Politik schließlich zum "Großen Aufstand", der sich aus einer Reihe von bewaffneten Widerstandsaktionen zusammensetzt. Auslöser ist die "Meuterei" der sepoy, indischer Söldner der britischen Armee. Der schlecht organisierte Aufstand konnte von der Kolonialmacht mit Hilfe bewaffneter Sikhs niedergeschlagen werden.
Die Kolonialmacht begann sich auf die Förderung der "wahren indischen Kultur" zu besinnen, die, entsprechend eingesetzt, weitere Aufstände verhindern sollte. Vor der erfolgreichen Kolonisierung waren indische und britische Kaufleute gleichgestellt. Die Briten waren aufgrund ihrer militärischen und finanziellen Unterlegenheit sogar in einer eher abhängigen Position. Die Anpassung an den indischen Lebensstil war üblich und Quellen zufolge weitgehend unproblematisch. Erst der Ausbau englischer Herrschaft führte zur Herabsetzung indischer Kultur.
Zunächst sollte die Bevölkerung durch Vorbild anglisiert werden. Nach dem "Großen Aufstand" ging es jedoch wieder darum die "indische Kultur" - allerdings getrennt von der britischen und ihr untergeben - zu betonen. Dieses "Indien" war jedoch eine britische Erfindung, die sich durch eine überschaubare und festgefügte Hierarchie von Prinzen, Bauern und Minderheiten auszeichnete. Intellektuelle und Kaufleute existierten darin nicht. Das beharrende, statische Element der Kultur sollte betont werden. Kastenprivilegien wurden wieder gefördert und festzementiert, um loyale Unterstützung von den indischen Eliten zu erhalten. Die britische Erfindung prägt noch heute die Wahrnehmung des traditionell keineswegs statischen Subkontinents.

Der unwahrscheinliche Aufstieg der indischen Textilindustrie

Ein äußerst paradoxes Phänomen ist nach dem Untergang des Textilhandwerks der Aufstieg einer Textilindustrie mit Zentrum in Bombay. Diese kann nur auf dem Hintergrund des britischen Baumwollhandels mit China erklärt werden. Die indische Baumwolle war neben dem wichtigeren Opium ein Handelsprodukt, das für einen Ausgleich des britisch-chinesischen Teehandelsdefizits sorgen sollte. Das Geschäft lag zum Teil in den Händen parsischer[3] Kaufleute, die ursprünglich aus dem Iran kamen. Bis 1856 machten englische Technologie und parsisches Kapital Bombay zum Zentrum der indischen Textilindustrie. Trotz britischer Zölle, Warensteuern und Kapitalexporten gelang es dieser Industrie, die als einziger Wirtschaftszweig von indischem (parsischem) Kapital beherrscht wurde, zu expandieren.

Die Verwaltung und der technische Bereich waren zunächst in englischer Hand. Später wurden auch Inder angestellt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen kamen zunächst vom Dekhan und der Konkan-Küste südlich Bombays, später dann aus dem nordindischen Uttar Pradesh.

Die Krise der britischen Vorherrschaft auf dem Weltmarkt mit dem Rückgang der industriellen Konjunktur zwischen 1870 und 1900 sowie der Aufstieg US-amerikanischen und deutschen Industriekapitals förderte wiederum die indische Textilindustrie. In diesen Jahren wurden verstärkt indische Textilien an die USA, an Kontinentaleuropa und Japan verkauft. Der Umsatz stieg von vier Millionen auf 50 Millionen Pfund. Der britische Absatz verschlechterte sich entsprechend.

Seine Rolle als Finanzzentrum konnte England in dieser Zeit nur noch durch die Indien abverlangte Kolonialabgabe behalten. Die britische Verwaltung sowie die Zinsen für die bei den indischen Bankiers gemachten Schulden wurden ebenfalls von dieser Abgabe bezahlt. Die Abgabe wurde zwischen 1870 und 1900 von 70 Millionen auf 225 Millionen Pfund erhöht.

Christel Opeker

Anmerkungen
(1) aus der regionalen Elite stammender Herrscher, meist Hindu
(2) vom Mogulherrscher eingesetzter Provinzgouverneur, in der Regel Moslem
(3) Parsen: Anhänger des Zaratkustra

Kommentierte Literatur:

Schmitt, E. (Hg): Dokumente zur Geschichte der europäischen Expansion. (bis 1992, 4 herausgegebene Bände) Bd. 1: Die mittelalterlichen Ursprünge der europäischen Expansion, Bd. 2: Die großen Entdeckungen, Bd. 3: Der Aufbau der Kolonialreiche, Bd. 4: Wirtschaft und Handel der Kolonialreiche
Sehr informative, reichhaltige und gut erschlossene Quellensammlung zur Geschichte des Kolonialismus. Weitere Bände sind in Arbeit. Außer der Berücksichtigung europäischer Quellen ist auch die Herausgabe eines Bandes mit außereuropäischen Quellen in Zusammenarbeit mit außereuropäischen WissenschaftlerInnen geplant.

Wolf, E.R.: Die Völker ohne Geschichte. Europa und die andere Welt seit 1400. Frankfurt/New York. 1991
Sehr umfangreiche und informative Publikation zur Kultur- und Sozialgeschichte der sogenannten geschichtslosen Völker, die die komplexen Beziehungen verschiedener Völker und Kulturen vor und nach der europäischen Expansion aufzeigt. Auch die europäische Geschichte als Hintergrund der kolonialen Expansion wird in dieser mehr interdisziplinären als ethnologischen Arbeit ausführlich analysiert.

Daus, R.: Die Erfindung des Kolonialismus. Wuppertal. 1983
Kultur- und Sozialgeschichte des portugiesischen Kolonialismus und der von ihm betroffenen Völker und Kulturen. Ausführliche Analyse der verschiedensten Formen kultureller Kontakte, die zwischen Überfall und Ausbeutung auf der einen Seite und portugiesischer Anpassung an die fremde Kultur - im Extremfall das Überwechseln auf die andere Seite - schwankt.

Thapar, R. / Spear, P.: Indien von den Anfängen bis zum Kolonialismus. Zürich. 1966
Ausführliche Geschichte Indiens von der vorarischen Mohenjodaro-Kultur über die Einflüsse der arischen Kultur bis zum Einfluß des Islam und dem Untergang des Mogulreiches. Romila Thapar ist Inderin und war bei Erscheinen des Buches 1965 Professorin für Geschichte in Delhi. Percival Spear lehrte ebenfalls in Delhi europäische Geschichte.

Bitterli, U.: Die "Wilden" und die "Zivilisierten". München 1976
Kultur- und Geistesgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnungen an ausgewählten Beispielen. Von den Formen der Begegnung bis zur Ethnologie als Wissenschaft vom "Fremden".

Paczensky, G. v.: Weiße Herrschaft. Eine Geschichte des Kolonialismus.Hamburg. 1982
Eine Geschichte der Unterdrückungsformen und -mechanismen, die erfunden und ausgebaut wurden.

Exotische Welten:Europäische Phantasien: Katalog zur Ausstellung des Instituts für Auslandsbeziehungen. Stuttgart 1987
Umfangreiche Aufsatzsammlung zum ideologischen Hintergrund von Kolonialismus und Exotismus.

dass.: Entdeckungs- und Forschungsreisen im Spiegel alter Bücher. Stuttgart 1987
Ausführlich kommentierte Bibliographie.

Alle Publikationen haben eine ausführliche weiterführende Bibliographie zur Geschichte des Kolonialismus und zur Geschichte Indiens.

Von Anfang an dabei

Deutsche Beteiligung im ersten Jahrhundert des Kolonialismus

Die koloniale Expansion Europas war mehr als nur die nationale Angelegenheit Portugals und Spaniens und weit mehr als das Ergebnis der Pläne ehrgeiziger iberischer Potentaten und des Wagemutes abenteuerlustiger Seefahrer. 500 Jahre Kolonialismus sind von Anfang an auch Teil deutscher Geschichte. Die erste Phase wird im folgenden beleuchtet.

Nachdem Cristobal Colón von seiner ersten Expedition, die ihn auf westlichem Weg nach Asien führen sollte, zurückkehrte, wurden auch deutsche Interessenten an dem kolonialen Experiment neugierig. Die Interessen wichtiger gesellschaftlicher Kreise schienen vom Ergebnis dieser Reise berührt zu sein.
Der Nürnberger Patrizier und Kaufmann Martin Behaim erhielt für seinen Besuch beim portugiesischen König ein Empfehlungsschreiben des deutschen Kaisers Maximilian I. Das Schreiben vom 14. Juli 1493 fordert den portugiesischen König auf, die koloniale Expansion auf der westlichen Seeroute fortzusetzen und "... das östliche Land des reichen Cathay aufzusuchen."[1]

Die Anregung Maximilians ist mehr als eine Laune des deutschen Potentaten. Sie enthält einige Hinweise auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal. Martin Behaim war zu dieser Zeit in Portugal kein Unbekannter. Schon zehn Jahre zuvor war er als Kaufmann und Agent deutscher Handelshäuser in Lissabon und rüstete dort auch portugiesische Schiffe aus. Er nahm selbst an mindestens einer Afrika-Expedition teil. Über ihn profitierte das portugiesische Unternehmen von wissenschaftlichen Forschungen und Verbesserungen nautischer Geräte (Astrolabium und Meteoroskop), die in Nürnberg entwickelt wurden. 1486 wurde Martin Behaim zum Ritter des Christusordens geschlagen. Mit großer Wahrscheinlichkeit nahm er auch an den Beratungen jener Kommission teil, die über Colóns Vorschlag, Indien auf dem westlichen Seeweg zu erreichen, entscheiden sollte. Dem spanischen Chronisten Herrera zufolge stimmte Behaim diesem Plan zu.

Die portugiesische Krone war an einer Zusammenarbeit mit den deutschen Handelshäusern sehr interessiert. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt die wichtigsten unter ihnen, die Fugger und Gossenbrot, noch nicht bereit, größere Summen in koloniale Unternehmungen zu investieren. Dennoch profitierten damals schon deutsche Kaufleute und Handelsgesellschaften vom kolonialen Geschäft. Der Schiffbau in Portugal benötigte Holz und Holzprodukte (Teer, Pech, Mastenholz etc.) aus Danzig. Aus den süddeutschen Städten gelangten vor allem Rohmetalle und verarbeitete Metallwaren von Nägeln und Drähten bis zu nautischen Präzisionsinstrumenten nach Lissabon. Auch die in Portugal benötigten Waffen stammten zum großen Teil aus deutschen Geschützgießereien. Überwiegend Deutsche und Flamen bedienten diese Geschütze auf den portugiesischen Schiffen. Diese "bombardeiros" genossen eine besonders privilegierte Stellung auf den portugiesischen Kolonialflotten.

Der Gewürzhandel

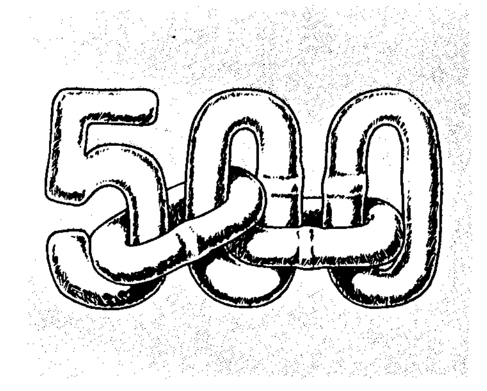
Seit den Kreuzzügen wurde die Versorgung der europäischen Märkte mit den sehr begehrten asiatischen Waren - vor allem Gewürze, Seidenstoffe und Arzneien - über die italienischen Stadtstaaten und deren Handelskolonien abgewickelt. Die Waren gelangten u.a. von Venedig und Genua über die Alpenpässe in den süddeutschen Raum. Dort wurden verschiedene Städte zu wichtigen Zwischenstationen im System der europäi-

schen Verteilung. Bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts unterlag die Zufuhr asiatischer Waren zunehmend osmanischer Kontrolle, da die Italiener wichtige Stützpunkte verloren. Der damit verbundene Preisanstieg bildete den Hintergrund für den Versuch, direkt nach Asien vorzudringen. Der arabische Zwischenhandel sollte ausgeschaltet werden.

An der Wende zum 16. Jahrhundert gründeten viele bedeutende Handelshäuser aus Nürnberg, Augsburg und anderen Städten Niederlassungen in Lissabon. Die Neuorientierung des deutschen Handelskapitals ist verbunden mit der greifbar werdenden Veränderung traditioneller Handelsrouten. Spätestens als Vasco da Gama die indische Westküste bei Calicut erreichte, war der arabische und venezianisch-genuesische Zwischenhandel gefährdet. Die zu erwartende Verlagerung des Levantehandels[2] auf die atlantische Route zwang jene Handelsgesellschaften, die bisher im Gewürzhandel tätig waren, ihren Aktionsradius nach Lissabon auszudehnen. Gleichzeitig waren dort weitere umfangreiche Geschäfte zu erwarten. Die Durchsetzung des portugiesischen Handelsmonopols im Indischen Ozean erforderte finanzielle Mittel und Materialien, die Portugal allein nicht aufbringen konnte.

Die Tätigkeit großer deutscher Bank- und Handelshäuser wurde von der portugiesischen Krone gewünscht und gefördert. In Form von Privilegien sicherte sich das deutsche Handelskapital größeren Bewegungsspielraum in Portugal. Der Handel mit Kolonialwaren und die Einfuhr von Metallen und Schiffsbaumaterialien wurde erleichtert. Die Importzölle für diese Waren wurden abgebaut.

Auch auf den Schiffen erschienen bald nach der Reise Vasco da Gamas neben den Bombardeiros Agenten deutscher



Handelshäuser. Ihr Ziel war der direkte Zugang zu indischen Märkten. Bereits 1505 segelten in einer großen Flotte unter dem Kommando Francisco de Almeidas drei Schiffe, die von einem Konsortium Nürnberger und Augsburger Handelsgesellschaften in Zusammenarbeit mit italienischen Kaufleuten bezahlt und ausgerüstet worden waren. Die Flotte Almeidas hatte eine zentrale Bedeutung im kolonialen Unternehmen. Im Verlaufe dieser Expedition sollte der portugiesische Anspruch auf Monopolisierung des Handels im Indischen Ozean militärisch unterstrichen werden. Strategisch wichtige Punkte wurden dabei erobert und besetzt.

Die Deutschen engagierten sich in einem lukrativen Geschäft. Die Gewinnspanne im Gewürzhandel konnte zu der Zeit bis zu 175% betragen. Zwar wurde der direkte Zugang durch das Kronmonopol verwehrt - es galt allerdings nur für den Pfefferhandel und Anteile des sonstigen Gewürzhandels. Der Rest des Gewürzhandels sowie der Handel mit Perlen und Edelsteinen unterlag keiner Beschränkung. Seit 1517 arbeitete Lazarus Nürnberger gefolgt von Georg Pock für die Nürnberger Hirschvogel und die Augsburger Herwart. Später folgten Jörg Imhoff und Christof Faiser sowie Hans Schwertzer für die Nürnberger Welser. Hauptgegenstand ihrer Tätigkeit war der Edelsteinhandel, in dem extrem hohe Gewinne erzielt werden konnten. Auch viele Bombardeiros stiegen in der Zeit in das Edelsteingeschäft ein.

Der bedeutendste Faktor war jedoch der Handel mit Gewürzen. Auch nach der Einführung des Kronmonopols war Portugal nicht in der Lage, seine Unternehmungen alleine zu finanzieren. Die nun immer regelmäßiger eintreffenden Gewürzladungen wurden nur zu Beginn in Lissabon umgeschlagen. Bald landeten sie in Antwerpen, wo die portugiesischen Beamten Gewürze verkauften, um im Gegenzug Kupfer, Kriegs- und Schiffsbaumaterialien zu beschaffen. Daraus entstanden sehr bald Vorschußgeschäfte und in steigendem Umfang reine Anleihen.

Wer immer im Gewürzgeschäft aktiv tätig sein wollte, mußte mit der portugiesischen Krone einen Vertrag schließen, der Pfefferlieferung und -abnahme zu festen Preisen vorsah. Der größte Teil der Lieferung war dabei im Voraus zu bezahlen. In der Regel wurden gesamte Schiffsladungen auf diese Weise verkauft. Da die Kapitalkraft einzelner Kaufleute und Gesellschaften dazu nicht ausreichte, wurden oft Konsortien gebildet.

In den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts waren Fugger und Welser in führenden Positionen an dem spekulativen Gewürzhandel beteiligt. Bereits 1504 kauften die Fugger den größten Teil der portugiesischen Gewürzladungen auf. Die gleichen Handelshäuser spielten auch eine wichtige Rolle im europäischen Montanwesen. Es existierte ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Gewürz- und Metallhandel. 1515 boten die Fugger an, den gesamten Pfefferkontrakt zu übernehmen und in Kupfer zu bezahlen. Das Kupfer wurde allerdings nur zu geringen Teilen im Asienhandel benötigt. Der größte Teil wurde in Westafrika abgesetzt. Neben dem Handel war Portugal auch für seine Schiffsausrüstungen von Rohmetallen und verarbeiteten Metallerzeugnissen von deutschen Handelshäusern abhängig.

Michael Rost

Anmerkungen:

(1) Richard Hennig: Terrae Incognitae. Band 4. Leiden. 1956. S. 237
(2) Der Gewürz- und Luxuswarenhandel über arabische und italienische Zwischenhändler.

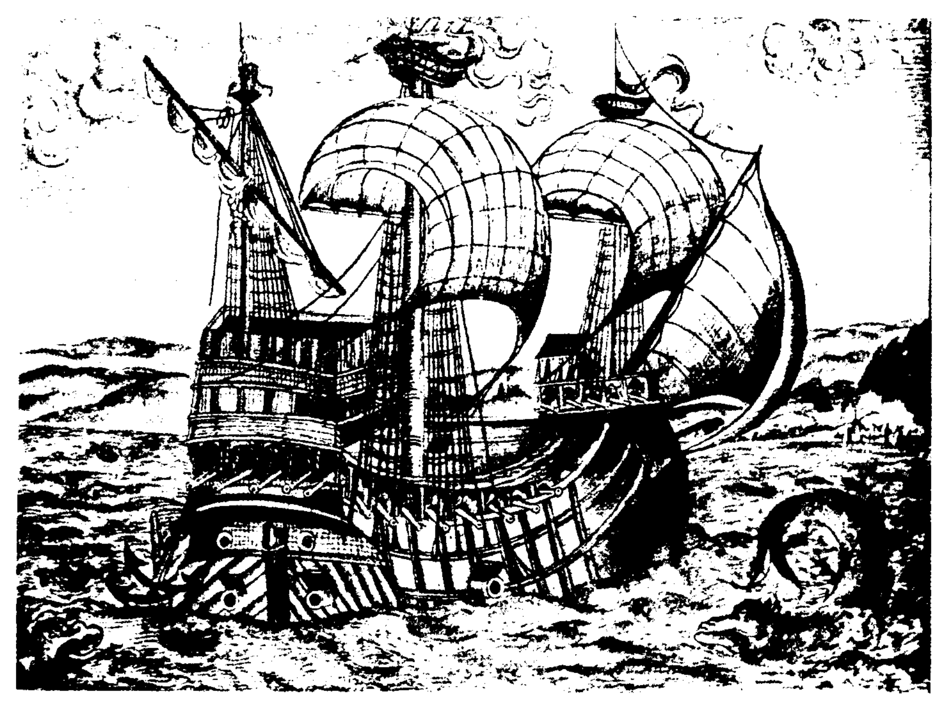
Literatur:

Hymmerich, Franz: Die erste deutsche Handelsfahrt nach Indien. 1505/06. München / Berlin. 1922

Nusser Horst W.G.: Frühe deutsche Entdecker. Asien in Berichten unbekannter deutscher Augenzeugen. 1505/06. München. 1980

Schulze, Franz: Balthasar Springers Indienfahrt 1505/06. Straßburg. 1902





Galeone der Welser-Flotte (1534)

Macht der Bilder

China in der europäischen Wahrnehmung

Der Ferne Osten spielte in der gesamten Zeit europäischer Expansion nie eine mit Amerika oder Afrika vergleichbare Rolle, obwohl Kontakte der Alten Welt mit Asien schon in der Antike bestanden und obwohl im 15. und 16. Jahrhundert intensiv nach einem Seeweg zu den Reichtümern Chinas und Indiens (Seide, Perlen, Edelsteine, Gold, Pfeffer, Tee, Spezereien und Drogen) gesucht wurde. Woran lag das? Wie verliefen die Begegnungen der Europäer mit den fremden Kulturen Asiens?

Berichte der Entdeckungsreisenden wurden zum Ausgangspunkt für die Vorstellungen, die man sich von den fremden Welten machte und zur Grundlage für die allmähliche Annäherung dieser Vorstellungen an die Wirklichkeit. Die Antike war das erste Zeitalter der Entdeckungen. Schriftlich überliefert sind Seefahrten der Griechen nach Indien und China ab dem ersten Jahrhundert. Meistens erfolgte der Handel über Mittelsmänner. Griechen und Römer hatten aber auch direkte Handelskontakte zu Burma, Malaysia, Vietnam, Indonesien und China.

Das Vordringen des Islam unterbrach ab dem 7. Jh. n. Chr. den direkten Handelsverkehr zwischen der Alten Welt und den Ländern Asiens. Die Araber und später die Türken übernahmen den Zwischenhandel.

Das europäische Bild von Asien änderte sich trotz einzelner europäischer Kontakte zu den Mongolen im 13. Jh. (z.B. Marco Polo, Carpini und Rubruk) seit der Antike bis ins 15. Jh. kaum. Reiseberichte stammten häufig von geschulten Mönchen, die aber durch ihre Kenntnis der heiligen Schrift, der Schriften der Antike und dem sogenannten Alexanderroman vorbelastet waren. Dieser Roman schilderte den Zug Alexanders des Großen 327-325 v. Chr. und berichtete von Hundsmenschen, Wesen ohne Beingelenke und von anderen Fabelwesen. Er wurde bis ins 16. Jh. für glaubhaft gehalten und weiter verarbeitet. An diesen Berichten über unheimliche Fabelwesen läßt sich eine starke Ambivalenz von Anziehung und Abstoßung durch das Fremde ablesen.

Für das Christentum lag im Osten das irdische Paradies, der Garten Eden, ein Garten des immerwährenden Glücks, des Überflusses und der Sündenlosigkeit. Diese Vorstellungen entstanden in Zusammenhang mit den Kreuzzügen in den Nahen Osten und der Gründung der Kreuzfahrerstaaten Palästina und Syrien Ende des 11. Jahrhunderts. Die Kreuzzugsidee wurde in der höfischen Literatur verarbeitet und findet sich auch in Reiseberichten von John Mandeville wieder, dessen Schilderungen vom Paradies sich eng an biblische Berichte halten. Diese Vorstellungen wurden später auf verschiedene Länder innerhalb und außerhalb Asiens ausgeweitet. Symbol dieses Paradieses war "Indien" geworden.

Unter "Indien" verstand man bis zum 15. und 16. Jahrhundert in der Regel den gesamten Orient von Ostafrika über Arabien, Vorder- und Hinterindien bis nach Japan und China. Die erste Reise von Kolumbus 1492 forderte den Protest Portugals gegen die Verletzung seines Monopolanspruchs auf bestimmte Regionen heraus. Nach päpstlichem Schiedsspruch (1493) führte der Protest zum Vertrag von Tordesillas 1494 zwischen Portugal und Kastilien und zur Aufteilung der Welt.

Das Reich der Mitte und die Fremden: die Portugiesen

Die westliche Einflußzone (das heutige Lateinamerika außer Brasilien) wurde den Spaniern zugesprochen, die östliche (Afrika und Asien) den Portugiesen. Als 1498 der Portugiese Vasco da Gama auf dem östlichen Seeweg "Indien" erreichte, suchten die Portugiesen in Asien nach "les especieras". Sie fanden keine wunderbaren Schätze, aber wertvolle Handelsgüter.

Etwa ein Jahrhundert zuvor hatten sich mit dem Ende der Mongolenherrschaft 1368 die Beziehungen Chinas zur Außenwelt geändert. Während der Mongolenherrschaft war eine Fremden gegenüber aufgeschlossene Politik vorherrschend. Durch Wiederöffnung der Seidenstraße hatten sich Handelsaustausch und religiöse Kontakte mit dem Westen intensiviert. Zur Zeit der Ming-Dynastie schloß sich China zugunsten seiner inneren Stabilität von außen ab. Diese Haltung prägte entscheidend die ersten Kontakte mit den Portugiesen und deren Vorstellungen über China mit.

1513 erreichten erstmals Portugiesen die Küste Chinas. Die Eindrücke einer portugiesischen Gesandtschaft 1514 ins Reich der Mitte beschreibt der teilnehmende Italiener da Empoli so: "China besitzt den größten Reichtum, den es überhaupt auf der Welt geben kann. (Die Chinesen) sind alle weiß wie wir. Die Art ihrer Kleidung ähnelt derjenigen der Deutschen, (...). Im Lande gibt es feine weiße Seide im Überfluß, (...). Damast ..., Satine und Brokate findet man sowie Muskat (...). Viele Perlen aller Sorten (findet man) in großem Überfluß, und viele (Arten von) Kopfbedeckungen, so daß (beim Handel) von dort nach hier (auf diese Waren) ein Profit von dreißig zu eins zu erzielen ist."[1]

Besonders vom 13. bis Anfang des 16. Jhs. geisterten märchenhafte Bilder von China durch die Köpfe. Man stellte sich paradiesische Zustände vor, ein phantastisches goldglänzendes Wunderland der Kostbarkeiten, ein mächtiges festgefügtes Reich der Barmherzigkeit, der Gerechtigkeit, des Friedens und der allerschönsten Frauen.

Aus China gelangten schon in der Antike Porzellangefäße und Seidenstoffe minderwertiger Art über die Seidenstraße und die Levante in die Alte Welt. In Marco Polos Reisebericht (1298/99) wurde die Herstellung des Porzellans beschrieben. Aber es sollte noch bis 1709 dauern, ehe es Boettgers gelang, europäisches Porzellan herzustellen. Die Aristo-

kratie sammelte Chinaporzellan als Kostbarkeit und benutzte es gelegentlich im 16. Jh. als kultiviertes Tafelgerät.

China als Projektionsfläche für die Gelehrten Europas

Anfang des 17. Jhs. nahmen die Holländer den Portugiesen die Vormachtstellung in Asien ab und gründeten 1618 die Handelsniederlassung Batavia. In China wurde die Ming-Dynastie durch die Herrschaft der Mandschu 1644 verdrängt. Mit der Zunahme exotischer Handelsgüter und Reisebeschreibungen begann im 17. und 18. Jh. allmählich eine intensivere Auseinandersetzung mit den fremden, außereuropäischen Kulturen.

Im Zuge der Gründung verschiedener Handelsgesellschaften wie der britischen "East India Co." 1600, der holländischen "Vereenigden Oostindischen Compagnie" 1602 und der französischen "Compagnie de Madagascar" 1642 wurde eine große Menge an Chinaporzellan und Lackarbeiten aus China und Japan nach Europa importiert. Das Porzellan wurde zum Auslöser der Chinoiserie, einer Modeströmung Anfang des 17. Jhs., die Kunst und Kultur erfaßte.

Die Berichte verschiedener Jesuitenmissionare vermittelten ein Bild von China als ebenbürtiger Hochkultur und Zivilisation, idealisierten aber auch die Menschen als "zivilisierte Exoten". Dagegen entstand in Nordamerika und Afrika aus der Berührung der Alten mit der Neuen Welt das Bild des "edlen Wilden". Der wurde um seine paradiesische Unschuld beneidet, doch galt er nicht als ebenbürtig, weil nicht zivilisiert.

Leibniz zeigte sich beeindruckt von der staatspolitischen Weisheit und Ethik der Chinesen und plädierte für die Einführung des Chinesischen als Universalsprache und -schrift. Er stellte die chinesische Geisteswelt der abendländischen als Alternative gegenüber. Zur Zeit der Aufklärung avancierten außereuropäische Staatswesen zum idealen Gegenpol des Absolutismus in Europa und dessen Übeln. So hob beispielsweise Voltaire die Ehrwürdigkeit der chinesischen Geschichtsschreibung gegenüber der christlichen hervor.

Im Zuge des 18. Jhs. nahm mit der hohen Bewertung der Wissenschaft und des Fortschritts schließlich die uneingeschränkte Chinabegeisterung ab. Europa hegte Überlegenheitsgefühle. Der Wettlauf um die letzten freien Länder im 19. Jh. machte einem "wissenschaftlichen" Exotismus [2] Platz, der die Kolonisation ideologisch verbrämte.

Die Chinesen begegneten den Europäern mit Zurückhaltung. Fremde erschienen China, dem Reich der Mitte, als Barbaren und mußten Tribut leisten. Vorerst hatten die Chinesen den Portugiesen die gleichen freizügigen Handelsrechte wie den früheren arabischen und



Qualvoller Tod eines Chinesen im Holzkäfig, Shanghai September 1904.
aus: W.Bauer- China und die Fremden, S.209

persischen Zwischenhändlern zugestanden. Aber das anmaßende Auftreten der Portugiesen, die Verletzung der Etikette gegenüber dem Kaiser und einige gewaltsame Übergriffe auf Chinesen führten zur Begrenzung des Handelsstützpunkts auf die Halbinsel Macao.

Politik der "East India Co."

Mit militärischem Druck wurde Anfang des 19. Jhs. ganz Asien unter den westlichen Ländern aufgeteilt und geriet in immer stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit. Während Ende des 18. Jhs. noch große Mengen von Silbergeld von Europa nach Asien abflossen, mit dem die begehrten Luxusartikel bezahlt wurden, machte man sich in England Gedanken, welches andere Handelsobjekt man als Zahlungsmittel statt des Silbergeldes verwenden könnte.

Die englische "East India Co." stoppte den Silbergeldabfluß nach China, indem sie kurzfristig Rohbaumwolle und dann Opium aus Bengalen als Zahlungsmittel für den begehrten chinesischen Tee einführte. Die "East India Co." hatte das Monopol auf Opium.

Der Verkauf von Opium an die Chinesen und von chinesischem Tee an die Engländer hatte mehrfache Auswirkungen. Mit Tee machte die "East India Co." ihre größten Gewinne und mit den Teeprofiten wurden großenteils die militärischen Eroberungen in Indien vor 1818 finanziert. Ein Zehntel des Budgets des englischen Schatzkanzlers stammte aus den Teezöllen. "Der Tee, mit dem die englische Gesellschaft sich für ihre globalen Unternehmungen fit hält, wird bezahlt mit dem Opium, das die chinesische Gesellschaft schläfrig, träumerisch, inaktiv, konkurrenzunfähig und beherrschbar macht." [3]

Als die Chinesen ein Verbot der Opiumeinfuhr durchsetzen wollten und sich die Engländer durch Zölle, Steuern und ein kompliziertes System von Mit-

telsmännern zu sehr behindert fühlten, gingen sie (in den sogenannten Opiumkriegen 1840-42) gewaltsam gegen die Chinesen vor. Lord Palmerston (brit. Außenminister 1855-58) sprach in diesem Zusammenhang von einer Lektion, die man den rückständigen und verstockten Orientalen erteilen müsse. Die Engländer erzwangen sich mit den sog. "Ungleichen Verträgen" die Öffnung wichtiger Häfen.
Das chinesische Reich, das sich Ende des 18. Jhs. sehr gut selbst versorgen konnte und nicht auf den Handel mit Europa angewiesen war, geriet bis Ende des 19. Jhs. in eine quasi koloniale Abhängigkeit.

Der Überlegenheitsdünkel

Der wirtschaftlichen und politischen Schwächung Chinas durch die koloniale Expansion Europas folgte eine Abwertung der chinesischen Kultur. Sie wurde in der Folge für ihren "ewigen Stillstand" und ihre Rückständigkeit verachtet. Hegel sprach vom "Land der ewigen Wiederkehr". Entsprechend änderten sich auch die Reiseberichte. Sie berichten von gespenstischen Städten, Gestank, Schmutz - die Chinesen werden als teuflisch, mörderisch und grausam geschildert.

Die geringe westliche Wertschätzung der fremden Kulturen schlägt sich auch in der Praxis der Weltausstellung nieder, die 1851 erstmals in London stattfand. Sie bestand aus einem Sammelsurium verschiedenster Objekte, Bauten und Techniken. Auch Menschen fremder Kulturen wurden gezeigt. Sie wurden wie Tiere im Zoo und oft mit diesen zusammen in entsprechend nachgebauter Umgebung vorgeführt. Chinesische und japanische Kunstgegenstände standen bei der zweiten Weltausstellung 1862 im Mittelpunkt. Auf dem Höhepunkt des Opiumkriegs hatten Franzosen und Engländer den kaiserlichen Sommerpalast bei Peking geplündert und in Brand gesteckt. Die Ausstellung zeigte, was man bei dieser Gelegenheit erbeutet hatte. Von Hochachtung gegenüber der chinesischen Kultur kann also keine Rede mehr sein. Der wirtschaftlichen folgt die kulturelle Ausbeutung - was nichts wert scheint, wird zerstört.

Das Chinabild, das Fotografie und Werbung vermittelten, prägte seit Mitte/Ende des 19. Jhs. die Vorstellungen von China. Europäische Fotografen kamen mit dem Militär ins Land und hielten die Niederlagen der Chinesen fest. Sie machten Bilder von innerchinesischen Aufständen wie der Taiping (1850-66) oder vom Boxeraufstand gegen die Europäer (1900-1901). Diese Bilder sollten die außerordentliche Grausamkeit der Chinesen belegen. Die Niederschlagung des Boxeraufstands durch eine internationale Invasionstruppe wurde in der deutschen nationalen Presse mit großem Aufwand und demagogischen Fotographien begleitet. Titel wie "Transport gefangener chinesischer Boxer ", "Einzug der deutschen China-Krieger in Berlin" u.a. mehr sprechen für sich. Gezeigt wurde chinesische Grausamkeit und deutsche Überlegenheit.

Eine andere Variante westlicher Sichtweise war die Souvenir- Fotografie, die China altmodisch und schauerlich darstellt und die Armut vieler Chinesen, aber auch faszinierende Architektur zeigt.
Im wesentlichen gab es zwei verschiedene Sichtweisen:
- die ästhetisch-verklärende Sicht entsprechend der Chinoiserien
- stilisierte, leblose, inszenierte Darstellungen von Hinrichtungen und Bestrafungen oder von den gebundenen, verkrüppelten Füßen der Frauen, den "Goldenen Lilien".

Alle diese Bilder hatten die Funktion, Europas maßlose Überlegenheit zu demonstrieren. Sie suggerierten, die Chinesen und ihre Kultur, ihre Gebräuche, ihre Kunst und Literatur wären seit 2000 Jahren nahezu gleich geblieben.

Als Japan nach einem siegreichen Krieg gegen China 1894/95 und gegen Rußland 1904/05 zur Großmacht aufgestiegen war, sah man in den Ostasiaten die "gelbe Gefahr". Europa befürchtete, daß die "Gelbe Rasse" sich gegen die Europäer zusammenschließen und die von Europa und Amerika übernommene Technik gegen die "weiße Rasse" einsetzen würde.

Der erste Weltkrieg ließ das europäische Überlegenheitsgefühl fraglich werden. Das Bürgertum suchte nach geistiger Erneuerung in östlicher Philosophie und Lebenskunst. So wünschte sich Hermann Hesse 1914 ein "Wiederfinden seelischer Lebenskunst und seelischen Gemeinbesitzes" im Sinne des alten China-Bildes des 17. und 18. Jahrhunderts. Dieses neuerwachte Interesse richtete sich auf das alte, pittoreske, "ewige" China. Dem "ewigen Stillstand" wurde wieder Wert beigemessen. Seit ca. 1920, nach der Erfahrung der Sinnlosigkeit des ersten Weltkriegs, verstärkte sich dieses Interesse noch.

Chinafilme des 20. Jahrhunderts

Die erste Chinafilmwelle kam Ende des ersten Weltkriegs auf. Das Publikum wollte Ablenkung von Krieg, Armut, Hunger und Kälte. Nach dem Friedensvertrag von Versailles 1919 waren die Träume von Deutschlands kolonialer Expansion ausgeträumt. Im Film wurde an die Träume erinnert und Bilder vom alten China aufgewärmt. Sogenannte asiatische und orientalische Themen und Phantasiefiguren wie indische Maharadschas oder Bauchtänzerinnen fanden in der frühen Stummfilmzeit großen Anklang.

Speziell zu China gab es Filme wie die Detektivfilme "Der chinesische Götze", 1916 und "Die Pagode", 1917 und Märchenfilme wie "Die schöne Prinzessin von China", 1916/17. Der Film "Mr. Wu", 1918, Regie Lupu Pick, arbeitet mit dem bekannten Klischee der Grausamkeit. Mr. Wu ist ein mächtiger grausamer Chinese und verkörpert das Böse schlechthin. Er entführt, will vergewaltigen und sich rächen für die nicht erwiderte Liebe zu einer Engländerin, indem er seiner Tochter die Liebe zu einem jungen Engländer



"Die Freundin des gelben Mannes", 1919/20 **aus: das neue china 2/90**

verbietet. Schließlich wird er sogar Mörder seiner Tochter. Das Gute ist personifiziert in der aufopfernden Mutter/Engländerin auf der Suche nach ihrem verschleppten Sohn und siegt am Ende. Ebenfalls ein typisches Klischee: auch die Liebe überwindet die Schranken zwischen den Kulturen nicht.

Der Film "Opium" 1918/19 ist ein sogenannter Aufklärungsfilm. Ein chinesischer Opiumhändler möchte sich an einem englischen Chinaforscher als Vertreter der "weißen Rasse" rächen (Tod dem Europäer) und ihn rauschgiftsüchtig machen. Grund seiner Rache: seine Frau hat aus ihrem Verhältnis mit einem Europäer eine Tochter namens Sin (Sünde). Diese Halbchinesin hilft dem Engländer bei der Flucht und rettet ihn von der Sucht. Sie findet den Weg zum Guten.

Das Klischee der Rache der Chinesen bzw. der "gelben Rasse" an der "weißen" kehrt häufig wieder. Ein absoluter Kassenschlager war der Film von Joe May "Die Herrin der Welt" 1919/20 in acht Teilen. In diesem Film wurde ein besonders diffamierendes und stark von Haß geprägtes Bild von China transportiert. Eine Engländerin fährt aufgrund einer Stellenanzeige nach Kanton. Die Anzeige ist ein Trick. Sie landet im Bordell, wird vergewaltigt und gefoltert. Deutsch-chinesische Verbände protestierten ohne Erfolg gegen die Aufführung.

Das exotische China war im Nationalsozialismus kein Thema mehr. Das chinesische Volk wurde als gefahrbringende "minderwertige" Rasse gesehen, "asiatisch verschlagen", als eine "kompakte, in ihrer Geschlossenheit beängstigend wirkende Masse". Dieses Bild einer Menschenmasse ohne Differenzierung der Einzelnen taucht auch in heutigen Reportagen immer wieder auf. Von dem eher harmlos wirkenden "Volk der Radfahrer" bis zu dem rassistischen Bild der "gelben Arbeitsameisen" reicht die Palette der Klischees.

Gleichzeitig gab es mit dem Beginn der 60er Jahre, der kalte Krieg erreichte seinen Höhepunkt, eine neue Welle von Chinafilmen nach altem Strickmuster. Dazu zählen Thriller wie "Heißer Hafen Hongkong" 1962 oder "Die Folterkammer des Dr. Fu Manchu" 1968. Die Themen sind Erpressung, Mord, Prostitution, Menschen- und Drogenhandel, Schmuggel durch asiatische Banden. "Die männlichen Figuren schrecken vor keiner Infamie zurück, die Chinesinnen sind als kaum bekleidete Bardamen und Prostituierte wie in "Die jungen Tiger von Hongkong" auf ihren Körper, ihr Geschlecht reduziert...".[4]

Ab 1973 entstanden im Zusammenhang mit der am Maoismus interessierten Studentenbewegung kürzere politische Dokumentarfilme, die oft einer unkritischen Begeisterung entsprangen. Beispiele für solidere Darstellungen sind die von Peter Krieg in der VR China gedrehten Dokumentarfilme "Der Hof für die Pachteinnahme" und "Wunder aus eigener Kraft" (beide 1973).



"Mr. Wu", 1918 — aus: das neue china 2/90

Mit der Öffnung des Landes für einen gelenkten Tourismus entstanden in den 80er Jahren einige Filme, die man am ehesten "Reisefilme" nennen kann. Sie geben subjektive Reiseeindrücke der Regisseure wider. Schon 1977 drehte Ulrike Ottinger den Film "Madame X", 1985 dann "China - Die Künste - Der Alltag". "Madame X" symbolisiert eine geheimnisvolle Herrscherin des Chinesischen Meeres, deren Ruf eine Gruppe von Frauen folgt. Sie sind auf der Suche nach Gold, Liebe, Abenteuer und Selbstverwirklichung. "Blaue Blumen" von Herbert Achternbusch 1984 ist ein sehr subjektiver Dokumentarfilm mit Bildern und Monologen von einer Chinareise, in die Achternbusch existentielle Trauer und westliche Zivilisationsverachtung projiziert. "Hammett" von Wim Wenders 1982 ist eine Detektivgeschichte, die in den engen Gassen Chinatowns in San Francisco spielt. "Der letzte Kaiser" von Bertolucci zeigt, mit viel Aufwand gefilmt, das traditionelle China. Der Film transportiert ein exotisch- mystisches Bild.

Ab den 80er Jahren läßt sich eine neue Entwicklung konstatieren. Die Filme werden häufiger in China gedreht und setzen sich zum ersten Mal bewußt mit den existierenden Mythen und Stereotypen auseinander. Sie dienen in der Regel nicht mehr dazu, bestimmte moralische und politische Wertvorstellungen zu transportieren oder gar "den Chinesen" und "das Land China" zu repräsentieren. Bewußt wird in den Filmen der 80er Jahre teilweise an die Stummfilmzeit angeknüpft und deren Phantasien zu China mit Hilfe von Filmzitaten aufgearbeitet, wie z.B. in Wim Wenders "Hammett". Er rekonstruiert sein Chinatown in San Francisco nach Entwürfen einer Chinesenstadt aus Fritz Langs "Spinnen"-Zyklus der 20er Jahre.

Die Auseinandersetzung mit den Stereotypen in den Filmen sowie die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit der anderen Kultur vor Ort bieten für Regisseure und Kinopublikum die Chance einer Annäherung an die Wirklichkeit.

Hildis Strigl

Anmerkungen:

(1) Exotische Welten-europäische Phantasien/ Katalogred. Hermann Pollig, Stuttgart 1987, S. 294/295
(2) Exotismus ist sowohl Vereinnahmung als auch Aufklärung des Fremden, ist Reflexion und Projektion des Fremden. Es ist keine klare Trennung zwischen Vereinnahmung und Aufklärung möglich. Exotismus kann Nachahmung von Elementen einer fremden Kultur sein, die sich von der eigenen unterscheidet. Er kann in negativer Ausprägung auch rassistische Momente enthalten.
(3) Schivelbusch, Wolfgang: Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft, München, 1980, S. 234
(4) Das neue China, Jg. 17, Nr. 3, 1990, S. 33

Literatur:

Europa und die Kaiser von China, 1240-1816/hrsg. v. Berliner Festspiele GmbH, Frankfurt a.M., 1985 darin: Donald F. Lach: Die Entdeckung von Cathay 1240-1350, S. 17-37 und: Dietmar Rothermund: Pfeffer, Silber, Seide, S. 38-57

Theye, Thomas (Hrsg.): Der geraubte Schatten, München, 1989 darin: Theye, Th.: Und über allem blüht der Kirschbaumzweig - Fotografien aus China und Japan, S. 380-427

Bitterli, Urs (Hrsg.): Die Entdeckung der Welt, Dok. und Berichte, München, Bd. 2, 1981

Exotische Welten, europäische Phantasien. Entdeckungs- und Forschungsreisen im Spiegel alter Bücher, Stuttgart 1987/Exotische Welten, europäische Phantasien; Katalogred. Hermann Pollig, Stuttgart 1987

Koebner, Thomas und Pickerodt, Gerhart (Hrsg.): Die andere Welt. Studien zum Exotismus, Frankfurt a.M., 1987 darin: Volker Klotz: 7 Jahr' lebt' ich in Batavia, S. 267

Jandesek, Reinhold: Der Bericht des Odoric da Pordenone über seine Reise nach Asien, Bamberg 1987

Schmitt, Eberhard (Hrsg.): Die mittelalterlichen Urspünge der europ. Expansion, München, 1986, Bd. 1

Das neue China, Jg. 15, Nr. 6, 1988, S. 10-13: J. Osterhammel: Tee, Opium und die Öffnung Chinas

Das neue China, Jg. 17, Nr. 2, 1990, S. 20-22: Das Chinabild im dt. Film bis 1920, T. 1

Das neue China, Jg. 17, Nr. 3, 1990, S. 32-35: Chinabild im dt. Film, T. 2

Wolf, Eric R.: Die Völker ohne Geschichte, Frankfurt a.M., 1991

Schivelbusch, Wolfgang: Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft, München, 1980

Gransow, Bettina und Leutner, Mechthild (Hrsg.): China. Nähe und Ferne, Frankfurt a.M., 1989 darin: Stefanie Hetze: Von Mr. Wu und Nang-Ping zu Ulun Iga, S. 307-336

Der Fall Japan

Nachholender Kolonialismus in Asien



Japan war eines der wenigen Länder außerhalb Europas, das niemals kolonisiert wurde. Es wird am Ende dieses Jahrtausends die größte Wirtschaftsmacht der Welt sein. Japan vermochte sich zu entwickeln und noch Ende des 19. Jhs. die Grundlagen des heutigen Erfolgs zu legen, weil es nicht kolonisiert wurde. Der Schlüssel liegt in der Art und Weise, wie Japan auf die drohende Kolonisierung reagierte und wie es im Verlauf dieser Reaktion selber zur Kolonialmacht wurde.

Wie andere Teile der Welt war auch der ostasiatische Raum ein Feld kolonialer Rivalitäten, die in der Hochphase des Imperialismus, dem Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg, ihre besondere Zuspitzung erfuhren. Trafen doch hier die drei klassischen Typen des Imperialismus in reiner Form aufeinander. Da gab es einmal die alte, von den europäischen Mächten verfolgte Politik des Informal Empire, die darauf abzielte, die eigene Herrschaft, soweit es ging, auf lokale, zur Kollaboration bereite Kräfte zu stützen. Insbesondere die Engländer hatten diese Politik zu wahrer Meisterschaft entwicklet. Daneben gab es die Konzeption der imperialistischen Nachzügler, die aufgrund der eigenen Schwäche die formelle Einverleibung und exklusive Verfügungsgewalt über die unterworfenen Territorien anstrebte. Ähnlich der deutschen Expansion nach Osteuropa verfolgte Japan das Ziel, die eigenen Kolonien wirtschaftlich völlig zu integrieren und, äußerst gewaltsam, kulturell zu assimilieren. Und schließlich gab es die seit 1899 von den USA verkündete Politik der "offenen Tür", als der Wettlauf um den chinesischen Markt seinen Höhepunkt erreichte. Im amerikanischen Verständnis sollte jeder ausländischen Macht der gleiche freie Zugang gewährt werden. Dieser "aus der eigenen Geschichte formulierte" Antikolonialismus wurde im Bewußtsein vorgetragen, eine Nation zu sein, die erst expandierte, als der größte Teil der Welt bereits vergeben war, die aber von ihrer Stärke schon so überzeugt war, daß sie sich im freien Wettbewerb die größten Chancen ausrechnete.

Der Ende des 19. Jhs. einsetzende Ausscheidungskampf der Mächte in Ostasien, der schließlich nahezu zwangsläufig in die Katastrophe des Pazifikkrieges und nach Hiroshima führte, war deshalb auch ein Konflikt über unvereinbare imperiale Konzeptionen, der nicht, wie noch auf den Konferenzen des 19. Jhs., am Kabinettstisch durch gegenseitige Kompromisse zu lösen war.

Japan wird nicht kolonisiert

Warum Japan kein Opfer des Kolonialismus wurde, obwohl es bereits 1543 mit der Landung der ersten Portugiesen mit einer europäischen Kolonialmacht konfrontiert wurde, ist dadurch zu erklären, daß es aus europäischer Sicht an der äußersten Peripherie lag und der damalige Stand der Verkehrstechnologie einen natürlichen Entfernungsschutz gewährte. Hinzu kam die geringe Attraktivität eines ressourcenarmen Landes, war es doch viel naheliegender, sich zunächst der ob ihres Reichtums sagenumwobenen Länder Indien und China zu bemächtigen. Interne Gründe lagen in einer bewußten Abschließungspolitik seit 1630. Japan geriet erst so richtig ins Blickfeld, als die Russen 1858 im Vertrag von Aigun China die Gebiete nördlich von Amur und Ussuri abgenommen hatten und damit bis zum Pazifik vorgestoßen waren, und auch die USA sich nach der Einverleibung des Oregon-Territoriums (1846) und Kaliforniens (1848) bis zum Pazifik ausgedehnt hatten. Seitdem erregte dort die gegenüberliegende asiatische Küste begehrliches Interesse. Hawaii, die Midway-Inseln, aber auch Japan sollten als "Kohlenstationen" auf dem langen Weg nach China dienen.

Als 1543 die ersten portugiesischen Händler in Japan gelandet, 1549 die Jesuiten und 1592 spanische Franziskaner und Dominikaner von den Philippinen gefolgt waren, hatte die Christianisierung zunächst beachtliche Erfolge. Da die Missionare es aber nicht bei ihrer frommen Aufgabe beließen, sondern sich auch kräftig in die japanische Innenpolitik einmischten, wurden sie 1638 nach der Niederschlagung der Rebellion von Shimabara, die die Unterstützung der Christen gefunden hatte, des Landes verwiesen. Japan betrieb seitdem eine konsequente Politik der Abschottung. Lediglich den Holländern, die keinerlei missionarische Ambitionen verfolgten, wurde gestattet, auf der Nagasaki vorgelagerten künstlichen Insel Deshima eine Faktorei zu unterhalten, über die ein geringer Außenhandel mit Batavia abgewickelt wurde und spärliche Nachrichten aus der Welt nach Japan gelangten.

In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. war die Kolonialpolitik in Asien eine riskante und kostspielige Angelegenheit geworden, wie die nationalistischen Gegenreaktionen, Taiping-Revolution in China (1850-1865) und Aufstand der indischen Armee (1857), deutlich gemacht hatten. Hier mögen, neben der Rivalität zwischen den europäischen Mächten und den aufstrebenden USA und deren Ambitionen auf China, die Gründe liegen, warum man sich in Japan mit der "Kanonenbootdiplomatie", der zwangsweisen Öffnung einiger Häfen, und mit exterritorialen Niederlassungsrechten in diesen Vertragshäfen begnügte.

Japan wurde also niemals Kolonie, seine Wirtschaft niemals in eine internationale Arbeitsteilung gezwungen, keine Plantagen oder Minen angelegt, es gab keine weiße Besiedlung, keine Kompradoren, keine Plünderung durch Eroberer, keine Ausrottung der Bevölkerung und keine Zerstörung oder Deformierung der Kultur. Stattdessen vermochte Japan seine Identität in vollem Umfang zu bewahren, ja sogar noch zu verstärken.

Der Tokugawa-Clan, mächtigster unter den japanischen Daimyos, konnte die 1600 errungenen Macht im Lande festi-



gen.[1] Durch die von ihm ausgeübte Kanzlerschaft (Shogunat) vermochte er den Tennó auf eine rein formale Funktion zurückzudrängen[2]. Die Tokugawa errichteten ein absolutistisches Staatswesen und machten den Konfuzianismus zur Staatsphilosophie. Im Unterschied zu China, wo eine literarisch gebildete Beamtenschaft die Macht ausübte, war Japan allerdings viel stärker militärisch geprägt und insofern eher dem europäischen Feudalismus verwandt. Während aber das europäische Denken seit der Antike und erneut seit der Renaissance auf "Entwicklung" gerichtet war, ist der Konfuzianismus eher die Philosophie der Bewahrung des Überkommenen. Hier mag eine der Ursachen liegen, warum Ostasien das so früh erreichte zivilisatorische Niveau zwar über 2000 Jahre hinweg konservieren, aber aus sich heraus nicht die große Veränderung in Richtung einer industriekapitalistischen Gesellschaft in Gang setzen wollte. Hier bedurfte es erst des Anstoßes von außen, der allerdings in China, weil zu mächtig erfolgt, nur den Zusammenbruch des bereits morschen Staatswesens beschleunigte.

Das Ende des klassischen Feudalismus

Anders in Japan. Als im Jahre 1853 die "Schwarzen Schiffe" des Commodore Perry mit den Forderungen des amerikanischen Präsidenten in der Bucht von Tokyo aufkreuzten und Japan im folgenden Jahr in den Öffnungsvertrag von Kanagawa einzuwilligen hatte und daraufhin ähnliche Verträge mit den europäischen Mächten geschlossen werden mußten, gab die offensichtliche Unterlegenheit den Anstoß zu einer inneren Erneuerung. Im Unterschied zu China, wo die Literaten-Beamten in ihrem kulturellen Überlegenheitsdünkel lange Zeit die Barbaren zu ignorieren suchten und sie zu integrieren hofften, wie frühere Fremdherrschaften, empfand die japanische Kriegerklasse das imperialistische Eindringen als militärische Herausforderung und setzte folgerichtig auch alles daran, dieser Herausforderung grundsätzlich zu begegnen. Die bereits geschwächte Legitimität des Shogunats erhielt den letzten, entscheidenden Stoß. Die Opposition, angeführt von den Daimyos des Südens, den Clans Satsuma und Choshu, unterstützt von Hofadel, Osaka-Kaufleuten und Samurai-Gelehrten und getragen von den im langen Tokugawa-Frieden funktionslos gewordenen niederen Samurai, vermochte sich mit der Waffenhilfe der Engländer durchzusetzen.

Diese Modernisiererfraktion des japanischen Feudalismus wollte das abgeschlossene, lethargische Tokugawa-Kastensystem stürzen, nicht um den Feudalismus zu ersetzen, sondern um ihn effizienter zu machen. Die Osaka-Kaufleute hatten das Geld, um den Bürgerkrieg zu finanzieren und versprachen sich bessere Akkumulationsmöglichkeiten in einem offeneren System. Die Daimyos des Südens erkannten durch ihre Kontakte zu Europäern, die es im Norden nicht gab, daß das System nur durch eine Anpassung an europäische Verhältnisse politisch und militärisch zu retten war. Ermutigt hatten die Opposition sicherlich die Taiping und der Aufstand in Indien, die gezeigt hatten, daß Widerstand gegen den Westen grundsätzlich möglich war.

1867 gab der letzte Shogun die Macht an den Tennó zurück, nachdem die oppositionellen Truppen das Shogunatsheer besiegt hatten.[3] Der erst 15-jährige Tennó Mutsuhito übernahm formal die Herrschaft und gab seiner Regierungszeit die Devise "Meiji" (Erleuchtete Herrschaft).[4] Das war die Voraussetzung einer grundlegen Reform von Staat und Gesellschaft, die später in der Literatur als die "Meiji-Restauration" bezeichnet wurde. Deren letztes Ziel sollte es sein, den westlichen Mächten nach der Demütigung der Öffnungsverträge wieder ebenbürtig zu werden. Auf ein direktes militärische Engagement wurde aber zunächst wohlweislich verzichtet, da man erkannte, daß die militärisches Überlegenheit des Westens auf dessen technischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit beruhte. Der bis 1945 alles beherrschende Slogan "Bereichert das Land und stärkt die Armee" brachte die japanischen Ambitionen auf den Begriff.

Der Aufstieg zur imperialen Macht

1869 wurde ein Reformprogramm verkündet, in dem die Überwindung des starren, feudalen Gesellschaftssystems zum Ausgangspunkt der Modernisierung des Landes genommen wurde. Der chinesische Konfuzianismus wurde aus legitimatorischen Gründen durch den japanischen Shintoismus ersetzt. Aus den Samurai-Beamten der Tokugawa-Zeit wurde eine leistungsfähige, moderne Bürokratie geformt, die zum eigentlichen Motor der Modernisierung wurde. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1873), die Gründung der Tokyo-Universität als Rekrutierungsinstanz für die künftige Elite (1877), die Einführung der allgemeinen Schulpflicht (1880) und die Verkündung einer Verfassung nach deutschem Muster (1889) waren die institutionellen Neuerungen. Ein sehr eingeschränktes Zensuswahlrecht und begrenzte Kompetenzen des Parlaments sorgten dafür, daß die Macht bei der nur dem Tennó verantwortlichen Regierung und letztlich bei dem Genró, einem Gremium älterer Staatsmänner, verblieb. Letztere setzten sich fast ausschließlich aus den Führern des Choshu- und Satsuma-Clans zusammen, die bis 1918 auch die Premierminister stellten.

Modernisierung Japans

Entscheidende Impulse gab die Bürokratie auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Abschaffung des feudalen Grundeigentums war 1873 die Voraussetzung einer modernen und sehr effektiven Besteuerung der Landwirtschaft. 1880 stammten 85 und 1894 immerhin noch 60 Prozent der Staatseinnahmen aus der Landwirtschaft, die in den Anfangsjahren der Meiji-Periode zur wichtigsten Quelle der Kapitalbildung avancierte. Während man die Leichtindustrie privaten Unternehmern überließ, gründete der Staat selber die ersten schwerindustriellen Betriebe, die einen deutlichen rüstungswirtschaftlichen Akzent hatten. Nach erfolgreicher Anlaufphase wurden die Betriebe an ehemalige Samurai oder Kaufleute veräußert. Hier lag ein Grundstein der später so mächtigen Zaibatsu[5]. Bereits 1869 wurde der Telegraph, 1872 die Eisenbahn und 1890 das Telephon in Betrieb genommen.

Die Zielsetzung der Industrialisierung geht eindrucksvoll aus dem Umstand hervor, daß Japan im Jahre 1910 das damals größte Schlachtschiff der Welt, die Satsuma, vom Stapel ließ, aber noch nicht in der Lage war, die Maschinen für die heimische Textilindustrie zu bauen. Erst 1911 erhielt Japan die Zollautonomie und damit die Rücknahme der ungleichen Verträge. Der rasche Modernisierungsprozeß war nicht zuletzt deshalb möglich, weil man in großem Stil auf ausländische Vorbilder zurückgriff. Neben den vielen Kommissionen und Studenten, die ins Ausland geschickt wurden, waren im Jahre 1890 etwa 3000 ausländische Experten als Berater in Japan tätig.

Der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere im militärisch so wichtigen Bereich der Schwerindustrie, stand aber der außerordentliche Mangel an Rohstoffen und Energieträgern im Wege. Auch machte die geringe landwirtschaftliche Nutzfläche des dicht bevöl-



Modernisierung Japans nach europäischen Vorbildern. Ein japanischer Dandy.

Konfuzianismus

Eine in ihrem Kern politische Ethik, die auf Kung-fu-tse (Meister Kung 551-479 v.Chr.) zurückgeht. Entgegen seiner Absicht wurden Konfuzius und seine Lehre in der Han-Periode (207 v. Chr. - 220 n. Chr.) zum Gegenstand religiöser Verehrung. Sein Interesse galt der Weltordnung, die aus einem Kosmos aus Himmel und Erde bestand. Als notwendiger Mittler zwischen den beiden Elementen fungierte der Kaiser, dessen sittliches Verhalten für den Wohlstand des Gemeinwesens ausschlagegebend war. Dabei orientierte er sich an den Idealen der Tshou-Zeit (1200-600 v. Chr.) und postulierte einen "kindlichen Gehorsam " und die unbedingte Einordnung in den Kosmos. Charakteristisch für den Konfuzianismus ist eine starre Rückwärtsgewandheit. Der Konfuzianismus verbreitete sich seit dem 6. nachchristlichen Jahrhundert auch in Japan. Seine politische und ideologische Wirksamkeit entfaltete er jedoch erst in der Form des Neokonfuzianismus seit der Machtübernahme der Tokugawa-Shogune (1603-1867), die den Konfuzianismus zur verbindlichen Staatsphilosphie erklärten unter Beibehaltung des Buddhismus als Staatsreligion.

kerten Landes die Nahrungsmittelversorgung zum Problem. Diese Mängel sollten, ebenso wie ungelöste soziale Probleme und der politische Druck endlich in den Kreis der Großmächte einzutreten, durch die territoriale Expansion gelöst werden. Dabei richtete sich die Begehrlichkeit auf Taiwan und besonders auf das benachbarte Korea, das man 1876 nach westlichem Muster "geöffnet" hatte. Bereits 1875 hatte Japan von Rußland die Kurilen erworben und 1879 und 1880 die Ryukyu- und die Bonin-Inseln annektiert.

Als Japan sich also anschickte, in den Kreis der imperialistischen Mächte einzutreten, geriet es in eine prekäre Zwei-Fronten-Situation. Einerseits galt es, sich gegen die asiatischen Brudervölker Korea und China durchzusetzen, denen man sich bereits überlegen fühlte. Andererseits stieß Japan aber auf den Widerstand der etablierten Mächte, die den Emporkömmling nicht dulden wollten bzw. selber an den von Japan ins Auge gefaßten Gebieten interessiert waren. Das wurde deutlich, als Japan nach seinem ersten, siegreich beendeten Expansionskrieg gegen China, um die Oberhoheit über Korea (1894/95), sich um einen Teil der Kriegsbeute geprellt fühlte. Die Bestimmungen des Vertrages von Shimonoseki (1895) sahen u.a. auch die Abtretung eines Territoriums im südlichen Zipfel der Mandschurei vor. Damit kollidierte Japan aber mit Rußland, das diese Region als sein Interessengebiet ansah und selber Ambitionen auf Korea hegte. Auf gemeinsamen Druck der Triple-Allianz aus Rußland, Frankreich und Deutschland mußte Japan die südliche Mandschurei wieder räumen und auch den russischen Einfluß in Korea hinnehmen. Es sah ein, daß es vorläufig noch zu schwach war, sich allein gegen die Großmächte zu behaupten. Das Bündnis mit England im Jahre 1902, das seinerseits an einem zu großen russischen Machtzuwachs in Asien kein Interesse hatte, war die Folge dieses Rückzuges.

Was danach folgte, war ein klassischer Ausscheidungskampf zwischen bereits etablierten und nachrückenden Großmächten um die Alleinherrschaft im pazifischen Raum. Japan mußte, wenn es seine ehrgeizigen Ziele verwirklichen wollte, das Fell des Bären neu verteilen. Erster Schritt war der Krieg gegen Rußland von 1904/05, den es zu Lande (Schlacht bei Mukden) und zu Wasser (Schlacht bei

Shintoismus

Shinto: wörtlich: Weg der Geister, jap. Kult, in dem Naturerscheinungen, Objekte der belebten und unbelebten Natur sowie Menschen zu Gottheiten erhoben und verehrt werden. Elemente des Ahnenkults gehen auf chinesischen Ursprung zurück. Kultorte sind Schreine, die den einzelnen Gottheiten geweiht sind. Die wichtigsten sind der Ise-Schrein für die Sonnengöttin Amaterasu (nach Überzeugung der Japaner Stammutter der kaiserlichen Dynastie) und der Yasukuni-Schrein für die Opfer, die die Meji-Restauration seit 1868 gefordert hatte. In einem Prozeß nationaler Bewußtwerdung verdrängt der Shintoismus den Konfuzianismus als herrschende politische Ideologie und wird durch den Kaiser Meji (1868-1912) zur Staatsreligion erhoben, die als ideologisches Fundament für das wiedererstarkte Kaisertum und die aggressive Expansionspolitik Japans in den Jahren bis zum II. Weltkrieg dient.



Ideologie: Die militärische Bedrohung nach dem Sieg über Rußland 1905.

Tsushima gegen die aus der Ostsee in einer einjährigen Reise herangeführte russische Flotte) halbwegs siegreich beenden konnte. Zwar mußte Japan erneut und widerwillig die amerikanische Vermittlung im Frieden von Portsmouth hinnehmen, konnte allerdings mit der Ausschaltung der russischen Position in Korea, der Abtretung von Südsachalin (Karafuto) und der Übernahme der russischen Rechte in der Südmandschurei einen ansehnlichen Zugewinn verbuchen. Mindestens ebenso wichtig war aber die psychologische Bedeutung des Sieges. Erstmals war es einem asiatischen Land gelungen , ein Land des Westens zu besiegen und damit dessen Imperialismus erfolgreich die Stirn zu bieten. Korea wurde japanisches Protektorat und 1910 auch formell annektiert.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges schlug sich Japan auf die Seite der Alliierten, überrannte die deutsche Kolonie Qingdao und übernahm die deutschen Rechte in der chinesischen Provinz Shandong sowie die deutschen Mandatsinseln (Marianen und Karolinen) im Pazifik. Nach der Besetzung Shandongs richtete es im Januar 1915 in ultimativer Form die "21 Forderungen" an China, obwohl China selbst Kriegsgegner Deutschlands war. Sie beinhalteten u.a. die Verlängerung der ehemaligen russischen Rechte in der südlichen Mandschurei von 25 auf 99 Jahre sowie weitere Eisenbahn- und Bergbaukonzessionen in der übrigen Mandschurei, in Nordchina und der Ostmongolei. Das japanische Rohstoffinteresse wurde deutlich. Angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses blieb China außer Protesten keine Wahl, als die Forderungen weitgehend zu akzeptieren.

Damit hatte Japan aber in den Augen der Westmächte den Bogen überspannt. Auf der Washingtoner Konferenz des Jahres 1921, auf der, ähnlich wie in Versailles für Europa, die Kräfteverhältnisse in Ostasien neu geregelt wurden, mußte Japan empfindlich zurückstecken. Shandong war wieder zu räumen, die "open door" bezüglich China vertraglich zu akzeptieren und vor allem in ein Flottenabkommen einzuwilligen, das die japanische Flottenstärke im Pazifik im Vergleich zur amerikanischen und britischen auf das Verhältnis 3:5:5 begrenzte.

Da sich Japan aber noch keineswegs "saturiert" fühlte, das Ergebnis der Konferenz vielmehr als Schmach, als das "japanische Versailles" empfand, war die Saat zu weiteren Konflikten gelegt.

Kolonialpolitik Japans

Erst jetzt, nachdem der Kolonialbesitz fürs erste militärisch und politisch konsolidiert war, ging Japan an die vorrangig agrarische Erschließung von Korea und Taiwan, die vor dem Hintergrund der Hungeraufstände der Jahre 1918/19 im Mutterland gesehen werden müssen. Taiwan und Korea sollten in Reiskammern verwandelt werden, die das japanische Defizit auszugleichen hatten. Zu diesem Zwecke wurden neben einer Bodenreform erhebliche Investitionen in Neulandgewinnung, Bewässerung, Infrastruktur, Vermarktung, Kunstdüngerproduktion und Saatzucht getätigt und tatsächlich erhebliche Produktionszuwächse erzielt, die nach Japan geschafft wurden. Taiwan war bereits damals nach Japan das Land mit den zweithöchsten Flächenerträgen in Asien. Der seitdem verstärkt einsetzende Industrialisierungsschub warf in Japan zwei weitere Probleme auf. Die Industrialisierung, vor allem im Textilbereich, war bis in die 1930er Jahre in starkem Maße exportgetrieben, da das niedrige Einkommen der Arbeiter und Bauern der Expansion des Binnenmarktes enge Grenzen setzte. Hier sollte der Textilexport nach China, Südasien, in die Kolonien und vor allem in die USA das Ventil bilden. Damit setzte Japan bereits damals einen Verdrängungswettbewerb bei Billigprodukten in Gang, der besonders seit der Weltwirtschaftskrise zu wachsenden Konflikten führte.

Das zweite, für die Expansion maßgeblichere Problem war der außerordentliche Rohstoffmangel. Japan verfügt weder in nennenswertem Maße über Kohle und Eisenerz, klassische Basis der frühen Schwerindustrie, noch über Öl, Bauxit, Kautschuk und diverse Buntmetalle, die in der Rüstungsindustrie benötigt werden. Hier sollten und konnten Korea, Nordchina und vor allem die Mandschurei Abhilfe schaffen.

Japan verfolgte auf dem Festland eine konsequente Expansionspolitik, um die benötigten Lagerstätten militärisch und politisch unter seine Kontrolle zu bringen. Auch wenn es zwischen der zivilen und militärischen Führung Konflikte über Art, Ausmaß und Tempo des Vorgehens gab und sich erst seit 1931/32 die Radikalen im jüngeren Offizierskorps gegenüber den Politikern durchsetzten, so war das weitere Vorgehen doch konsequent und schloß an die seit 1894 verfolgte Tradition der hemmungslosen Ausnutzung der Schwäche der jeweiligen Kontrahenten an.

Die 1930er Jahre brachten deshalb eine Verschärfung der internationalen Lage, die sich in wachsender Isolation Japans äußerste und fast zwangsläufig auf den Konflikt mit dem letzten verbliebenen Kontrahenten USA hinauslief, nachdem Rußland durch die Oktoberrevoluti-



Ideologie: Die ökonomische Bedrohung seit den 80er Jahren.

on und Deutschland durch den verlorenen Krieg vorläufig von der Bühne abgetreten waren und sich der Abstieg Englands und Frankreichs bereits abzeichnete. Die Weltwirtschaftskrise hatte auch in Japan zu sozialen Spannungen geführt. Diese wurden von der Armee aufgegriffen und in einen verstärkten Nationalismus und militärischen Expansionismus kanalisiert, der sich auch gegen die zivilen Instanzen im Staate richtete, die 1936 durch das Militär übernommen wurden.

Im Jahre 1931 wurden die drei nördlichen chinesischen Provinzen besetzt, aus dem Staatsverband ausgegliedert und in den Marionettenstaat Mandschukuo verwandelt. Die Mandschurei wurde neben dem Norden Koreas zum wirtschaftlichen Experimentierfeld der Armee, deren aus dem Boden gestampfte Schwerindustrie (von der Kohlegrube bis zum Fahrzeugbau) in den Dienst der Aufrüstung gestellt wurde. Damit verfügten Korea und Mandschukuo als weltweit einzige Kolonien über integrierte schwerindustrielle Kerne mit entsprechender Infrastruktur, die die Anbindung an Japan sicherstellten. Ein Grund für Südkoreas heute sichtbar erfolgreiche Strategie der Integration in den Weltmarkt.

1937 eröffnete Japan den Krieg gegen China, der rasch zur Besetzung der nordchinesischen Ebene und der wichtigsten Küstenstädte führte. Wie in Mandschukuo wurde 1938 in Nanjing eine weitere Marionettenregierung unter dem Guomindang-Renegaten Wang Jingwei gebildet, die bis 1945 Bestand hatte.[6] In ihrem Einflußbereich lagen die wirtschaftlich interessanten Gebiete Chinas. Damit war Japan der angestrebten Großraumwirtschaft einen großen Schritt näher gekommen, die sich 1938 in der Gründung des "Japan-Mandschukuo-China-Wirtschaftsblocks" (bzw. Yen-Blocks) manifestierte. Ein Fünfjahresplan für den gesamten Block einschließlich Koreas und Taiwans ersetzte seitdem die regionalen Entwicklungspläne. Bis auf Öl, Kautschuk und einige Buntmetalle war Japan jetzt autark, wenn auch Maschinenimporte aus den USA nach wie vor unumgänglich waren.

Hier sind weniger der Verlauf des Pazifik-Krieges als dessen politische Konsequenzen von Interesse. Der Vormarsch der Japaner stellte die weiße Kolonialherrschaft in Asien in Frage. Insbesondere die Eroberung Singapurs, bei der die britische Fernostflotte ausgeschaltet und 90.000 Mann Kolonialtruppen gefangen genommen wurden, war von symbolischer Bedeutung, da sie das Ende der britischen Kolonialmacht in der Region einleitete. Welche Legitimation hatten die Weißen nach einer künftigen japanischen Niederlage noch, ihre Kolonien wieder in Besitz zu nehmen? Zumal Japan nicht ungeschickt mit der antiimperialistischen Ideologie operierte, Asien vom weißen Manne befreien zu wollen. Köder war die seit 1940 propagierte "Gemeinsame großostasiatische Wohlstandssphäre" und seit 1943 die Gewährung der "Unabhängigkeit" für einzelne Länder. Den Höhepunkt des japanischen Einflusses markierte im November 1943 die nach Tokyo einberufene Großostasiatische Konferenz, die als Gegenstück zur Atlantik-Charta gedacht war und zu der alle unter japanischer Kontrolle stehenden Regierungen eingeladen wurden. Bezeichnenderweise kamen die Japaner aber nicht umhin, das Englische als Konferenzsprache zu akzeptieren.

Die japanische Politik in den besetzten Gebieten verdient deshalb einige Aufmerksamkeit. So entließ man Birma in eine kontrollierte Unabhängigkeit, ließ die Souveränität Thailands unangetastet, unterstützte die indische Unabhängigkeitsbewegung unter Subha Chandra Bose, ebenso wie diejenigen unter Sukarno in Indonesien, errichtete auf den Philippinen eine japanfreundliche Regierung und ließ die Gründung eines unabhängigen Vietnam zu. Auch wenn die Japaner keineswegs überall mit offenen Armen aufgenommen wurden, trafen sie doch nur in China auf wirklich nennenswerten Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Zwar währte die japanische Herrschaft kurz, sie vermochte jedoch die weiße Herrschaft in Asien entscheidend zu erschüttern, so daß die Versuche der Engländer, Franzosen und Niederländer nach Ende des Krieges, ihre alten Positionen zurückzugewinnen, zum Scheitern verurteilt waren. Im Kernbereich des japanischen Imperiums, dort wo die japanische Herrschaft ein halbes Jahrhundert währte, wurden in Landwirtschaft und Industrie, Infrastruktur, Verwaltung und Bildungswesen Grundlagen einer Modernisierung gelegt, die zwar der Ausbeutung der Kolonien dienten, nach der japanischen Niederlage aber im Sinne der unabhängig gewordenen Staaten genutzt werden konnten. Eine besondere Haßliebe verbindet deshalb bis heute Japan mit seinen Nachbarn. Haß wegen der kolonialen Unterdrückung, Bewunderung, weil Japan den Weg gewiesen hat und gezeigt hat, daß die Überlegenheit des weißen Mannes doch nicht gottgewollt ist.

Ulrich Menzel

Anmerkungen

(1) Landesfürst während des Tokugawa-Shogunats (1600-1868) mit selbständigem Territorium und Lehenseinkünften.
(2) Shogun: General, im Feudalismus eigentlicher Inhaber der Macht, um den sich die Clans gruppieren.
(3) Tennó: Kaiser, der Mythologie nach göttlicher Abstammung, seit dem Zweiten Weltkrieg offiziell nur noch Symbol des Staates.
(4) "Meiji", die "Erleuchtete Herrschaft" Die Verbindung von Gott und Kaiser wurde bestimmend.
(5) Familiengeleitete Konzerne,J von der Meiji-Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich bestimmend, z.B. Mitsui, Mitsubishi, nach 1945 rechtlich entflochten.
(6) Guomindang: nationalbürgerliche Bewegung unter Tschiang-Kai Schek.

Tips zum weiterlesen

Im Schatten des Siegers: Japan Staat und Gesellschaft (Hrsg. Ulrich Menzel), vier Bände, Frankfurt 1989.

Von der Kuli-Migration zu den Weltmarktfabriken

Frauen bilden heute in den Weltmarktfabriken und freien Produktionszonen die Mehrzahl der Beschäftigten. Unzählige andere Frauen sind gezwungen, als Krankenschwestern, Hausangestellte oder Prostituierte in fremden Ländern zu arbeiten. Sexuelle Ausbeutung, niedrige Löhne, illegale Beschäftigungsverhältnisse gehören zu ihrem Alltag. Im folgenden Artikel zeigt Lydia Potts auf, welche Rolle die Kuliarbeit in dem System der Ausbeutung übernommen hat, das sich von der Sklaverei bis zur heutigen Arbeitsmigration hinzieht.

Im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts beginnen mit den Kuliwanderungen große Migrationsströme in Asien, die in mehrfacher Hinsicht ein unmittelbares Produkt der europäischen Kolonialherrschaft darstellen. Sie lösen innerhalb weniger Jahrzehnte die Sklaverei der AfrikanerInnen als das lukrativste und dominierende System auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft ab.

Bei der Kuliarbeit handelt es sich um eine Misch- oder Übergangsform zwischen Sklaverei, Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und freier Lohnarbeit: "We want Indians as indentured labourers but not as free men", so drückt es einer der Protagonisten dieses Systems aus (zit. n. Kondapi 1951:7). 1835 notiert ein Plantagenarbeiter mit Bezug auf die ersten indischen Arbeitskräfte auf Mauritius: "Their cost is not half that of a slave." (zit. n. Tinker 1974:63).

Zu berücksichtigen ist, daß in den verschiedenen Ausprägungen, die das System in vier Kontinenten und im Laufe der Zeit erfährt, jeweils unterschiedliche Elemente stärker zum Tragen kommen.

In Indien hat die britische Kolonialherrschaft schon im 17. Jahrhundert begonnen, den Boden für eine massenhafte Freisetzung von Arbeitskraft vorzubereiten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist die Wirtschaft Indiens weitgehend ruiniert. Die Entwicklung der Unterentwicklung hat zur Folge, daß dem Subkontinent nun auf dem Weltmarkt die Funktion des Lieferanten von Rohstoffen und die Funktion des Lieferanten menschlicher Arbeitskraft zugewiesen wird.

Eingesetzt werden zu diesem Zweck Raub, Krieg und Plünderung, aber ebenso Handel, Wirtschafts- und Zollpolitik, Auflösung der Dorfgemeinschaften und Sozialstrukturen und Vernachlässigung der öffentlichen Arbeiten. Der Verfall des Bewässerungssystems, das die Voraussetzung für landwirtschaftliche Produktion in vielen Teilen Asiens ist, und die gleichzeitige Zerstörung des Handwerks und der Anfänge der Industrie zwingen die Bevölkerung zur Rückkehr auf das Land, das aber für viele keine Subsistenzmöglichkeit mehr bietet. Am Beginn des 19. Jahrhunderts gibt es daher Millionen indischer Arbeitskräfte, die keinen Zugang zu Produktionsmitteln mehr haben. Ihre Zahl nimmt im Rhythmus der Hungersnöte zu.

Vergleichbare Prozesse laufen in vielen anderen Ländern Asiens ab, auch wenn sie nicht immer wie Indien zur Kolonie einer europäischen Macht erklärt werden. Mit dem Vertrag von Nanking 1842 tritt China Honkong an Großbritannien ab, und Kanton, Schanghai, Amoy, Fuzhou und Ningbo werden für den Opiumhandel geöffnet - zu dieser Zeit erscheint China den kapitalistischen Staaten bereits als unerschöpfliche Quelle billiger Arbeitskraft. Die Häfen für den Import von Opium dienen dann auch dem Export chinesischer Arbeitskraft in alle Welt.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden in Asien weitere Reservoirs für den Export lebendiger Arbeitskraft erschlossen. Ozeanien, Java und auch Japan liefern ebenfalls Kulis für koloniale Produktion in verschiedenen Erdteilen. Dort, wo es keine oder nicht genügend Arbeitskräfte gibt, die sich rekrutieren lassen, bildet Kidnapping ("Schanghaien") die Methode der Wahl - vor allem in Ozeanien und China eine von den Europäern häufig angewandte Art der Rekrutierung.



Die Kulisysteme

Die Engländer haben mit Indien das neben China wichtigste Herkunftsgebiet von Kulis unter alleiniger Kontrolle. Sie nutzen dieses Reservoir in erster Linie für ihre eigenen Kolonien in Amerika, Asien, Afrika und Australien, zeitweise gestatten sie auch die Anwerbung durch andere Kolonialmächte. Diesen stehen außerdem weitere Rekrutierungsgebiete zur Verfügung, so daß im 19. und in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts Arbeitskräfte aus Indien, China, Japan und Java innerhalb Asiens sowie in alle anderen bewohnten Kontinente mit Ausnahme Europas verschickt werden.

Die Bezeichnung 'Kuli' ist in der deutschen Sprache heute ein Synonym für ausgenutzte, ausgebeutete Arbeiter - und beschreibt damit präzise den Charakter des Systems, das mehrere offizielle Bezeichnungen hat. In der Literatur werden die Bezeichnungen Indentur-, Vertrags-, Kontrakt- und Kuliarbeit häufig synonym benutzt.

Das Indentursystem war die Form, in der die meisten Aufnahmegebiete, insbesondere die außerhalb Asiens, indische



In den "Coolie Lines" haben sie seit Generationen gelebt, oft zu zehn Personen in einem Raum von 3x4 Metern. In dieser sogenannten Doppel-line wohnen insgesamt zwölf Familien. Sechs Eingänge von jeder Seite.

Arbeitskräfte rekrutierten. Indenturarbeiter wurden unter anderem nach Mauritius, die Karibik, nach Natal und nach Fidji verschifft. Indenturarbeit ist ein klar definiertes Vertragsverhältnis und heißt, daß der auswandernde Arbeiter in seinem Herkunftsland einen Vertrag unterzeichnet, in dem die Dauer des Arbeitsverhältnisses (in der Regel fünf Jahre, teilweise aber auch acht oder zehn) festgelegt wird. Der Arbeiter hat keine Möglichkeit, den Vertrag vor Ablauf zu kündigen. Tatsächlicher oder vermeintlicher Bruch des Vertrags durch den Arbeiter stellt diesen unter strafrechtliche Sanktion. Üblich war auch, daß Kulis nicht das Recht hatten, das Gebiet der Plantage, auf der sie arbeiteten, zu verlassen.

Das sogenannte Kanganysystem wurde bei der Rekrutierung für Ceylon und Malaya angewandt. Der Kangany fungierte als Vorarbeiter für seine Kolonne von 25-30 Kulis, er war selbst Inder und unterstand seinerseits dem Head Kangany der Plantage. Jeder Kangany fungierte als Mittelsmann zwischen der Plantagenleitung und den Kulis, auch bei allen finanziellen Angelegenheiten. Im Unterschied zu Malaya war das in Ceylon praktizierte Kangany- System an Großfamilien orientiert, der Kangany stellte das Oberhaupt der Gruppe von untereinander verwandten Kulis dar, und auch die Rekrutierung orientierte sich daran.

Ein weiteres, das Maistry-System, arbeitete wie das Kangany-System mit Vorschüssen, die durch Verschuldung die Arbeitskräfte banden. Zusätzlich aber führte eine umfangreiche Hierarchie vom Head Maistry über den Charge Maistry zum Gang Maistry und einem Labour Contractor zu vielfachen Lohnreduzierungen.

Tee, Tabak, Kautschuk

Die Statistiken zu den Kuliwanderungen sind bruchstückhaft und unübersichtlich. Ein Standardwerk (Davis 1951:99) schätzt die Nettomigration aus Indien in der Zeit von 1834 bis 1920 auf 5 bis 6 Millionen Personen - 23 Millionen Emigranten stehen in dieser Zeitspanne 17 Millionen Rückkehrer gegenüber. Um den Gesamtumfang unter Einschluß der Herkunftsgebiete außerhalb Indiens zu ermitteln, können diese Angaben verdoppelt werden. (vgl. Potts 1988:91,93).

In der Geschichte des Weltmarkts für Arbeitskraft ist das Kulisystem folglich nach Umfang und Bedeutung dem vorausgehenden Sklavensystem mindestens vergleichbar. Dabei übertrifft die jüngere Form die ältere an Intensität, denn im Gegensatz zur Sklaverei der Afrikaner, die sich über mehrere Jahrhunderte erstreckte, werden die Millionen asiatischer Kulis alle im Zeitraum von nur einem Jahrhundert rekrutiert und ausgebeutet.

Es gibt insgesamt mehr als 40 verschiedene Aufnahmegebiete, darunter Uganda, die Kapkolonie, die Guyanas, Fidji, Birma, zahlreiche Inseln der Karibik, Australien und Peru. Neben britischen Kolonien waren es auch koloniale Besitzungen Frankreichs, Deutschlands, Dänemarks, Spaniens, Portugals, der Niederlande und Belgiens, in die Kulis gebracht wurden, darüberhinaus auch in die USA und von ihr abhängige Gebiete.

Kulis werden eingesetzt auf den Plantagen beim Anbau von Zucker, Kaffee, Tee, Kautschuk, Tabak oder Baumwolle, in Bergwerken für den Abbau von Gold, Diamanten oder Zinn, als PerlentaucherInnen, für den Bau von Eisenbahnen, Straßen und Kanälen, aber auch zu häuslichen Diensten.

Frauen als Kulis

Europäische Kolonialherren in aller Welt waren in erster Linie an der Arbeitskraft junger, gesunder Männer interessiert. Eine Reproduktion der Arbeitskraft auf den Plantagen, auf den großen Baustellen der Uganda-Railway oder des Panama-Kanals war, da der Nachschub aus Asien kein Problem darstellte, gera-

dewegs unökonomisch. Während also die Kapitäne von Sklavenschiffen eine Zusammensetzung von zwei Dritteln Männern und einem Drittel Frauen und Kindern für ideal hielten, so mußten die Abnehmer von Kulis praktisch gezwungen werden, überhaupt Frauen zu beschäftigen. Die indischen Behörden verlangten schließlich, daß je Schiffstransport auf hundert Männer vierzig Frauen ausreisen sollen (vgl. u.a. Tinker 1984:79), das entspricht einem Anteil von unter dreißig Prozent (40/140). Zudem werden für verschiedene Aufnahmegebiete andere Regelungen getroffen. Einige Beispiele dafür, welchen Umfang die Frauenanteile tatsächlich erreichen:

- 1844 leben unter der indischen Bevölkerung auf Mauritius 17 Prozent Frauen, was bereits eine Steigerung gegenüber den Jahren zuvor darstellt. 1861 ergibt ein Zensus, daß noch immer fast drei Viertel der indischen Bevölkerung auf der Insel Männer sind (Tinker 1974:88f).

- Gebiete mit niedrigen Frauenanteilen unter der indischen Bevölkerung sind auch Malaya, Ceylon und Burma. In Malaya hätte das Verhältnis Männer : Frauen nach den Regeln der britisch/indischen Auswanderungsbehörde 1000 : 666 betragen müssen, nach dem Zensus von 1925 stehen aber nur 468 Frauen jeweils tausend Männern gegenüber.

- Der extremste Frauenmangel herrscht in Burma: Hier ist das Verhältnis Männer : Frauen 8,2 : 1, auf bestimmte Kasten bezogen steigert sich das Mißverhältnis so weit, daß 250 Männern nur eine Frau gegenübersteht.

- Für das Jahr 1911, d.h. einem relativ späten Jahr im Rahmen des Kulisystems, in dem das Geschlechterverhältnis sich bereits durch die natürliche Reproduktion etwas ausgeglichen hat, wird der Frauenanteil in Trinidad, Fidji, Jamaica und Britisch-Guyana mit 30 bis 41 Prozent angegeben.



Der Abschied aus der Plantage von Freunden und Verwandten. Zusammengepfercht auf einem LKW werden die Familien zur nächsten Bahnstation gebracht.

Kuntis Schrei aus der Hölle

"Narak" (Hölle) nannten die Betroffenen das Kulisystem, und das ist in besonderer Weise für Frauen zutreffend. Am 10. April 1913 wird Kunti, indische Indenturarbeiterin auf Fidji, zum Jäten geschickt: auf einen abgelegenen Teil der Bananenplantage, zur Strafe allein. Als ein Aufseher die Runde macht und sich anschickt, sie zu vergewaltigen, schreit sie. Es gelingt ihr, sich zu befreien, sie stürzt sich in den nahen Fluß und wird durch Zufall von einem Jungen gerettet. Berichte darüber - und das, nicht der Vorfall an sich, ist ungewöhnlich - werden in indischen Massenblättern gedruckt. Die Kolonialregierung bemüht sich eifrig, die Fakten zu widerlegen, aber Kuntis Fall spielt von nun an eine nicht unwichtige Rolle in der Volksbewegung gegen das Indentursystem. (vgl. Lal 1989:163) Er durchbricht das bis heute in der Literatur dominierende Schema von den verdorbenen, amoralischen Frauen in diesem Arbeitssystem und lenkt den Blick auf die Gewalt, die den Arbeiterinnen angetan wurde.

Grundlage der spezifischen Gewalt gegen Frauen bildet unter anderem die Lohndiskriminierung: weibliche Kulis erhalten nur etwa zwei Drittel des ohnehin bereits extrem niedrigen Lohnes der Männer. 1912 zum Beispiel verdienen indische Männer in Britisch-Guyana 26 Cents pro Arbeitstag, Frauen 18 Cents. Männer wie Frauen werden nicht ständig beschäftigt, Frauen gehen noch mehr Arbeitstage verloren als Männern. Vergleichbare Lohnunterschiede sind auch für andere Kolonien belegt.

Die Lohndiskriminierung der Frauen hat extreme Konsequenzen - ein Bericht aus dem Jahr 1902 (van den Brand 1902:66ff, übersetzt in Potts 1988:110f) macht das am Beispiel javanesischer Frauen, die zur Arbeit auf Sumatra verpflichtet wurden, auf erschütternde Weise deutlich. Die 7 Cent pro Tag, die einer Frau durchschnittlich ausgezahlt werden, reichen bei weitem nicht für ihre Ernährung aus - dafür benötigt sie auf der Plantage täglich 15 Cent. Ein Sarong, das wichtigste Kleidungsstück einer javanesischen Frau, kostet etwa einen Dollar. Eigene Unterkünfte haben die jungen, unverheirateten Frauen auf den Plantagen der Niederländer nicht. Prostitution wird aus Gründen des puren Überlebens notwendig. "Fünf Cent ist der Betrag, den sie für jedes Mal, das sie sich dem Chinesen überläßt, empfängt." Das heißt: Prostitution ist in diesem Zusammenhang als bewußter, geplanter Bestandteil des Lohnsystems zu sehen.

Die Tatsache, daß weibliche Arbeitskräfte in der Minderheit sind, fördert unter diesen Umständen alle Formen von Sexismus, so daß das Maß dessen, was Männer als Kulis an Ausbeutung, Elend und Rechtlosigkeit zu ertragen hatten, für Frauen noch um ein Vielfaches gesteigert wurde.

Neben der Plantagenarbeit haben die Frauen die Reproduktion der Kinder, vor allem aber der Männer sicherzustellen. Das bedeutet neben Hausarbeit insbesondere sexuelle Ausbeutung. Die Bedingungen, unter denen diese stattfindet,

werden wesentlich bestimmt durch die soziale Isolation der Kulis in den von der Plantagenökonomie geprägten Gesellschaften. Die indischen und anderen asiatischen Kontraktarbeiter bilden in der Regel in jenen Kolonien, die auf der Sklaverei basiert hatten, eine neue, unterste Schicht der Arbeitsbevölkerung. Die ehemaligen Sklaven, die im Gegensatz zu den durch Kontrakt gebundenen Asiaten nun über ein relatives Maß an ökonomischer und sozialer Freiheit verfügen, grenzen sich von den Einwanderern, die sie als unterlegen betrachten, ab. Diese übernehmen nun die verhaßte Sklavenarbeit, werden nicht selten in den ehemaligen Sklavenbehausungen untergebracht und können nur in Ausnahmefällen das Gebiet der Plantagen verlassen.

Für die asiatischen Frauen bedeutet die Absonderung der Kulis, daß sie für eine vielfach größere Gruppe von Männern aus ihrer Gesellschaft die einzig erreichbaren Sexualobjekte darstellen. Sie sind auf engstem Raum mit zahlreichen Männern untergebracht, eine Privatsphäre gibt es nicht. Die "Coolie Lines", wie die langgezogenen Baracken heißen, sind im Innern nur durch halbhohe Wände unterteilt. Sie bestehen aus dreißig bis vierzig Räumen, deren Rückwände wiederum an eine Reihe ebensolcher Räume grenzt. Familien bekommen einen dieser Räume, die nur eine Tür, aber keine Fenster besitzen, zugewiesen.

Für Frauen heißt Kulisystem daher neben niedrigst entlohnter, schwerer Arbeit Vergewaltigung durch Arbeiter, Aufseher, Plantagenbesitzer. Nicht einmal die Ehe bietet einen Schutz vor Männern: Zum Beispiel werden Kulis gezwungen, sich bei einer Erkrankung ins Hospital zu begeben, was bedeutet, daß spätestens in dieser Situation auch verheiratete Frauen den Mitbewohnern völlig ausgeliefert sind. Die kolonialen Behörden gehen teilweise soweit, die nach moslemischem oder hinduistischem Ritus geschlossenen Ehen indischer Paare als nicht existent zu betrachten. Nur christliche Heiraten werden für gültig erklärt (Tinker 1974:202, Gandhi 1983:149f). Im Interesse der Plantagenbesitzer, die sich so der Verpflichtung entledigen, Familien nicht zu trennen, wird damit - wie auch im Sklavensystem - die patriarchale Norm zugunsten der rassistischen aufgehoben, wobei die Frauen die Hauptlast zu tragen haben.

Auch die Plantagenbesitzer selbst nutzen ihre Macht über die Frauen: Am Ende des 19.Jahrhunderts lassen sie für sich in Britisch-Guyana das feudale "Recht der ersten Nacht" wiederaufleben, dem die Töchter der Kulifamilien unterworfen werden (Tinker 1974:221f).

Außerdem sind verschiedene Formen des Frauenhandels verbreitet, aber als die charakteristischste Form sexistischer Unterdrückung im Rahmen des Kulisystems muß wohl die Ehe einer Frau mit mehreren Männern gelten. Zumindest auf Mauritius, Reunion und Fuji werden die Frauen dazu gezwungen. In einem Bericht des britischen Konsuls auf Reunion heißt es 1874: "Es ist Brauch, daß vier oder fünf Männer zusammenlegen, um eine Frau zu unterhalten, die die Aufgaben einer Ehefrau oder Geliebten für jeden von ihnen übernimmt,...". Der Frauenmangel führt auch dazu, daß sie überproportional häufig zu Mordopfern werden. Das Motiv wird dann von den Behörden als "sexuelle Eifersucht" klassifiziert.

Was Mutterschaft im Rahmen des Indentursystems bedeutet, sei am Beispiel Fujis illustriert: Da weder die Plantagenbesitzer noch in vielen Fällen die Väter ein Interesse an den Kindern hatten, waren viele Mütter auf sich gestellt. Sie erhielten keinerlei Arbeitserleichterungen oder zusätzliche Lebensmittel. Vor allem die Säuglinge mußten sie mit auf die Felder nehmen, was die Sterblichkeit erhöhte (die der Nachlässigkeit der Mutter angelastet wurde) und zugleich die Plantagenbesitzer zu Beschwerden über die Stillzeit veranlaßte (vgl. Lal 1989:174ff).

Die Frauen als die am stärksten ausgebeuteten und unterdrückten Menschen im Kulisystem tragen wesentlich den Widerstand dagegen. Wie die Männer greifen sie zur Selbsttötung als letztem Ausweg. Die Geburtenrate der indischen Bevölkerung ist in vielen Kolonien extrem niedrig, Abtreibungen kommen häufig vor. Frauen sind auch in entscheidender Position und großer Anzahl an Streikbewegungen beteiligt. So führt eine Frau namens Jayakunvar den Streik der Suva-Reva-Zuckerarbeiter 1920 auf Fiji an (Tinker 1984:83). Inderinnen nehmen in großer Zahl an der von Gandhi organisierten Protestbewegung in Südafrika teil. Sie kämpfen gegen die Ungültigkeitserklärung ihrer Ehen und die spezielle Steuer für jene Inder, die nach Ablauf ihres alten Kontraktes keinen neuen abschließen wollen. Die Frauen sind es, die erst die Männer aktivieren (vgl. Gandhi 1983:149ff).

Moderne Kulis

Die Abschaffung der verschiedenen Formen des Kulisystems stellt sich als ein komplexer Prozeß dar. Ein wichtiger Einschnitt in Indien geschieht 1920, als die Indentur vollständig abgeschafft wird - allerdings blieb das Kanganysystem erlaubt. Dies erreicht erst danach seinen Höhepunkt und leitet nach und nach zur freien Wanderarbeit mit saisonalem Charakter und hoher Rückkehrerquote über.

Am längsten bleibt die Indentur in den niederländischen Kolonien bestehen: Noch in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts existiert hier nur ein Stufenplan zur Reduzierung des Anteils der IndenturarbeiterInnen - die Abschaffung des Systems steht nicht auf der Tagesordnung. Die niederländische "Kuliordonnanz" wird erst 1941 außer Kraft gesetzt, als die japanische Offensive bevorsteht.

Im Rahmen des Weltmarkts für Arbeitskräfte stellt das Kulisystem ein Bindeglied zwischen den Phasen der Sklaverei und der Arbeitsmigration, Lohnarbeit dar. Es führt zu einer grundlegenden Mobilisierung der Arbeitskraft in weiten Teilen Asiens. Zum Zeitpunkt seiner Abschaffung ist aufgrund der durch die Kolonialherrschaft bewirkten Unterentwicklung und des Bevölkerungswachstums das Angebot an Arbeitskräften gesichert.

Eine offene Frage in der Forschung ist, welchen Einfluß die Kuliwanderungen auf den Status der Frauen in Indien gehabt haben: es waren überwiegend Männer, die als Arbeitskräfte abwanderten, was das Geschlechterverhältnis in der zurückbleibenden Bevölkerung verschob. Auch die extreme Ausbeutung und zusätzliche Diffamierung der weiblichen Kulis wird im Herkunftsland nicht ohne Folgen geblieben sein.

Im weiteren Verlauf des 20.Jahrhunderts nehmen die Wanderungsbewegungen in Asien an Komplexität noch zu. Die enge Verknüpfung von Migration, Lohnarbeit und Prostitution bzw. anderen Formen sexueller Ausbeutung, die im Kulisystem so deutlich sind, lassen sich in vielen späteren Prozessen wiederfinden. Frauen sind es, die - häufig nach interner Migration - die Mehrzahl der Beschäftigten in Weltmarktfabriken und freien Produktionszonen bilden. Niedrige Löhne zwingen sie zum Teil noch heute dazu, gleichzeitig als Prostituierte zu arbeiten. Viele verlieren ihre Beschäftigung als Arbeiterinnen, weil sie nach wenigen Jahren Tempo und Präzision der Jüngeren nicht mehr erreichen, und sie versuchen dann, in der "Vergnügungsindustrie" zu überleben. Länder wie Sri Lanka oder die Philippinen sind heute ökonomisch auf die Überweisungen der "feminized migrant labour" angewiesen. Weitere Generationen asiatischer Frauen werden auf eine Weise in den Weltmarkt für Arbeitskraft, in die kapitalistische Produktion einbezogen, die Rassismus und Sexismus systematisch kombiniert.

Lydia Potts

Literatur:

J. van den Brand, De millioenen uit Deli, Amsterdam 1902.

Kingsley Davis, The Population of India and Pakistan, Princeton 1951.

Cynthia Enloe, Banana, Beaches & Bases. Making Feminist Sense of International Politics, London 1989.

Mahatma Gandhi, Mein Leben, Frankfurt/M. 1983.

C. Kondapi, Indians Overseas 1838 - 1949, Bombay, London 1951.

Brij V. Lal, Kunti's cry: Intendured women on Fiji plantations, in: J. Krishnamurty (Hrsg), Women in Colonial India. Essays on Survial, Work and the State, Delhi 1989.

Lydia Potts, Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas zu den Migrationen der Gegenwart, Hamburg 1988.

Hugh Tinker, A New System of Slavery; the Export of Indian Labour Overseas, 1830 - 1920, London 1974.

ders., Into Servitude: Indian Labour in the Sugar Industry, 1833 - 1970, in: Shula Marks/ Peter Richardson, International Labour Migration. Historical Perspectives, London 1984, S. 76 - 89.

Kirchen und 500 Jahre Kolonialismus

Der Vatikan meldet sich zu Wort

Die katholische Amtskirche gerät offensichtlich unter Druck: Ende 1991 erschienen im Auftrag des "Päpstlichen Komitees für die Geschichtswissenschaften" zwei Bände unter dem Titel "America Pontifica Primi Saeculi Evangelisationis 1493-1592 (Päpstliches Amerika im ersten Jahrhundert der Evangelisierung). Das Geheimarchiv des Vatikans präsentiert uns, selbstverständlich nur auf Lateinisch, über 570 Schreiben von Päpsten, die verdeutlichen sollen, daß der oberste Klerus schon immer gegen die Grausamkeit gewisser Glaubensbrüder war.

So etwa das "Pastorale Officium" Pauls III von 1537 gegen die, "die vor Begierde brennend, gegen das menschliche Geschlecht unmenschlich handeln". Offensichtlich von den Anklagen des berühmten Las Casas und anderer Priester beeinflußt, fühlten sich auch Päpste veranlaßt zu mahnen. Die Indios seien doch bitte durch vorbildhaftes Verhalten zum rechten Glauben zu bringen. Bekannlich hielt sich aber keiner der sich christlich nennenden Conquistadores an diese moralischen Appelle - die im übrigen auch noch stark paternalistische Züge trugen. Das war anders bei Verträgen, die vom Vatikan zu dieser Zeit vermittelt wurden und die Welt in eine portugiesische und spanische aufteilten.

Auch heute beeindruckt der Papst mit moralischen Appellen wie jüngst in "Centesimus Annus", in dem das westliche Marktsystem als sozial ungerecht dargestellt wird. Die praktische Politik des Vatikans kann bzw. will aber den eigenen moralischen Impetus nicht umsetzen. Die Haltung zu 500 Jahren Kolonialismus/Missionierung macht dies deutlich.

Noch vor 100 Jahren, anläßlich des 400sten Jahrestages der Entdeckung Lateinamerikas, wollte ein Papst Kolumbus heilig sprechen, da er in ihm ein Medium sah, um die Macht der katholischen Kirche gegen den Liberalismus und Kommunismus zu festigen. Etwa neunzig Jahre später, im Jahr 1984, stellte der heutige Papst bereits seine Meinung zu dem kommenden Jahrestag klar. "Unter dem Aspekt der Evangelisierung war dies der Anfang einer missionarischen Entfaltung ohne vergleichbaren Vorgang, welche, ausgehend von der Iberischen Halbinsel, der kirchlichen Karte eine neue Form gab. Und das geschah in einem Augenblick, als die religiösen Erregungen (sic!) in Europa Kämpfe und partielle Visionen erzeugten, die einen Bedarf an neuen Ländern hervorriefen, um die Kreativität des Glaubens zu stützen. Es war das kraftvolle Heraufbrechen einer Universalität, die durch die christliche Botschaft hervorgerufen war" (Der Papst am 12.10. 1984 in Santo Domingo). Innerkirchliche Kritiker wie Nobert Greinacher nennen dies einen "christlichen Triumphalismus, wie man ihn sich schlimmer nicht vorstellen kann" (vgl. FR. 9.12.1991).

Umsonst. Wie fast immer in der Geschichte der Kirche finden sie kein Gehör beim Klerus. Der lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) tagt im Sommer 1992 in Santo Domingo, wo der senile Diktator einen riesigen Leuchtturm bauen ließ, der ein riesiges Kreuz in die nächtliche karibische See projizieren soll. Das Plakat zur Konferenz zeigt ein Segelschiff auf himmelblauem Meereshintergrund vor einem weißen Kreuz. Titel: "500 Jahre Evangelisierung in Lateinamerika." Dazu ist wohl kein Kommentar mehr nötig.

Im ersten Jahrhundert der "Evangelisierung" bewegte sich die zentrale Diskussion in Spanien und Rom um die Frage, ob die "Entdeckten" überhaupt Menschen seien. Die Sklaverei mußte ideologisch abgesichert werden. Die Auseinandersetzung zwischen den Vertretern beider Denkschulen dokumentiert und kommentiert das folgende Buch. Die Kombination von Kreuz und Schwert wird hier schonungslos offengelegt. Die Position des Vatikans in seiner Verteidigungsschrift ist nicht zu halten, wenn der politische Rahmen, in dem die Reden der Päpste stehen, mit berücksichtigt wird.

Fernando Mires, Im Namen des Kreuzes, Der Genozid an den Indianern während der spanischen Eroberung: Theologische und politische Diskussionen, Edition Exodus, Fribourg 1989, 253 Seiten, 38,-DM.

Missionierung heute: Zerstörung und Unterdrückung

Aggressive Missionierung mit modernster Kommunikationstechnologie und Flugzeugen sowie die unheilvolle Allianz zwischen Militärs, Diktatoren und Missionaren in Lateinamerika seit über dreißig Jahren, das ist das Thema des englischen Reiseschriftstellers Norman Lewis. Zentral und beispielhaft für diese moderne Form der Missionierung stehen die unter pseudowissenschaftlichen Decknamen agierenden "New Tribes Mission" (NTM) und das "Summer Institute of Linguistics" (SIL). Sie repräsentieren große reaktionäre evangelikale Sekten, aus den USA stammend, die hierzulande in der Presse nur auftauchen, wenn z.B. von einem kollektiven Massenselbstmord zu berichten ist. In Lateinamerika, in Zeiten einer immer katastrophaler werdenen ökonomischen Situation und politischer Unsicherheit, haben sie allerdings gewaltigen Zulauf.

Für Indigenas sind diese Einrichtungen oft der erste Kontakt mit der "abendländischen Zivilisation". Und die wird ihnen sprichwörtlich auch eingebleut. Sie müssen ihr Land, ja ihre gesamte bisherige Lebensweise aufgeben und werden zentral in der Nähe von Missionszentren angesiedelt. Eine umfassende Gehirnwäsche raubt ihnen ihre bisherige Identität und macht sie zu gläubigen Instrumenten.

Die Vorgehensweise ist nicht neu. Im ersten Kapitel seines Buches beschreibt Lewis die Vernichtung der pazifischen "Paradiese" Anfang des 19. Jahrhunderts. 1795 wurde die London Missionary



Papst verteidigt 500 Jahre Misssionierung

Society gegründet, die sich sofort auf den Pazifik konzentrierte. Die Vorgehensweise war zugleich einfach und brutal. Der jeweilige Häuptling wurde gekauft, zum König gekrönt, mit einem Porträt der Königin Victoria beschenkt, mit der Flasche bekannt gemacht und mit der Bekehrung beauftragt." Gegen besonders Resistente wurden eigens aufgestellte Missionstruppen eingesetzt.

Da Lewis Reiseschriftsteller ist, kommt er oft in eine widersprüchliche Situation. Selbst auf der Suche nach ursprünglichen Kulturen, gerät er permanent in Konflikt mit den Missionsgesellschaften. So erlebt er das Verschwinden von Kulturen, die er doch selbst gerne noch entdeckt hätte, um sie dann auch der Zerstörung durch die "Zivilisation" preiszugeben. Das führt zu burlesken Situationen, etwa, wenn er einen Indianer noch ganz "original" auf dem Fahrrad einer Missionsstation entdeckt. Zusätzlich läßt er sich immer wieder zu pathetischen Schilderungen des ursprünglichen Amerikas hinreißen. Stattdessen hätte er eher mehr Sorgfalt auf Fakten bzw. Quellenangaben verwenden sollen. Es ist das alte Problem mit Reiseberichten, die nur Tageszeitungen auswerten, aber einen wissenschaftlichen Anspruch vor sich her tragen. Trotzdem ein spannend zu lesendes Buch, das die christlich-abendländische Kultur an ihren selbst aufgestellten Werten mißt. Und wieder versagt sie kläglich.

gelu

Norman Lewis, Die Missionare. Über Vernichtung anderer Kulturen. Ein Augenzeugenbericht, Übersetzung aus dem englischen von Malte Heim, Verlag Klett Cotta, Stuttgart 1991, 262 Seiten, 38,-DM.

Medienliste, Veranstaltungen & Adressen

Die folgenden Hinweise können nur einen kleinen Ausschnitt der geplanten Aktivitäten zur Kampagne '92 wiedergeben. Wir verweisen auf die bisherigen Beilagen der Dritte-Welt-Zeitschriften. Für zukünftige Kampagnenbeilagen fehlt es zur Zeit leider an finanzieller Unterstützung.

Musik, Theater, Ausstellungen:

Schattenseiten...500 Jahre Amerika, Ausstellung zu Menschenrechtsverletzungen in der Neuen Welt und Kunst und Kultur der Mapuche, vom 9. - 27.3.92 in Duisburg, VHS, König- Heinrich-Platz.

1492 Begegnung Schock, 1992 Schock Begegnung, Ausstellung von Karrikaturen und Zeichnungen als Ergebnis eines international ausgeschriebenen Karikaturwettbewerbes, vom 4. - 27.3.92 in Duisburg, Internationales Zentrum, Niederstr.5.

Ende der Geschichte?, Ausstellung des Informationszentrums Dritte Welt, Hannover, mit historischen Darstellungen und Dokumenten, vom 9.3. - 5.4.92 ebenfalls in Duisburg zu sehen, im Ev.Familienbildungswerk, Hinter der Kirche 34.

Wanderausstellung mit Karikaturen zu 1492 - 1992, Kontakt: Exile-Kulturkoordination, Friederikenstr.41, 4300 Essen 1, Tel. 0201-777176

"Augenblick mal - Herr Kolumbus!", Ein Weltbild und die Folgen, Ausstellung vom 27.6. - 12.10. in Nürnberg, Jugendzentrum für pol.Bildung, Untere Talgasse 8, 8500 Nürnberg.

Maiskultur in Mexiko, Wanderausstellung aus 23 Tafeln mit Fotos, Texten und Karikaturen. Verleih: Mexiko-Gruppe Bremen, c/o Karin Hecht, An der Aue 64, 2820 Bremen 70, Tel. 0421-624493

Indianer Brasiliens - 500 Jahre Völkermord Eine Ausstellung über die akute Bedrohung der letzten Indianervölker Brasiliens und ein Plädoyer für das Recht auf Leben dieser Völker! 19 Tafeln (50 x 70 cm), 3 Landkarten, 3 Poster, Kontakt: Horst Kühnle, Mozartweg 2, 8039 Puchheim, Tel. 089- 801420

500 Jahre Einsamkeit Texte und Musik nach einer Idee von Grupo Sal und Dietmar Schönherr, Dauer ca. 90-110 Min. Das Programm will über die bekannte Tatsache der grausamen Vernichtung großer Teile der Urbevölkerung und die unheilvolle Geschichte der "500jährigen Eroberung" Amerikas hinaus aufzeigen, was uns Zivilisierten fehlt. Kontakt: Grupo Sal, Roberto Deimel, Im Keltergarten 8, 7400 Tübingen 5, Tel. 07071-76919

"500 Jahre Eroberung Amerikas" Collage aus kurzen Texten, Gedichten, Kommentaren und Musik Dauer ca. 2 Std. Kontakt: Grupo Sal, Roberto Deimel, Im Keltergarten 8, 7400 Tübingen 5, Tel. 07071-76919

Rundreise mit Frauen des Frauenkulturprojekts SISTREN aus Jamaica, Theatervorstellungen. Kontakt: SUR, Görlitzer Str. 50, 1000 Berlin 36, Tel.030-6115071

"Typisch - Mohren köpfen und Neger küssen" Ein Kabarettprogramm zum Thema Rassismus, über 500 Jahre Neue Weltordnung für die Kampagne '92, von und mit Rainer Wolf. Kontakt: Rainer Wolf, Friedrichstr. 1, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202-441460

Kolumbus oder die Entdeckung des Anderen, Theaterstück Kontakt: Kulturetage, Bahnhofstr.8, 2900 Oldenburg, Tel. 0441- 16712

Passion der Eingeborenen, ein Panorama über die Geschichte Lateinamerikas, Musikstück, Kontakt: Peter Jannsens Musikverlag, 4404 Telgte/Westfalen

Eine Liste mit vielen **weiteren Kulturveranstaltungen** hat Misereor herausgegeben. Adressen und Kurzvorstellungen von Musik- Tanz-, Theatergruppen zum Thema. Bezug: Misereor, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Mozartstr.9, 5100 Aachen

Aktionen, Veranstaltungen:

Papel mural - Wandmalprojekt 1992, Ein gemeinsames Projekt von KünstlerInnengruppen aus mehreren europäischen Städten. In möglichst vielen Städten sollen 1992 Wandbilder aus der Zusammenarbeit lateinamerikanischer und europäischer Künstler entstehen. Kontakt: Judy Engelhard, Cultur Cooperation, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-394133 oder Klaus Klinger, Farbfieber e.V., Fürstenwall 210, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211-378198

Encuentro Internacional de la Solidaridad in Sevilla vom 18.4.- 26.4.92. Pünktlich zur Eröffnung der Weltausstellung in Sevilla (expo 92) wollen die GegnerInnen dieses High-Tech-Spektakels sich zu Wort melden. Neben dem Widerstand gegen die 500-Jahr- Feierlichkeiten begreifen wir die Umstrukturierungsprozesse in Andalusien auch als Kontinuität des herrschenden Systems. Folgende Aktivitäten sind geplant: **Gegenlandung am Guadalquivir, Abhaltung eines "ständigen Tribunals der Völker", Diskussions- und Kulturveranstaltungen**. Anmeldung zum Gegenkongreß: **Richtige Tel.-Nr.** 0034-5-4214111 oder fax 0034-5-4218729. Organisierte Busfahrt nach Sevilla vom 10.4.-27.4.92 (DM 350). Kontakt: Extratour, Wahlenstr.12, 5000 Köln 30, Tel. 0221-511133

Basisparlament in Straßbourg, vom 5.- 10.6.92. Das Basisparlament soll der Erarbeitung von Forderungen dienen und zu den Themen: Europa, Banken, IWF, Unterdrückung und Widerstand, Frauenrechte etc. Alternativen erarbeiten. Kontakt: Kairos Europa, c/o Rainer Weitzel, Hittorfstr.21, 1000 Berlin 33

Boot-Schaft 92, eine "Entdeckungsreise" von EthnologInnen, ChronistInnen und VertreterInnen lateinamerikanischer Volksorganisationen den Rhein stromaufwärts im Juni 92. Kontakt: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt/M.1, Tel. 069-4990041/2

Aktionen zum Weltwirtschaftsgipfel, u.a. sind eine bundesweite Großdemonstration am 4.7.92 in München, ein Gegenkongreß sowie Aktionstage geplant. Kontakt: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040- 393156, Ökumenisches Büro, Pariser Str.13, 8000 München 80, Tel. 089-4485945 oder Anti-Atom-Büro, Holzstr.2, 8000 München 5, Fax 089-2603513

Mahnmal "für die Opfer der Europäischen Invasion von 1492", von Oswaldo Guayasamin (Ecuador), in Puerto Real, Spanien. Koordination in der BRD: Monimbó, Darmstädter Str.23, 6057 Dietzenbach, Tel. 06074-26891

Kampagne **"Für eine Schweiz ohne Fluchtgelder"**, getragen von unzähligen Schweizer Aktionsgruppen. Die Kapitalflucht ist eine wichtige Ursache für die Armut in der Dritten Welt. Zur Bekämpfung der Kapitalflucht braucht es wirtschaftliche und politische Veränderungen in den Industrieländern und in der Dritten Welt. Die Schweiz muß Anstrengungen zur Eindämmung der Kapitalflucht in der Dritten Welt unternehmen. Im Vordergrund der Aktivitäten stehen rechtlich-politische Forderungen. Kontakt: Kampagne "für eine Schweiz ohne Fluchtgelder", Quellenstr.25, Pf 177, CH-8031 Zürich

UNCED/ UNSAID Festival, vom 5. - 12.6.92 in Freiburg, mit Arbeitsgruppen, Diskussionsrunden, Kulturveranstaltungen. Kontakt: A SEED office, "UNSAID Festival", Eschholzstr.86, 7800 Freiburg i.Brsg., Fax 0761-36269

Seminare:

Und sie bewegen sich doch - soziale Bewegungen zwischen Macht, Suppenküche und Nationalismus, ein drittes PIZZA-Seminar vom 15.- 17.5.92 Anmeldung: Infobüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal, Tel. 0202-4936306

1492 - 1992: 500 Jahre kolonialistische Politik - Reparationen für die "Dritte Welt"!?, Tagung vom 8. - 10.5.92 in Münster, mit Gästen aus Lateinamerika, Afrika und den USA. Die Gäste werden voraussichtlich im Anschluß an die Tagung für Nachfolgeveranstaltungen in der BRD zur Verfügung stehen. Anmeldung: AKAFRIK, Albersloher Weg 27, 4400 Münster, Tel. 0251-661116

Zeitschriften, Broschüren, Videos:

500 Jahre Kontinuitäten kolonialistischer Politik, Reader hrsg. vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen und den Dritte-Welt-Zeitschriften, 96 Seiten, DIN A 4, 3.Auflage, DM 5. Bezug: iz3w, Pf 5328, 7800 Freiburg, Tel. 0761-74003

500 Jahre Kolonialismus, Sonderausgabe der "blätter des iz3w", Schwerpunkte Lateinamerika, Afrika, Frauen, Widerstand. 58 Seiten DIN A 4, DM 6. Bezug: iz3w, Pf 5328, 7800 Freiburg, Tel. 0761-74003

500 Jahre Entdeckung, Eroberung, Widerstand, **Ein Lateinamerika -Filmprogramm für's Kino**, mit Vorstellung von Spiel-, Dokumentar-, und Kurzfilmen. Hrsg: Stiftung des Neuen Lateinamerikanischen Films und SUR Film. Bezug: CON Film, Pf 106545, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-342414

W & M, Weiterbildung und Medien, Heft 1/92: **"Columbus in den Medien"**, Informationen/Service/Materialien zu den Medienaktivitäten rund ums "Columbus-Jahr". Preis: 8 DM. Bezug: Adolf-Grimme-Institut, Eduard-Weitsch-Weg 25, 4370 Marl

Materialien zur **Internationalen Verschuldung**, Postkarten, Poster, Aktionstips, Hintergrundinfos, Erklärung christlicher Organisationen. Bezug: BDKJ-Bundesstelle, Referat für Entwicklungsfragen, Postfach 320520, 4000 Düsseldorf 30

explizit-Unterrichtsmaterialien: **500 Jahre "Entdeckung Lateinamerikas"** (Nr.25), **Weltrohstoffhandel** (Nr.39) sowie weitere Themen. Didaktisch aufbereitete Basismaterialien, 52 Seiten, DIN A 4, Preis: 12 DM. Bezug: Horlemann-Verlag, Lohfelderstr.14, 5340 Bad Honnef, Tel.02224-5589

Dritte Welt in der Grundschule: **1492 - 1992 Kolumbus.** Ein Unterrichtsbeispiel aus dem 4.Schuljahr, Heft 4/91. Bezug: AK Grundschule, Friedrich Verlag, Pf 100150, 3016 Seelze, Tel. 0511-400040

500 Jahre Kolonialismus und kein Ende, Ausgabe der Neuen Hanauer Zeitung zum Thema, Themen: Der Jahrtausend-Raub, Betrachtungen zur protestantischen Rechtfertigung massenhaften Tötens, Kuba. Februar 92, 3 DM. Bezug: NHZ, Am Freiheitsplatz 6, 6540 Hanau, Tel. 06181-28180

Que totos se levanten - Alle sollen sich erheben, ein Video über Guatemala und die Kampagne "500 Jahre indianischer, afro-amerikanischer und allgemeiner Volkswiderstand". VHS, Farbe, 55 Min., spanisch mit deutschen Untertiteln. Verleih: Videowerkstatt autofocus eV, Oranienstr.45, 1000 Berlin 61, Tel. 030-6155458

Auf den Spuren einer mörderischen Geschichte, Kurzvideo über den alltäglichen Kolonialismus in unseren Städten, am Beispiel Freiburgs, VHS, ca. 15 Min., ab April 92 ausleihbar. Verleih: Institut für Dritte Welt Forschung, Habsburger Str.9, 7800 Freiburg, Tel. 0761-56125

Medienliste zu weiteren Filmen, Videos, Dia-Tonbildschauen, Ausstellungen, zusammengestellt von Misereor. Bezug: Misereor, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Mozartstr.9, 5100 Aachen

Regionale Adressen der Kampagnenbündnisse:

Kassel,
Kontakt: Armin Homburg, Querallee 50, 3500 Kassel, Tel. 0561-776063
Würzburg,
Kontakt: Initiative Dritte Welt, Bibrastr. 7, 8700 Würzburg
Wuppertal
Kontakt: Nica-Info-Büro, Hofaue 51, 5600 Wuppertal
Berlin
Kontakt: FDCL, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61, Tel. 030-6934029
Dortmund
Kontakt: Tierra Nueva, Lindemannstr.84, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231-136726
Freiburg
Kontakt: iz3w, Kronenstr.16, 7800 Freiburg, Tel. 0761-74003
Stuttgart
Kontakt: ZEK&E, im Merlin, Augustenstr.72, 7000 Stuttgart 1
Bremen
Kontakt: Bremer Initiative, Bernhardtstr.7, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-703434
Hamburg
Kontakt: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156
Münster
Vamos, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster
Köln/Bonn
Kontakt: ila, Heerstr.205, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-658613
Schweiz
Kontakt: Zentralamerika-Sekretariat, Basler Str. 106, CH-8048 Zürich, Tel. 01-4931840
Österreich
Kontakt: ÖIE, Klostergasse 25/1, A-3100 St.Pölten

Zu guter Letzt:

Markenserie: "500 Jahre Widerstand in Amerika", 16 Briefmarken mit Portraits aus dem Widerstand von 1493 - 1980, 5-farbig, matt gummiert, gezähnt, mit Kürzestbiographien. Preis: 3,- SFR (was es nicht alles gibt) Bezug: Schweizer Dritte-Welt-Läden oder Brigada Latinobernesa, Brunngasse 17, CH-3011 Bern

Expo '92:
"Pavillon der Entdeckungen" abgebrannt

Wir zitieren im Wortlaut aus der offiziellen Presseerklärung der Organisatoren: Ein Brand hat am 18.2. den Pavillon der Entdeckungen auf dem Gelände der Expo '92 in Sevilla zerstört. Bei dem Brand wurde niemand verletzt. Die Weltausstellung öffnet am 20.4.92 mit nunmehr 94 statt 95 Pavillons ihre Pforten für Besucher, auch wenn der Pavillon der Entdeckungen als eines der zentralen Gebäude der Expo '92 konzipiert war.
Das Feuer brach aus noch ungeklärter Ursache aus und konnte erst drei Stunden später unter Kontrolle gebracht werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde am Aufbau der Ausstellungen im Inneren des Pavillons gearbeitet. Die Feuerlösch-Einrichtungen des Pavillons waren noch nicht in Betrieb, da die Bauarbeiten am Gebäude noch nicht beendet waren. Im fertigen Zustand würde der Pavillon der Entdeckungen jedoch den strengen internationalen Bauvorschriften entsprochen haben. Die Behandlung aller Exponate mit flammenhemmenden Materialien war vorgesehen.
Das "Zeitalter der Entdeckungen" heißt das Thema der Weltausstellung, bei der Teilnehmer aus 113 Ländern vertreten sein werden. Alle Teilnehmer werden in ihren Pavillons einen Beitrag zu diesem Generalthemna leisten. Auch wenn die Expo '92 mit dem Pavillon der Entdeckungen eine der wichtigsten Illustrationen zu ihrem Thema verloren hat, so bleibt der Zusammenhalt der gesamten Ausstellung dennoch erhalten. Löschmannschaften der Expo '92 und der Stadt Sevilla arbeiteten bei der Brandbekämpfung zusammen. Sie folgten damit den Einsatzplänen für Notsituationen. Die Verantwortlichen äußerten sich zufrieden über die Effektivität dieser Pläne.
Entlang der "Straße der Entdeckungen" erschließt sich den Besuchern der Weltausstellung die Hauptbotschaft der Veranstaltung in den fünf Themenpavillons: "Pavillon des 15.Jahrhunderts", "Pavillon der Seefahrt", "Pavillon der Natur", "Pavillon der Zukunft" und eben jener nun abgebrannte "Pavillon der Entdeckungen".

Frieden schaffen ohne Waffen?

Zum Friedensvertrag in El Salvador



Opfer eines Massakers der salvadorianischen Armee in der Flüchtlings-Rücksiedlung Coral de Piedras 1990

> Als sie die Aufforderung der Regierung *"Das Licht des Friedens ist gekommen! Zündet am 16. Januar bei Euch zuhause eine Kerze an!"* hörte, lachte die Frau in der Hütte am Bahngleis: *"Wir zünden immer Kerzen an. Eigentlich hätten wir gerne elektrisches Licht."*

Die Tinte unter den Verträgen war noch nicht trocken, da zählten die kriegsführenden Parteien die Errungenschaften auf, die sie im Krieg und in den zähen Verhandlungen erkämpft haben, da hagelte es Warnungen vor den Tücken der jetzt angebrochenen Übergangszeit, da brach aber auch Freude aus unter den Menschen in den Dörfern und Städten El Salvadors.
Für uns als BeobachterInnen und gelegentlich TeilhaberInnen an den Höhen und Tiefen des salvadorianischen Befreiungsprozesses stellt sich zunächst die Frage, was steht genau drin in den Friedensverträgen, wie sehen die Hintergründe einzelner Vereinbarungen aus und was läßt sich, davon ausgehend, für die Zukunft erwarten?

Betrachten wir also einige wichtige Punkte des Friedensvertrages: Das Kapitel über die Armee ist erwartungsgemäß umfangreicher geworden, war dieses Thema doch 20 Monate und 24 Verhandlungsrunden lang das schwierigste, dasjenige, bei dem Regierung und Armee am nachhaltigsten geblockt und die FMLN mit Konzessionen und immer neuen Vorschlägen Initiativen ergriffen hat. Wenn die neue Doktrin der Armee El Salvadors zum Tragen kommt, wird sich Lateinamerika einen Schritt wegbewegt haben von der berüchtigten Doktrin der Nationalen Sicherheit. Die Aufgabe der Armee wird beschränkt auf den Schutz der Souveränität und des Territoriums.

Die öffentliche Sicherheit fällt nicht mehr in ihre Kompetenz - außer im Falle eines erklärten Ausnahmezustandes. Damit die neue Doktrin aber zum Tragen kommen kann, sieht der Friedensvertrag einige Veränderungen in der Armee vor:

Für die Säuberung der Armee wird spätestens 105 Tage nach Beginn des Waffenstillstandes am 1. Februar 1992 eine Ad-hoc-Kommission eingesetzt. Das Instrument geht auf einen Vorschlag der Vereinten Nationen vom November 1990 zurück und es war lange umstritten, ob Militärs daran teilhaben und ob unter den Mitgliedern der Kommission auch Ausländer sein sollen. Jetzt steht fest: es werden drei Salvadorianer mit einwandfreiem demokratischen Leumund sein. Zusätzlich werden zwei Offiziere an der Ad-hoc-Kommission beteiligt. Sie sollen nur bei den Beratungen, nicht aber bei den Untersuchungen und Schlußfolgerungen dabei sein.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Die Kommission wird sämtliche Offiziere und gegebenenfalls auch Unteroffiziere "evaluieren", d.h. ihren Umgang mit den Menschenrechten und der Rechtsordnung, ihre berufliche Kompetenz und ihre Fähigkeit, mit der neuen Realität umzugehen, überprüfen. Fällt die Kommission ein negatives Urteil, hat sie recht bescheidene Sanktionen zur Verfügung: Versetzung oder Entlassung. Entlassene Offiziere sollen eine Entschädigung in Höhe eines Jahresgehaltes bekommen. Außerdem wird es Programme für ihre Reintegration ins Zivilleben geben. Im wesentlichen wird die Säuberung also mit Mechanismen vollzogen, die die salvadorianische Armee schon immer benutzt hat. So gab es auch Anfang diesen Jahres routinemäßige Umsetzungen. Dabei wurde der berüchtigte Kommandeur der 1. Infanteriebrigade, die die Todesschwadronen in San Salvador organisiert hat, Oberst Elena Fuentes zum "Mittelamerikanischen Verteidigungsrat" (CONDECA) nach Guatemala versetzt. Damit ist nach vorherrschender Interpretation begonnen worden, die von der US-Regierung vorgelegte inoffizielle Säuberungsliste abzuarbeiten, auf der ca. 20 besonders belastete Offiziere stehen. Eng verbunden mit der Frage der Säuberung ist natürlich die der Amnestie. Bereits im April letzten Jahres wurde die Einberufung einer "Wahrheitskommission" vereinbart, die in sechsmonatiger Arbeit die gravierendsten Menschenrechtsverbrechen aufarbeiten soll. Ihre Mitglieder stehen bereits fest: Belisario Betancur, vormaliger Präsident Kolumbiens, Reinaldo Figuereda, ehemaliger Außenminister von Venezuela und Thomas Buergenthal, Präsident des Interamerikanischen Menschenrechtsinstitutes der Organisation Amerikanischer Staaten. Bis heute ist freilich nicht klar, welche Fälle die Kommission untersuchen will. Die rechtsextreme Tageszeitung "La Prensa Grafica" hat zuletzt, am 24.1.92, die Ermordung von Erzbischof Romero, das Massaker von El Mozote, die Ermordung der sechs Jesuiten und ihrer beiden Hausangestellten sowie die Fälle von Rodriguez Porth und Francisco Guerrero genannt, die mutmaßlich FMLN-Attentaten zum Opfer gefallen sind. Es ist wohl davon auszugehen , daß die Wahrheitskommission "symmetrisch" vorgehen, also eine gleiche Anzahl von Verbrechen der Regierung und der FMLN untersuchen wird.

Friedensfeier

" Die Plaza Civica war ein Meer von roten Fahnen. Auf einer stand: "Unsere Gewehre sind die Garantie für das Land der Bauern." Die Fassaden der Kathedrale und des Nationalpalastes waren von FMLN-Transparenten bedeckt. In der Mitte des Platzes saß, wie schon seit Jahren, Gerardo Barrios, ein Armeeführer aus dem 19. Jahrhundert, gelassen auf seinem Pferd, nur hielt er heute ein rotes Schild: "FMLN" Als die Nachricht von der Unterzeichnung des Friedensvertrages über Lautsprecher übertragen wurde, weinten viele, andere brachen in Jubel aus und gratulierten sich gegenseitig, weil sie den brutalen Krieg überlebt hatten. Beethovens Neunte Symphonie ertönte, untermalt von explodierenden Feuerwerkskörpern. Überall waren Guerilleros, die Reporter der illegalen Sender Venceremos und Farabundo Marti, die die Kundgebung live übertrugen, sogar in Uniform. Hochrangige Guerillakommandanten, die Ansprachen hielten, wurden mit donnerndem Applaus begrüßt..."
Christena Colclough, Guardian (New York), 29.1.1992

"Erst Gerechtigkeit, dann verzeihen"

Logischerweise könnte eine Amnestie frühestens nach Beendigung der Arbeit der Ad-hoc-Kommission und der Wahrheitskommission, also gegen Ende des Jahres verabschiedet werden. Da aber vor dem 1. Februar die "TerroristInnen" der FMLN amnestiert werden mußten, damit die FMLN in der Friedenskommission COPAZ[1] und ihren Unterkommissionen mitarbeiten kann, verhandelte die Interpartidaria (Gremium aller im Parlament vertretenen Parteien) drei Tage lang, um dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten, der dann am 23. Januar als "Gesetz zur Nationalen Versöhnung" verabschiedet wurde. Der Vorschlag der Opposition, zuerst FMLN-Kommandanten und -KämpferInnen, Kriegsverletzte der FMLN und die politischen Gefangenen zu amnestieren und Militärs erst nach Abschluß der Arbeiten von Ad-hoc- und Wahrheitskommission, konnte sich nicht durchsetzen. Herausgekommen ist stattdessen ein Gesetz, das annähernd einer Generalamnestie gleichkommt, indem zunächst nur die von der Wahrheitskommission zu bearbeitenden Fälle und jene, die bereits vor Schwurgerichten abschließend verhandelt wurden, ausgenommen werden. Das ist erheblich weniger als das, was sich z.B. die FMLN und die Erzdiözese von San Salvador unter Vergangenheitsbewältigung vorgestellt haben. So sagte Weihbischof Rosa Chavez am Tag der Vertragsunterzeichnung: "Wegen seiner politischen Verbindungen mit den Gruppen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, wird Präsident Cristiani versucht sein, sich für Vergeben und Vergessen auszusprechen. Wir würden die Option der Gerechtigkeit vorziehen und danach, wenn nötig, verzeihen." Und Commandante Joaquin Villalobos: "Es muß Wahrheit geben und Gerechtigkeit, und dann Verzeihen."

Verteidigungsminister Ponce hingegen: "Wir hätten eine Generalamnestie vorgezogen, Vergeben und Vergessen für alle." Und er besteht darauf, daß sich die Arbeit der Wahrheitskommission auf "exemplarische Fälle" beschränken soll. Die Leiterin des erzbischöflichen Rechtshilfebüros Tutela Legal, Maria Julia Hernandez, lehnt ein solches Vorgehen kategorisch ab: "Alle Fälle zählen für die Kirche. Wir haben Tausende und Tausende von Fällen, und alle werden der Wahrheitskommission übergeben, nicht nur ein paar exemplarische Fälle. Wir können der einen oder anderen Familie nicht sagen, ihr Fall zähle nicht."

Entmilitarisierung - mehr Schein als Sein

Bezüglich der Truppenreduzierung, mit der neben der Säuberung die veränderte Rolle der Armee materialisiert werden soll, konnte der Armee im Vertrag von New York das grundsätzliche Einverständnis abgerungen werden (25.9.91). In der Zusatzvereinbarung zu diesem Vertrag band sich die FMLN aber in dieser Frage die Hände: dort wurde nämlich vereinbart, daß die Regierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen spätestens bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes einen Plan über den Truppenabbau vorzulegen hat, der dann der FMLN zur Kenntnis gebracht wird.

Damit war die aktuelle Truppenstärke als Ausgangspunkt der Berechnungen und der Umfang der Reduzierung aus den Verhandlungen herausgenommen. Am 10.1. legte die Regierung dann ihren Plan vor - und siehe da: die Armee hatte plötzlich 63.175 Mann unter Waffen und 3.325



Rücksiedlung Ciudad Segundo Montes 1990

Offiziere. Reduziert werden soll das Ganze innerhalb von zwei Jahren auf 31.000 Soldaten und 2.320 Offiziere. Die FMLN war von einer Ist-Stärke der salvadorischen Armee von ca. 35.000 Mann ausgegangen und stellte fest, daß im Personalplan für 1990 2086 Offiziere angegeben waren. Von Reduktion kann also kaum die Rede sein, schon gar nicht, wenn mensch sich daran erinnert, daß es 1978 7.000 und 1981 auch "erst" 20.000 Soldaten gab.

Während die Auflösung der Zivilverteidigung und der "Patrullas cantonales" (eine Form des Reservedienstes, die abgeschafft und durch ein neues Gesetz ersetzt werden soll, nach dem die Reserve keine Funktion mehr in der öffentlichen Sicherheit und Bevölkerungskontrolle haben soll) unproblematisch war, und die Auflösung der Nationalgarde und der Finanzpolizei (über die Nationalpolizei s.u.) schon seit längerem vereinbart war, wurde in der allerletzten Verhandlungsrunde Anfang Januar noch einmal heftig um die Auflösung der Elitebataillone gerungen.

Die Auflösung der Nationalgarde und der Finanzpolizei geschieht laut Friedensvertrag durch die Übernahme ihrer Mitglieder in die Armee. Die Zivilverteidigung wird definitiv aufgelöst, d.h. ihre Mitglieder werden entlassen. Im Falle der Elitebataillone sieht der Vertrag, wie bei den "gesäuberten" Offizieren, Versetzung oder Entlassung vor. In welchen Proportionen dies geschehen soll, sagt der Friedensvertrag nicht. Das heißt, es ist möglich, daß Elitesoldaten der Killerbataillone und Angehörige der nicht weniger berüchtigten Nationalgarde und Finanzpolizei in die regulären Einheiten versetzt werden, und die Truppenreduzierung durch Entlassung von "normalen" Soldaten bewerkstelligt wird.

Haben Regierung und Armee immer wieder mit "Symmetrien" hantiert, etwa indem sie die FMLN mit der nicaraguanischen Contra verglichen oder versuchten, ihren Staatsterror gegen Verletzungen der Genfer Kriegskonventionen seitens der FMLN aufzurechnen, so wollten sie in der Frage der Truppenreduzierung bzw. FMLN-Demobilisierung ganz und gar nichts von Symmetrie wissen. Unter dem Druck der US-Regierung mußten sie ein wenig nachgeben. Eine Auflösung der militärischen Strukturen der FMLN war ganz ohne Preis einfach nicht zu haben. Trotzdem ist der Zeitplan für die FMLN ungünstig: neun Monate für ihre Demobilisierung gegenüber 24 Monaten für den Truppenabbau, der keiner ist. Während in den ersten drei Monaten nach Beginn des Waffenstillstandes mindestens 20% der FMLN-KämpferInnen die Waffen niedergelegt haben müssen, beginnt die Auflösung der Elitebataillone erst ab dem sechsten Monat. Das berüchtigte Atlacatl-Bataillon wird als drittes (nach dem Belloso und dem Atonal und vor dem Bracamonte und Arce) erst im achten Monat aufgelöst - zu einem Zeitpunkt, da sich schon 80% der FMLN-KämpferInnen ins zivile Leben integriert haben werden. Das System der Truppentrennung zwischen Regierungsstreitkräften und der FMLN-Armee "Nationales Heer für die Demokratie" (END) und der Wiedereingliederung der FMLN-KämpferInnen ist ausgefeilt. In einer ersten Phase zogen sich beide Seiten an 100 bzw. 50 Standorte zurück. Ab dem 6. Februar begann dann die zweite Phase: die Armee begibt sich in "Friedenspositionen", die END-Truppen mit sämtlichen Waffen, Munition, Minen, Sprengstoff und Militärausrüstungen, einschließlich des klandestinen Materials, an 15 Orte. Dort werden die ganzen Ausrüstungen mit Ausnahme der persönlichen Waffen der KämpferInnen unter Verschluß genommen (einen Schlüssel hat der ONUSAL[2]-Offizier, den anderen der lokale FMLN-Kommandant). Zwischen dem 15. und 31. Oktober 1992 wird dann die FMLN unter ONUSAL-Aufsicht besagte Waffen vernichten. Unter diesen Umständen ist die Formulierung der FMLN, es werde "bewaffneter Friede" herrschen, durchaus zweideutig.

Die erste Phase der Truppentrennung ist nach übereinstimmenden Aussagen von FMLN, Regierungsarmee und von ONUSAL ohne Probleme durchgeführt worden. Am 7. Februar, also zu Beginn der zweiten Phase, gab die FMLN folgende Zahlen bekannt: 8.600 KämpferInnen haben sich mit 4.000 M-16-und AK-47-Gewehren, sechs Boden-Luft-Raketen, Hunderten von Maschinengewehren, Bazookas, Raketen und großen Mengen Dynamit an 21 Orten eingefunden. Cristiani monierte umgehend das angebliche Mißverhältnis zwischen Truppenstärke und Waffen. Die FMLN habe immer mehr Waffen als KämpferInnen gehabt. Die FMLN erwiderte: "Sie haben immer noch nicht unsere Kriegsführung kapiert. Es geht um selbstgemachte Waffen und industriegefertigte. Ein Teil unserer Armee nahm nie an Kämpfen teil. Es gab immer mehr Männer und Frauen als Waffen."

Neue Polizei

Der lange Marsch der FMLN von der radikalen und logischen Forderung, beide Armeen in einem parallel verlaufenden, schrittweisen Prozeß abzuschaffen, bis zu einer möglichen, aber nicht vorab quantifizierten Beteiligung von ehemaligen FMLN-KämpferInnen an der neu zu schaffenden Zivilen Nationalpolizei (PNC) war mühselig und für FMLN-Führung und -Basis sicherlich gleichermaßen schmerzlich, wirft aber ein Licht auf das reale Kräfteverhältnis, von dem bei der Fortsetzung des Befreiungskampfes mit anderen Mitteln auszugehen ist.

Im einzelnen sehen die Übergangsbestimmungen der Vereinbarung über die PNC, die zwei Jahre und neun Monate gelten werden, vor, daß ehemalige Mitglieder der (alten) Nationalpolizei nach einer "Evaluierung" durch den Generaldirektor[3] der PNC in die neu zu schaffende Nationale Akademie für Öffentliche Sicherheit aufgenommen werden können, wenn sie darüber hinaus die allgemeinen Zugangsbedingungen erfüllen. Ebenso verhält es sich mit ehemaligen KämpferInnen der FMLN. ONUSAL wird dabei prüfen, daß die Interessenten "wirklich und endgültig den bewaffneten Kampf aufgegeben haben" - wobei im 500sten Jahr der Eroberung Lateinamerikas vor allem die Optik von spanischen Armeeoffizieren, die bei ONUSAL das Sagen haben, zum Tragen kommen wird.

Die Zugangsbedingungen werden im einzelnen noch von der Friedenskommission COPAZ erarbeitet. Fest steht, daß AnwärterInnen für den einfachen Dienst


Guerilleras der FMLN 1990 Fotos: Almut Wilms-Schröder

neun Jahre Schulbildung (PolizeibeamtInnen) bzw. Abitur (Hauptwachtmeister) haben müssen, für den gehobenen Dienst drei Jahre Universität und für den höheren Dienst eine abgeschlossene Hochschulausbildung. Beim einfachen Dienst werden das Bildungsniveau und der zukünftige Einsatzort berücksichtigt. Wer die Zugangsbedingungen zunächst nicht erfüllt, kann sich in Kursen auf die Aufnahmeprüfung zur Polizeiakademie vorbereiten. Ob diese Übergangsregelung auch für den gehobenen und höheren Dienst gilt, steht nicht in dem Vertrag.

Für die ersten sechsmonatigen Grundkurse sollen 24 Monate lang jeden Monat 330 RekrutInnen aufgenommen werden. "Die Auswahl wird so geschehen, daß die Mehrzahl der RekrutInnen nicht direkt am bewaffneten Konflikt teilgenommen hat und daß die Beteiligung von Ex-KombattantInnen der FMLN nicht höher ist als diejenige von ehemaligen Mitgliedern der Nationalpolizei und umgekehrt." In den vormaligen Konfliktzonen sollen besondere Regelungen gelten, die der Versöhnung und einem stabilen Übergang zuträglich sind. So sollen sich dort die Polizeieinheiten aus AbsolventInnen der Polizeiakademie unterschiedlicher Herkunft zusammensetzen. Die Polizeiführungen auf Departementsebene sollen in Absprache mit COPAZ ernannt werden.

Agrarreform bleibt Zukunftsmusik

Soviel zu der Beteiligung an der künftigen Ordnungsmacht, die die FMLN erreicht hat. Comandante Shafik Handal hat unmittelbar nach der aufregenden Silvesternacht bemerkt, daß ein Gleichgewicht beim Aufbau der neuen PNC gewährleistet sei.

Tatsächlich hängt die Beurteilung des Friedensvertrages vom Blickwinkel ab. Wenn wir hier die Schwachstellen des Vertrages aufzeigen, so nicht um die Errungenschaften des Befreiungskampfes wegzureden, sondern um auf die Gefahren der Zukunft hinzuweisen.

Was die Agrarfrage betrifft, die zweifellos am Ursprung des Konfliktes und des Krieges in El Salvador steht, hat Comandante Handal eingeräumt, daß dieses Problem nicht ganz gelöst ist. Die Bereitschaft der Regierung, endlich Landgüter über 245 ha an Landlose zu übergeben, bleibt zurück hinter der Agrarreform von 1980, die ein Freigrenze von nur 100 ha vorsah.[4]

Die produktiven Kaffeeplantagen, die vor allem in der Betriebsgrößenklasse bis 250 ha liegen, bleiben also von der Agrarreform ausgenommen. Nachdem die Phase II der Agrarreform, eben die Landgüter über 245 ha betreffend, jahrelang hinausgezögert wurde, ist außerdem anzunehmen, daß es nicht mehr viele "Fincas" dieser Größenordnung geben wird, da die Eigentümer Zeit hatten, das Land aufzuteilen unter Verwandten und Strohmännern. Auch von dem Land in Staatseigentum und jenem, das der Regierung zum Kauf angeboten wird, gibt es nicht viel. In dem Maße aber, in dem der historische Landraub durch Rückkauf der Ländereien von den Großgrundbesitzern mit Mitteln der internationalen Wirtschaftshilfe rückgängig gemacht werden soll, werden die Marktpreise, zu denen die Landeigentümer entschädigt werden sollen, hochklettern. Die NutznießerInnen solcherlei Agrarreform müssen der Staatsbank das Land zu Kreditbedingungen, wie bei der ersten Phase der Agrarreform üblich, bezahlen - Kreditbedingungen, die just zur absoluten Verschuldung der schon bestehenden Agrarreformkooperativen geführt haben.

Die viel zitierte Vereinbarung, wonach die Verfügung der gegenwärtigen Nutzer über den Boden in den Konfliktgebieten respektiert wird, verschweigt erstens, daß es sich in diesen Gebieten um maximal 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche von größtenteils kärglichem Potential handelt und zweitens den Nachsatz aus dem Vertragstext: Da gibt es nämlich den Vorbehalt, daß die endgültigen Eigentumsverhältnisse in den Zonen noch geklärt werden müssen. Die FMLN hat innerhalb von 30 Tagen nach Vertragsunterzeichnung ein Inventar der entsprechenden Grundstücke vorzulegen. Dann gibt es die Möglichkeit der legalen Klärung durch Verkauf des Landes durch die "legitimen Eigentümer" an die derzeitigen Nutzer ("tenedores"). Wollen die legitimen Eigentümer nicht verkaufen, "bemüht" sich die Regierung um Ersatzland, nach Möglichkeit in derselben Zone.

Es ist also durchaus möglich, daß die wegen der Landknappheit und Armut der Böden eh schon schwache wirtschaftliche Grundlage der Rücksiedlungen und Gemeinden in den Konfliktgebieten weiter geschmälert wird. Bezüglich der Landbesetzungen vom letzten Jahr wird zwar die Vereinbarung vom 3. Juli, wonach es keine Räumungen der bis dahin besetzten Ländereien geben soll, bestätigt. Die Regierung behält sich aber das Recht vor, Besetzungen, die nach diesem Datum erfolgt sind und weiter erfolgen werden, zu räumen. Dergestalt ist in diesem Abschnitt des Vertrages ganz deutlich gemacht, daß das Privateigentum sakrosankt, die "legitimen Eigentümer" unantastbar und die militante Verteidigung des Privateigentums selbstverständlich bleiben.

Tatsächlich hat die Auseinandersetzung um das Land den Rahmen des Friedensvertrages bereits gesprengt. Doroteo Perez, Generalsekretär des Landarbeiterverbandes ANTA, hat es auf den Punkt gebracht: "Am Verhandlungstisch haben sich die Regierungen und die FMLN nicht eingehender mit den Problemen des Landbesitzes befaßt. Sie haben sozusagen eine Tür für die Campesinos offengelassen." Während die Friedenskommission COPAZ am 7. Februar ihre erste Sitzung ohne Einigung erlebte, als es um die Landbesetzungen ging und man sich nicht über die Ernennung der Mitglieder für die Unterkommission zur Landfrage verständigen konnte, sprach Cristiani von 267 Landbesetzungen nach dem 3. Juli und warnte: "Wir möchten nicht mit drastischen Maßnahmen beginnen, aber wir werden drastische Maßnahmen ergreifen,

falls die FMLN nicht zur Vermeidung des Problemes beitragen sollte ..."

Die Zahl ist umstritten, sicher ist aber, daß es sich mehrheitlich um vermehrte Landnahme in den von der FMLN kontrollierten Zonen handelt, die im Zusammenhang mit dem 15. Februar steht, dem Datum, zu dem die FMLN das Inventar über die derzeitigen Bodenbesitzverhältnisse in ihren Zonen vorlegen mußte. Regierung und Landeigentümer wissen, daß die FMLN im Friedensvertrag akzeptiert hat, diese De-facto-Eigentumsverhältnisse einem Legalisierungsprozeß zu unterwerfen, daß aber weder sie noch die aktuellen Nutzer dieses Landes bereit sein werden, es sang- und klanglos zu räumen. Comandante Villalobos hat ein konfrontatives Vorgehen in diesem Bereich klar zurückgewiesen : "Einige Landbesitzer handeln in ihrem eigenen, legitimen Interesse, andere aber wollen destabilisieren ... Es könnte eine gefährliche Situation werden, wenn sie denken, daß sie der Bevölkerung das Land wegnehmen können, das diese all die Jahre bearbeitet hat."

Die Warnung beinhaltet zugleich das Angebot einer Politik der Konzertierung (s.u.), wie die FMLN es auch im Friedensvertrag signalisiert hat: "Die FMLN bringt zum Ausdruck, daß es angebrachter ist, das Agrarproblem, einschließlich der Landbesetzungen, auf dem Wege der Konzertierung ... anzugehen."

Gerade im Kapitel V des Friedensvertrages, der vom "wirtschaftlichen und sozialen Thema" handelt, hat die FMLN derartig viele Konzessionen gemacht, daß es jetzt an der Regierung wäre, einzulenken. Die Präambel zu diesem Kapitel macht den provisorischen Charakter dieser unter Zeitdruck entstandenen Vereinbarungen deutlich: ". . . wenn auch die Philosophie und die allgemeine Orientierung der Wirtschaftspolitik der Regierung, die die Frente nicht notwendigerweise teilt, nicht Gegenstand der Vereinbarungen sind, stimmen beide Seiten in der Notwendigkeit überein, einige grundlegende Orientierungen anzubieten, die es erlauben, die für die Übergangsperiode notwendige Stabilität zu schaffen, den Frieden zu konsolidieren und fortzuschreiten zur Wiedervereinigung der salvadorianischen Gesellschaft."

Die "grundlegenden Orientierungen" beschränken sich dann, neben den relativ ausführlichen Vereinbarungen zur Landfrage, auf das Vorhaben eines Gesetzes zum Schutze der KonsumentInnen, die Möglichkeiten, daß auch ArbeiterInnen einen Teil der privatisierten Betriebe übernehmen können - bei Garantie der Unternehmerfreiheit - und den Ausbau der bereits bestehenden sozialen Kompensationsprogramme - wiederum in Abhängigkeit vom Zufluß zusätzlicher ausländischer Wirtschaftshilfe.

Im Ubrigen werden alle offenen Fragen in das "Forum der sozialen und wirtschaftlichen Konzertierung" verlagert, in dem Regierung, Unternehmerverbände und Gewerkschaften und Bauernorganisationen verhandeln.

An mindestens vier Stellen des Vertrages wird die Realisierung einzelner Vereinbarungen von zusätzlicher Auslandshilfe abhängig gemacht. Die wiederum kann nur - was ebenfalls an verschiedenen Stellen des Vertrages festgehalten ist - formal von der Regierung beantragt werden. Was die Regierung zu beantragen gedenkt, hat sie bereits in einem "Plan des nationalen Wiederaufbaus" beschrieben und verschiedenen Regierungen und multilateralen Geldgebern vorgelegt. An der Erarbeitung des Plans wurden weder die FMLN noch die soziale und politische Opposition beteiligt und der Friedensvertrag sieht lediglich vor, daß die Regierung der FMLN den schon allseits bekannten Plan 30 Tage nach Vertragsunterzeichnung vorzulegen hat, damit ihre "Empfehlungen und Vorschläge" berücksichtigt werden können.

Tauziehen um Auslandshilfe

Auch hier hat die offene Formulierung des Friedensvertrages bereits zum Konflikt geführt. Während die FMLN die Ankündigung der norwegischen Regierung, die Wiederaufbauprogramme der FMLN mit 2 Mio. US-$ unterstützen zu wollen, mit dem Hinweis verband "Die Europäer werden die Regierung nur unterstützen, wenn die Wiederaufbaupläne kompatibel sind mit denen der FMLN und der anderen Kräfte im Land", bemerkte Cristiani in einer Pressekonferenz am 7. Februar genüßlich: "Die FMLN fordert praktisch eine institutionelle Beteiligung an der Entwicklung des Wiederaufbauplanes, und das steht nicht in den Vereinbarungen ... Im Rahmen der Vereinbarungen werden wir nur dazu aufgefordert, ihnen einen Wiederaufbauplan vorzulegen, ihre Empfehlungen zu begrüßen und zu berücksichtigen."

Kurze Zeit nach Unterzeichnung des Friedensvertrages und Beginn des Waffenstillstandes ist also noch nicht deutlich, welcher politische Weg sich in El Salvador durchsetzen wird: die Konfrontation auf allen Ebenen und in allen Fragen, die der Friedensvertrag offengelassen hat - und das sind viele und gewichtige - oder das Bemühen um Konzertierung und Konfliktlösung. Die FMLN setzt auf letztere Option, was bereits ihre Verhandlungsstrategie geprägt hat und der Grund für die großen Konzessionen war, die sie gemacht hat. Zumindest nach außen demonstriert sie das auch: "ich glaube, daß es im Moment kein politisches Klima dafür gibt, nicht für einen "schmutzigen Krieg", sagte Villalobos in einem am 17. Februar veröffentlichten Interview.

Regierung und Armee wiederum scheinen eine immer noch nur taktische Kompromißbereitschaft zu haben, auf politischer Ebene erreichen zu wollen, was sie auf dem Schlachtfeld nicht schafften, nämlich die FMLN zu schlagen, und in allen strittigen Fragen konsequent an die Schmerzgrenze der FMLN und der sozialen und politischen Opposition heranzugehen zu wollen. Mit anderen Worten: sie scheinen auf Fortsetzung der Aufstandsbekämpfung mit anderen Mitteln zu setzen. Das bedeutet für die Kräfte des Befreiungsprojektes, wenn sie sich darauf einlassen und nicht einen Bruch des mit dem Friedensvertrag gesetzten Rahmens riskieren wollen, daß sie in politisch differenzierten und ausdauernden Verhandlungen an vielen Orten und auf allen Ebenen das Kräfteverhältnis weiter verschieben müssen zu Gunsten der Demokratisierung mit sozialer Gerechtigkeit.

Ein eher müder Reflex auf diese zugleich bedenklich stimmenden und hoffnungsvollen Herausforderungen findet sich in der bundesdeutschen Politik. In der Kirche St. Winfried zu Bonn hat der salvadorianische Botschafter, Dr. José Saguer-Saprissa, mit seinen Freunden vom Salesianer-Orden, die ihrerseits gute Freunde im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben, am 13. Februar eine "Festliche Dankmesse für den Frieden in El SAlvador" arrangiert, bei der der Große Gott "wir loben Dich" exklusiv zum Friedensstifter in El Salvador ernannt wurde. Ungefähr zeitgleich machte Entwicklungshilfeminister Spranger deutlich, wo die Bundesregierung die irdischen Friedensstifter angesiedelt sieht: bei seinem viertägigen Aufenthalt in San Salvador fand er gerade mal ein Stündchen Zeit für den FMLN-Kommandanten Villalobos - zu einem unverbindlichen Plausch.

Eduard Fritsch

Anmerkungen:

1) Die Friedenskommission ist eine Art Nebenregierung, der zwei Vertreter der Regierung, darunter ein Militär, zwei Vertreter der FMLN und je ein Vertreter der im Parlament vertretenen Parteien angehören, wobei die Convergencia Democrática als eine Partei gewertet wird. Aufgabe der Friedenskommission ist es, die gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen.

2) ONUSAL: UN-Truppen und - Beobachter in El Salvador

3) Ernesto Arbizú, unter der Romero-Diktatur in den 70er Jahren oberster Richer am Finanzgericht.

4) Die Agrarreform von 1980 sah zwei Phasen vor: während der ersten Phase sollte Landbesitz über 500 ha enteignet werden, in der zweiten Phase Landbesitz über 100 ha. Nur die erste Phase wurde durchgeführt und das nur unvollständig. Dank ihrer Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung konnte ARENA 1983 statt 100 ha eine Obergrenze von 245 ha in der Verfassung festschreiben. Verteilt wurde jedoch nur noch Pachtland in Miniparzellen.

"Der Westen muß seine Furcht vor dem Pantürkismus vergessen ..."

Die Türkei umwirbt die zentralasiatischen GUS-Republiken

Anfang der 80er Jahre tauchten die islamischen Sowjetrepubliken vor allem in der - vom CIA finanzierten - Zeitschrift "Yeni Forum" (Neues Forum) auf, später dann auch in islamischen und faschistischen Veröffentlichungen, seit der Perestroika sind sie Teil der täglichen Berichterstattung der türkischen Medien: die - so der offizielle Sprachgebrauch - "türkischen Republiken" der ehemaligen UdSSR, die heute alle ihre Unabhängigkeit erklärt und sich der GUS angeschlossen haben. Diese Republiken, konkret geht es um Usbekistan, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan und Aserbaidschan, haben alle eine vorwiegend muslimische Bevölkerung. Mit Ausnahme des persischsprachigen Tadschikistan gehören ihre Sprachen, die alle seit Sommer des vergangenen Jahres zu offiziellen Landessprachen geworden sind (in Kasachstan leben allerdings mehr Russen als Kasachen), verschiedenen Zweigen der Familie der Turksprachen an. Grund genug für die türkischen Machthaber, sich als die "natürliche Führernation dieser jungen Staaten" zu begreifen.

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Kirgisien verfügen über erhebliche Erz-, Erdöl- und Erdgasreserven, Usbekistan und Kasachstan über Kohle - und Goldvorkommen, in Tadschikistan wurde ein großer Teil des sowjetischen Urans abgebaut. In Kasachstan befinden sich wichtige Rüstungsbetriebe und ein Raumfahrtzentrum; was die Landwirtschaft angeht, so wird fast die gesamte Baumwolle der ehemaligen UdSSR in diesen Republiken angebaut. Weiterhin gibt es zahlreiche Bodenschätze, die vor allem in Kasachstan und Aserbaidschan direkt verarbeitet werden. Trotz ihres Reichtums an Bodenschätzen handelt es sich bei Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan um die vier ärmsten der Republiken, die im Verlauf des vergangenen Jahres ihre Unabhängigkeit erklärt haben.

Große Teile dieser vier Republiken sind Hochgebirge (bis zu 7000 m) oder Wüste, alle vier mußten Lebensmittel importieren. Durch Baumwollmonokulturen und durch unsachgemäßes Bewässern hat die Umwelt gelitten, so daß heute der Eindruck einer Region entsteht, aus der wesentlich mehr herausgeholt als hineininvestiert worden ist.

Wie "türkisch" sind die Turkrepubliken?

Der "historische Anspruch", der dieser Tage immer wieder formuliert wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als eher fadenscheinig. Obwohl in ethnisch/sprachwissenschaftlichem Sinn von Turkrepubliken gesprochen werden kann, gibt es seit dem 7./8. Jahrhundert unserer Zeitrechnung eigentlich keine politischen Berührungspunkte dieser Republiken mit der Türkei bzw. dem Osmanischen Reich.

Aserbaidschan - übrigens gegenwärtig "Pilotprojekt" der zuerst vom CIA und rechtsradikalen türkischen Kreisen betriebenen, heute auch regierungspolitisch verankerten türkisch/asiatischen Annäherung - verfügte allerdings wegen seiner geographischen Nähe über mehr Verbindungen zu den Osmanen als die anderen Republiken.

Das "türkische" Bewußtsein in Aserbaidschan wurde mit Hinweisen auf die "gemeinsamen turkmenischen Vorfahren in der asiatischen Steppe" und die Sprachverwandtschaft geweckt (aserbaidschanisch ist diejenige der Turksprachen, die dem heutigen Türkeitürkisch am meisten gleicht). Weiterhin stand die aserbaidschanische Intelligenz unter dem Einfluß Ismail Gasprinnskijs, eines Krimtataren, der ab 1880 mit einer Modernisierung des Islam in Rußland und der Entwicklung der pantürkistischen Ideologie den Turkvölkern in Rußland neues politisches Gewicht verschaffen wollte.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatte es unter den Aserbaidschanern kein sehr starkes nationales Bewußtsein gegeben. Den Anstoß für eine verstärkte nationale Debatte bildeten Versuche des Iran, auch den russischen Teil Aserbaidschans zu missionieren. Eine Gruppe Intellektueller erkannte in den laizistischen Bestrebungen der Jungtürken eine für sie attraktive Alternative und begann mit der Publikation mehrerer türkischer Zeitschriften.

"In der Presse von Baku nahm die Ideologie des Pantürkismus einen immer größeren Raum ein, über dem Bewußtsein, Türke zu sein, wurden Unterschiede zwischen Sunniten und Schiiten vergessen. Das förderte die Einheit der Aserbaidschaner gegenüber den politisch mächtigeren Armeniern und Russen."[1]

Diese Phase turkophilen Einflusses um die Jahrhundertwende dauerte nur knapp zehn Jahre. 1914, als das Osmanische Reich an der Seite Deutschlands in den Krieg eintrat, bekannte sich die aserbaidschanische Presse zu Rußland. Später - aber noch vor der Revolution von 1917 - hatten dann sozialdemokratische Gruppierungen aus Rußland mehr Einfluß bei der Organisierung der Arbeiter als pantürkische. Ein reichlich spärliches Erbe also, auf das die Türkei ihre heutigen Ansprüche stützen kann.

Türkische Aktivitäten in Bezug auf die Turkrepubliken

Die türkische Hinwendung zu den sowjetischen Bruderrepubliken begann nicht erst mit der Perestroika. Schon Anfang der 80er Jahre - sobald sich das mit dem Militärputsch an die Macht gekommene Regime einigermaßen konsolidiert hatte - lancierte die oben erwähnte Zeitschrift "Yeni Forum" das Thema "Sovyet Türkleri" (Die Sowjettürken) immer wieder. Alle zwei Wochen - die Zeitschrift erscheint 14 tägig - erschienen Berichte über eine der Republiken, vor-

nehmlich Aserbaidschan, Übersetzungen oder Übernahmen aus Veröffentlichungen, die meistens "türkische Identität" zum Thema hatten. In "Yeni Forum" fanden sich dann auch in regelmäßigen Abständen Annoncen, mit denen "Radio Liberty" und "Radio Free Europe" Mitarbeiter suchten, die die usbekische, tatarische usw. Sprache beherrschten. Die Türkei stellte für die USA, speziell für den CIA, ein ideales Rekrutierungsfeld für propagandistische Aktivitäten in der damaligen Sowjetunion dar, denn dort leben Vertreter aller Volksgruppen der "Turkrepubliken". Religion und ethnische Zugehörigkeit waren ja auch zwei Momente, mit denen amerikanische Propaganda massiv versuchte, die Situation in den Republiken zu destabilisieren.

Seit der Perestroika erschienen in "Yeni Forum" immer politische Forderungen nach eigenständiger Außenpolitik der Turkrepubliken, insbesondere Aserbaidschans, die von der türkischen Presse aufgegriffen und breit diskutiert wurden. Außer propagandistischen hatte es auch konkrete politische Aktivitäten türkischer Gruppierungen in Aserbaidschan gegeben. Die 1980 in der Türkei verbotene faschistische Partei und ihre Schlägerorganisation "Graue Wölfe" waren, bevor sie 1989 unter anderem Namen (Milli Calisma Partisi, MCP - Partei der Nationalen Arbeit) in der Türkei wieder legal wurden (und mittlerweile im Parlament vertreten sind), in Aserbaidschan tätig geworden.

Die aserbaidschanische Volksfront, einer der Motoren der Auseinandersetzungen mit den Armeniern und Anfang 1990 mit den sowjetischen Truppen um Berg-Karabach, bezieht sich in vielen Veröffentlichungen auf das Gedankengut Alpslan Türkes', des alten und neuen Vorsitzenden der MCP. "Eigentlich müssen wir beschämt sein" heißt es im März 1990 in der MCP-nahen Zeitschrift "Ocak" (Der Zirkel), "während wir hier verschämt mit unseren Gedanken hinter dem Berg halten, finden wir dort (in Aserbaidschan d.Ü.) die Wolfsflagge (Symbol der Grauen Wölfe d.Ü.) ganz offen an der Spitze von Demonstrationszügen, das Bild unseres Führers Türkes hängt in jeder Niederlassung der Nationalen Front. Diese Brüder brauchen unsere Hilfe, wir bleiben derweil um Längen hinter ihnen zurück."[2]

1990 waren jedoch nicht mehr nur die Faschisten an engeren Kontakten mit Aserbaidschan interessiert. So gut wie alle türkischen Parteien hatten während der Auseinandersetzungen um die Jahreswende ihre Solidarität mit Aserbaidschan geäußert und eine Öffnung des türkisch/aserbaidschanischen Grenzübergangs in der Enklave Nahcivan gefordert.

Nun ging es nicht mehr um Destabilisierung der inneren Situation der Republiken, sondern um die offene Herstellung politischer und ökonomischer Beziehungen. Es gab erste direkte Kontakte mit Vertretern aus Aserbaidschan, die die Türkei besuchten, vor allem auf kultureller Ebene. Ein Kulturabkommen zwischen den Schriftstellerverbänden beider Länder war der erste Schritt zu konkreterer Zusammenarbeit.



Aserbaidschan, ein Land mit alter Kultur.



Türkisch-aserbaidschanische Wirtschaftskontakte

Diese Kontakte wurden durch den Ausbruch der Kuwaitkrise mit einem Schlag intensiviert. Schon im August 1990, keine zwei Wochen nach Schließung der Erdölpipeline von Mossul an die türkische Mittelmeerküste und der Verhängung des Embargos gegen den Irak besuchte eine aserbaidschanische Delegation die Türkei. Delegationsteilnehmer waren der Präsident und der Energieminister, hauptsächlicher türkischer Gesprächspartner Staatsminister Mehmet Kececiler. Der Minister war innerhalb der damals regierenden Mutterlandspartei (ANAP) Sprecher des "Bewegungsflügels", also derjenigen Gruppierung, die nach dem Verbot der faschistischen Partei Türkes' in die Mutterlandspartei aufgenommen worden war. Der Bewegungsflügel war so über Jahre hinweg, trotz aller offiziellen Distanzierungen der ANAP von den türkischen Faschisten, der "Fuß" den Türkes und seine Anhänger in der türkischen Regierungspolitik hatten.

Bei den Gesprächen wurden erstmals handfeste wirtschaftliche Absprachen getroffen. Aserbaidschan sagte der Türkei die Lieferung von 5 Mio. t Erdöl im Jahr zu (eigene Förderung der Türkei 4 Mio. t). Die Türkei verpflichtete sich, das technische und technologische Know How für den Bau mehrerer Kraftwerke zur Verfügung zu stellen. Verhandlungsgegenstand war weiterhin der Bau einer Pipeline von Baku nach Iskenderun an die türkische Mittelmeerküste. Er wurde in der Presse als "so gut wie vereinbart" bezeichnet. (Mittlerweile ist er wirklich vereinbart). Am 15.10.1990 wurde der Grenzübergang Nahcivan (Türkei-Armenien/Aserbaidschan) geöffnet.

Diese Vereinbarungen konnten zwar die durch das Embargo entstandenen ökonomischen Verluste nicht auffangen, stellten aber zumindest ein Polster für die türkische Regierung und ihren völlig proamerikanischen Kurs dar. (Mehrere Versuche des irakischen Außenministers Tarik Aziz, die Beziehungen zur Türkei nicht ganz kaputtgehen zu lassen, wurden im August/September 1990 abgewehrt.)

Mittlerweile sind die Kontakte mit Aserbaidschan auf allen Ebenen intensiviert worden. Im Januar 1992 hat die inzwischen fünfte türkische Delegation von Unternehmern und Arbeitgeberverbänden die Republik besucht. Konkrete Investitionen hat die Türkei bis heute vor allem auf dem Bausektor getätigt. Ein Gebiet, auf dem die Türkei auch in der Ex-UdSSR sehr stark vertreten war. Insgesamt lassen sich die wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Formel Öl und Gas

gegen Technologie zusammenfassen.

Beim Staatsbesuch des aserbaidschanischen Präsidenten Mutalibow vom 19.-21.1.92 in Ankara standen dann weitere Punkte türkischer Unterstützung auf dem Programm. Vor allen Dingen ging es um den türkischen Beitrag oder besser die türkische Unterstützung beim Aufbau eines aserbaidschanischen Heeres. Die Presse berichtete von einer definitiven Zusage, die Mutalibow jedoch am nächsten Tag dementierte. Er sagte aber selber, daß "es intensive Gespräche darüber gäbe."

Entscheidender war allerdings noch, daß Mutalibow seinen Gesprächspartnern mitteilte, daß in diesen Tagen in Aserbaidschan definitiv zum lateinischen Alphabet übergegangen werde. Die Abschaffung des kyrillischen Alphabetes, die in diesen Monaten - mit breitem Konsens in der Bevölkerung - in allen Turkrepubliken durchgeführt wird, eröffnet zwei Alternativen: das arabische Alphabet- eigentlich naheliegender, weil dann Aserbaidschaner im Iran und in der Republik die gleiche Schrift benutzen würden - und das lateinische. Die Entscheidung für lateinische Buchstaben ist eine Entscheidung für den Westen und eine erste Annäherung an die Türkei.

Außenpolitischer Konsens in der Türkei

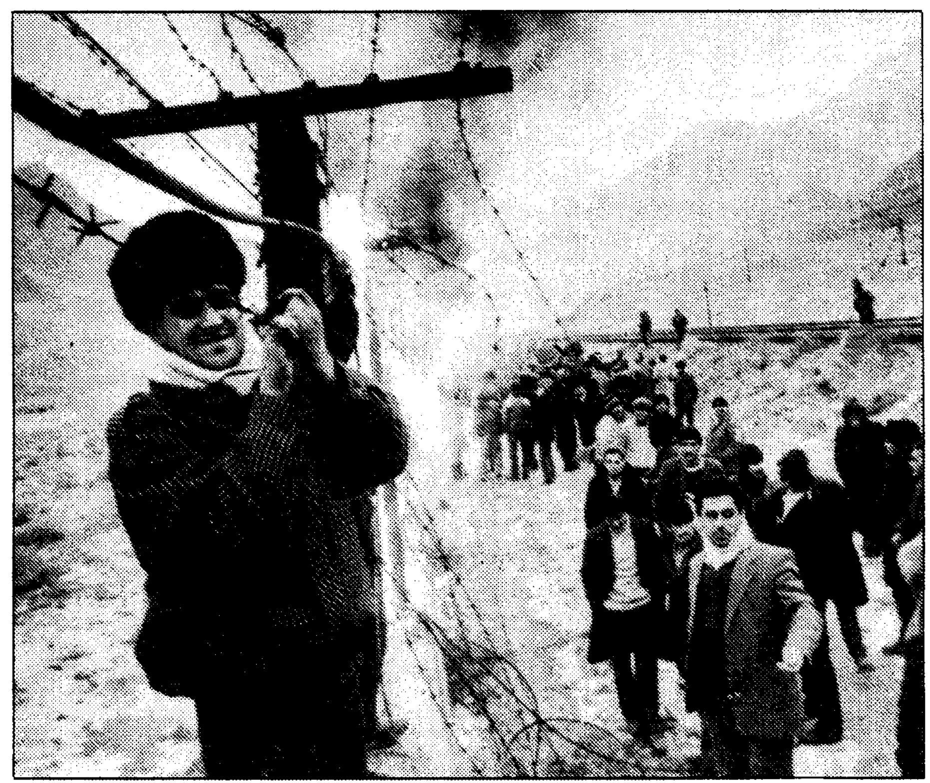
Interessant sind die Pressekommentare zum Staatsbesuch, die Rückschlüsse auf weitere Strategien der Türkei zulassen. Die ausführlichsten Kommentare fanden sich in der rechtsgerichteten Presse. "Türkiye", eine MCP - nahe, sehr auflagenstarke Tageszeitung schreibt: "... der Westen sucht nach Verbindungswegen zu Türkistan. Auch uns erscheint das wünschenswert, um unseren Brüdern einen Anschluß an dieses Jahrhundert zu ermöglichen.... wir sehen uns da nicht nur in der Funktion einer Brücke oder eines neutralen Vermittlers, nein wir müssen aktiv an diesem Prozeß teilhaben, um unsere Brüder dem Imperialismus nicht einfach zu überlassen..."[3]

Erstaunlich ist, daß der Kommentator betont, die Türkei dürfe ihre Chance, sich dem Westen in einer solchen Funktion anzubieten, nicht verpassen. Die MCP hatte sonst immer eher gegen eine, wie auch immer geartete, Westorientierung polemisiert.

Im ebenfalls rechtsgerichteten Blatt "Tercüman" schreibt ein Dr. Andican, seines Zeichens Vorsitzender der "Türkistan-Erforschungs-Stiftung": "....wird Türkistan sich für ein Modell wie Saudi-Arabien oder wie der Iran entscheiden?... die Türkei ist laizistisch und hat es geschafft, gute Kontakte zum Westen aufzubauen. Ja, man kann sagen, sie ist politisch und ökonomisch integriert. Sie kann ein Modell für das junge Türkistan darstellen. Der Westen muß dann seine Furcht vor dem Pantürkismus abwerfen und erkennen, daß das türkische Modell auch das für ihn günstigste ist."[4]

Diese Kommentare decken sich fast mit denen M.A. Birands, des langjährigen EG-Korrespondenten und berühmtesten türkischen Auslandsjournalisten in der Zeitung "Milliyet". Er gilt als der liberale, westorientierte Experte, der dafür bekannt ist, dem türkischen Leser den Standpunkt der EG nahezubringen. Also nicht gerade ein politischer Freund rechtsextremer Kreise. Die Rechtsextremen verpacken ihre pragmatische Politik, den Westen als unbestrittenen Machtfaktor nicht mehr zu ignorieren oder gar zu bekämpfen, nicht selten in die propagandistische Wendung, "es dem Westen zu zeigen, wie groß die Türkei werden kann."

In der Türkei ist sehr wohl bekannt, daß auch der Iran um die Gunst der "neuen Republiken" wirbt. Saudi-Arabien hatte schon direkt nach der Perestroika angefangen, in Usbekistan zu missionieren. Momentan scheint die Türkei jedoch als Garant westlicher Technologie - nicht nur für Aserbaidschan - der geeignetere Partner.



Aserbaidschaner reißen den Grenzzaun zum iranischen Teil Aserbaidschans nieder.

Türkistan als internationaler Trumpf der Türkei

Die neuen GUS-Republiken stellen für die Türkei eine - vielleicht letzte - Chance dar, an internationalem Gewicht zu gewinnen. Immer wieder hatte die Regierung in Ankara versucht, sich als loyale westliche Ordnungsmacht in der Mittelostregion anzubieten. Aus verschiedenen Gründen blieb der politische und ökonomische "Andrang" nach dem Militärputsch 1980 aus. Ihre bislang größte Schlappe erlitt die Türkei aber nach dem Golfkrieg 1991, als sie trotz extrem proamerikanischer Politik keinerlei Funktion bei einer Neuordnung der Region zugesprochen bekam. Solange der Krieg, den das türkische Heer gegen die kurdische Guerilla führt, eher eskaliert als seinem Ende zugeht, wird der Türkei auch eine solche Position nicht zugestanden werden.

Auf der anderen Seite sind der Türkei die Märkte in Syrien, dem Irak, Jordanien usw., die sie mit westlichen Lizenzprodukten in den vergangenen fünf Jahren ganz neu zu erobern begonnen hatte, nun wieder verschlossen.

Die Planungen türkischer Politiker und Unternehmer bleiben nicht bei Aserbaidschan stehen. Im Dezember 1990 fand in Ankara ein erstes Treffen zur Diskussion über die Schaffung der KEIB (Karadeniz Ekonomik Isbirligi Bölgesi - Wirtschaftskooperation Schwarzmeerregion) statt. Initiator des Treffens war der türkische Staatspräsident Özal, Teilnehmer waren Vertreter aus Bulgarien und Rumänien, die damals schon erklärten, das Vorhaben "sehr positiv" zu bewerten und ein Vertreter der UdSSR. Neben ihm waren aber damals schon Repräsentanten aus der Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Rußland anwesend. Später wurden dann Folgetreffen ohne die UdSSR durchgeführt. Neben Aserbaidschan, das ja nicht an das Schwarze Meer grenzt, sollen auch noch andere Türkrepubliken aufgenommen

werden, um "ihnen den Weg zur Küste zu öffnen".

Modell, so heißt es in den Ausführungen der türkischen Wirtschaftsexperten, ist die EG, zu der "in keinem Fall eine Konkurrenz entstehen soll" (was wohl auch eine Nummer zu hoch gegriffen wäre). Erster konkreter Schritt in Richtung Wirtschaftsverbund ist der Beschluß der Gründung einer "Schwarzmeerbank", der im Dezember 1990 gefällt wurde. Am 5.2.92 wurde ein erstes Dokument auf Außenministerebene in Istanbul unterzeichnet. Mitgliedstaaten sind demnach die Türkei, Rumänien, Bulgarien, Ukraine, Rußland, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Die Türkei machte sich aber speziell für die Aufnahme weiterer Turkrepubliken stark.

Diplomatische Beziehungen mit Kirgisien, Tadschikistan und Kasachstan hat sie im Januar diesen Jahres aufgenommen, die ersten Unternehmerdelegationen sind bereits in diese Länder unterwegs. Mit dem Schwarzen Meer hat etwa Tadschikistan zwar herzlich wenig zu tun, die Öl-, Gas- und Uranreserven dieser Republiken würden den Verbund aber zweifelsohne bereichern. "...was wird die EG zu einer Türkei sagen, die selbst einen Markt von 65-70 Mio. Menschen darstellt, die als Hinterland Transkaukasien, Zentralasien, den muslimischen Teil des Balkan und einen Teil des Mittleren Ostens haben wird?...in ein paar Jahren wird Brüssel die Türkei anflehen, doch Mitglied zu werden. Doch dann tut die Türkei gut daran, noch einmal nachzudenken..."[5], schreibt ein eigentlich nicht extrem nationalistischer Kommentator in der sozialdemokratischen Tageszeitung "Cumhuriyet". So läßt sich eigentlich das erste Mal in diesem Jahrzehnt ein außenpolitischer Konsens im gesamten legalen Spektrum türkischer Politik feststellen.



Bananenrepubliken in Zentralasien

Bis Brüssel es jedoch für angebracht hält, in Ankara klinkenputzen zu gehen, müssen noch einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Noch kann Aserbaidschan z.B. nur über 7% seines geförderten Erdöls verfügen, noch gibt es heftige Diskussionen über Uran-, Öl- und Gasförderung in allen Republiken. In einer Artikelserie über die aktuelle Situation der "Povinzen unseres Mutterlandes" (gemeint sind natürlich die Turkrepubliken) greift der türkische Journalist Ali Sirmen in der Tageszeitung "Milliyet" dieses Problem auf:

"Die Arbeitsteilung innerhalb der ehemaligen Sowjetunion hat sehr kuriose Resultate hervorgebracht. So finden wir eine regelrechte Bananenrepublik mitten in Zentralasien. Zwei Drittel aller sowjetischen Baumwolle wurde in Usbekistan produziert. Um die Produktion zu maximieren wurde zuviel Dünger verwendet, das dilettantische Bewässerungssystem hat den Aralsee ausgetrocknet. Gold aus Usbekistan kaufte Moskau bislang weit unter Preis ein. Wie wird es nun weitergehen? Werden Kasachstan Erze, Kirgisien Erdgas, Gold und Uran, Usbekistan Baumwolle und Aserbaidschan Öl in absehbarer Zeit nicht mehr an Moskau, sondern wirklich ans Ausland verkaufen können?..."[6]

Was Ali Sirmen hier formuliert ist nur eine der Fragen, die noch ernste Hindernisse auf dem Weg zu einer funktionierenden KEIB darstellen. Eine weitere bezieht sich auf Konkurrenten der Türkei um die Vorherrschaft in Mittelasien. Von intensiver Propagandatätigkeit Saudi-Arabiens vor allem in Usbekistan kann schon seit 1988 geredet werden. Für die Saudis spricht, daß sie wesentlich besser in der Lage sind, das nötige Geld für Investitionen und Entwicklungsprogramme aufzubringen; gegen sie spricht ihre geographische Lage, die sich nicht gerade als Brücke zum Westen anbieten würde.

In erster Linie ist jedoch der Iran als möglicher Konkurrent der Türkei zu nennen. Mindestens ebenso stark wie die Türkei kann er sich auf "historische Rechte" berufen. Seit Ausbruch der Kuwaitkrise hat der Iran mit seinem - für viele überraschenden - gemäßigten Verhalten signalisiert, daß er trotz allem Fundamentalismus Wirtschaftsbeziehungen, vor allem mit Westeuropa, höher schätzt als unbedingte religiöse Solidarität. Nur so kann seine extreme Zurückhaltung in Bezug auf die schiitischen Aufstände im Südirak gedeutet werden. Im vergangenen Jahr war es vor allem die Bundesrepublik, die auf die Signale des Iran antwortete. Wiederaufbauhilfe und Wirtschaftsabkommen stehen nun auf der Tagesordnung. Auch der Iran scheint darauf zu setzen, neben Religionsbruderschaft - für die die zumeist sunnitischen Bewohner der Republiken nicht allzuviel übrig haben dürften - auch Zugang zu westlicher Technologie zu bieten.

Ohne in den euphorischen Chor der türkischen Leitartikler miteinzustimmen, muß eingeräumt werden, daß die Türkei in diesem Wettlauf zumindest zum gegebenen Zeitpunkt einen erheblichen Vorsprung hat. Vor allem, was die von Aserbaidschan immer wieder geforderten Experten angeht, ist der Iran sicherlich überfordert. Noch im September 1991 hatte die iranische Regierung während der Ausweisung von etwa 200 000 irakisch-kurdischen Flüchtlingen aus dem Iran diejenigen mit Gewalt zurückgehalten, die Ingenieure waren oder über Fremdsprachenkenntnisse verfügten, um den eigenen Mangel an Experten auszugleichen. In der Türkei konnte in den vergangenen zehn Jahren schon eine Expertengeneration, die mit Systemen von Siemens, Daimler, Sandoz, General Elektrics u.ä. vertraut ist, heranwachsen.

Informationen über die Haltung verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen und der Bevölkerung der Republiken zu einer Hinwendung an die Türkei gibt es wenig. Sicherlich übertrieben sind Schilderungen der türkischen Presse, die

von einer "Sehnsucht nach der türkischen Mutternation" sprechen. Fest steht aber, daß die türkische Politik sich auf weitverbreitete Trends, Neuerungen umso mehr zu akzeptieren, je westlicher sie erscheinen, stützen kann.

Zusammenschluß im Interesse der Industrienationen

Ein weiterer Faktor, von dem das Zustandekommen der KEIB wesentlich abhängen wird, ist das Verhalten eben dieser Technologielieferanten, der Industrienationen also. Momentan scheint die Türkei tatsächlich in beide Richtungen die Funktion eines Vermittlers wahrzunehmen. Was aber, wenn sich die mächtigen Industrienationen entschließen, ihre Kontakte direkt aufzubauen? Erste Reisen kirgisischer und tadschikischer Delegationen nach Washington haben im vergangenen Jahr stattgefunden. In Usbekistan hat die nordamerikanische Firma Newmont ein Abkommen mit der Regierung über gemeinsame Goldförderung abgeschlossen.

Die Antwort auf diese Frage kann zunächst nur spekulativer Art sein. Es gibt jedoch durchaus Anhaltspunkte dafür, daß ein regionaler Zusammenschluß auch zumindest vorläufig im Interesse der Industrienationen sein kann. So haben sich die USA z.B. Ende vorigen Jahres entschlossen, zusammen mit der türkischen Petrosan, in und um das Kaspische Meer Öl zu suchen. Die Organisation der Initiative wurde der türkischen Petrosan überlassen.

Wie schon aus den Ausführungen dieses Artikels hervorgeht, würden die einzelnen KEIB-Mitglieder sich in vielerlei Hinsicht ergänzen: eine Reihe mehr oder weniger unterentwickelter Rohstofflieferanten in Zentralasien, deren infrastrukturelle Mankos nicht notwendigerweise sofort alle verbessert werden müßten und eine Art Industriegürtel - Aserbaidschan eingeschlossen - um das Schwarze Meer, das Zugang zu wichtigen Transportwegen bietet. Fast alle der Turkrepubliken sind Energieexporteure, die KEIB könnte also auch in dieser Hinsicht autark sein. Mit anderen Worten, innerhalb dieses Verbundes könnten von den Mitgliedern selber ideale Investitionsbedingungen auch für das (westliche) Auslandskapital geschaffen werden. Zu einem echten Konkurrenten, der sich, um mit der Cumhuriyet zu sprechen, "überlegen kann, ob er sich mit der EG einlassen will", könnte sich die KEIB allerdings über lange Zeit nicht entwickeln.

Die Türkei, die sich als Motor und Technologielieferant des Verbundes definiert, ist ausschließlich auf Lizenzproduktionen angewiesen, die Technologie, die sie zu bieten hat, ist (mit Ausnahme der F 16 Marke Eigenbau, von denen schon das zehnte Versuchsflugzeug abgestürzt ist) in keiner Beziehung ihre eigene. Über größere Erfahrung verfügen türkische Baugesellschaften. Nicht selten hatten diese Baufirmen mit Arbeitern aus den Balkanstaaten gearbeitet - die Firma ENKA hatte im Irak, wo sie im Staudammbau tätig war, ca. 50 000 rumänische Arbeiter angestellt - es gibt also "KEIB Kontakte" auf die zurückgegriffen werden könnte.

Es kann also zusammengefaßt werden, daß es sich die Industrienationen angesichts der momentanen weltpolitischen Konjuktur durchaus leisten können, der Errichtung eines Wirtschaftsbundes zuzusehen, um sich dann der so entstandenen Märkte oder auch Investitionsmöglichkeiten zu bedienen.

> Deutscher Bundestag
> Stenographischer Bericht
> 73. Sitzung vom 23. Januar 1992
>
> **Staatsminister Helmut Schäfer:**
>
> "Kollegin Ganseforth, (...) Sie müssen sich bei dem von Ihnen gebrauchten Wort Freundschaft auch einmal deutlich machen, was für ein Eindruck in einem Land entsteht, wenn sich der **Deutsche Bundestag** immer wieder von neuem, nahezu ausschließlich, mit **Menschenrechtsproblemen in der Türkei** beschäftigt und als Begründung dafür angegeben wird, es handele sich dabei um ein NATO-Land, und wenn Sie feststellen müssen, daß in keinem anderen Land eine moralisch vergleichbar hochangelegte Debatte mit dem Ziel der Verurteilung der Türkei erfolgt, wie es hier der Fall ist.
>
> Das schließt nicht aus - das möchte ich von Anfang an dazusagen -, daß wir nicht ein Recht dazu hätten, daß wir nicht besorgt sein müßten und daß uns dort vieles nicht gefällt, aber ich muß Ihnen wirklich sagen: Von der Häufigkeit der **Türkei-Debatten im Bundestag** hat man in der Türkei durchaus Kenntnis genommen, und man hat daraus auch Schlüsse gezogen, die ich ungern sehe. (Hervorhebungen im Original)

Unklar ist aber noch, ob sich die Industrienationen in Bezug auf eine eventuelle KEIB konform oder konkurrent verhalten werden. Der langjährige Washington-Korrespondent der "Cumhuriyet", Ufuk Güldemir, berichtete am 31.1.92 über die GUS-Hilfe-Konferenz in Washington auf der die Türkei zum "Abwickler" eines Teiles der Hilfeleistungen bestimmt wurde: "Die Tatsache, daß die USA die Notwendigkeit einer Folgekonferenz sehen und diese in der Türkei abhalten wollen, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie Europa nicht völlig vertrauen. Die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, hätten es bevorzugt, alles über die osteuropäischen Staaten abzuwickeln und diese damit zu unterstützen. Sie wollten der Türkei eine solche Rolle nicht zukommen lassen...."[7]

Noch ist es zu früh, aus diesen Ausführungen eine europäisch/amerikanische Konkurrenz zu prognostizieren. Vorerst hat sich die nordamerikanische Option durchgesetzt: ein nicht unwesentlicher Teil der multinationalen Hilfsaktion "Provide Hope" für verschiedene GUS-Republiken geht seit dem 9.2.92 über türkische Häfen und Flughäfen.

Allgemein läßt sich sagen, daß die Meinungen vor allem der USA und Deutschlands seit Ausbruch der Kuwaitkrise immer wieder auseinandergingen. Die USA verlegten sich z.B. zunehmend darauf, in der Türkei die "harte Linie" des Generalstabes in Bezug auf die Befriedung Kurdistans zumindest stillschweigend zu billigen, während die Bundesrepublik zum Teil sehr scharfe Kritik an dieser Linie äußerte und sich darauf verlegt hatte, den Reformern den Rücken zu stärken. Dieses Beispiel ist nicht ohne Belang für die in diesem Artikel diskutierte Frage. Neben all den aufgeführten Unsicherheiten hat nämlich die Türkei selbst ihre Bewährungsprobe als Motor und Zentralmacht der eventuellen KEIB noch nicht bestanden. Auch hier stolpert sie bislang noch über den gleichen Stein, der schon auf ihrem Weg zur "Ordnungsmacht des Mittleren Ostens" lag: zwischen der Türkei und Aserbaidschan liegt Kurdistan. Der Landweg (Pipeline) von Aserbaidschan ans Mittelmeer führt fast ausschließlich durch kurdisches Gebiet. Die Auseinandersetzung mit der kurdischen Befreiungsbewegung ist in den vergangenen Jahren zunehmend eskaliert. An diesem Punkt stimmt es nicht gerade optimistisch, daß diejenigen, die seit langem eine "schnelle, blutige" Lösung der Kurdenfrage fordern, die gleichen sind, die "ihren Brüdern mit der Wolfsflagge" in Aserbaidschan tatkräftige Unterstützung haben zukommen lassen.

Alles in allem läßt sich die konkrete Entwicklung um das Schwarze Meer und in Zentralasien noch nicht klar voraussagen. Die oben angeführten Perspektiven scheinen mir aber wichtig genug, die Türkei-GUS-Kontakte aufmerksamer zu verfolgen, als das bislang der Fall gewesen ist.

Lissy Schmidt

Anmerkungen

1. Ronald Grigor Suny, Baku Komünü, Istanbul 1990, S.30
2. Ocak 3/90
3. Türkiye, 17.1.92
4. Tercüman 17.1.92
5. Cumhuriyet 31.1.92
6. Milliyet 30.1.92
7. Cumhuriyet 31.1.92



UNCED-INFO (4)



Schutz der Wälder vernachlässigt

Sollte auf der UNCED- Konferenz in Rio ein echter Fortschritt für die Erhaltung der tropischen Regenwälder erzielt werden, müßte ein deutlich stärkeres Gewicht auf den Erhalt noch intakter Waldgebiete sowie auf die Stärkung der Rechte im und vom Wald lebender Menschen gelegt werden.

Der Erhalt der Wälder wird einer der wichtigsten Diskussionspunkte der UNCED-Konferenz sein. Gegenwärtig arbeiten die Verhandlungspartner an einer Aufstellung von Prinzipien zum Schutz der Wälder, die auf der Konferenz unterzeichnet werden sollen. Zusätzlich werden die zu unterzeichnenden Konventionen zu den Themen Klima und biologische Artenvielfalt Vorschläge zum Schutz der Wälder enthalten müssen, da die Zerstörung der Wälder in beiden Bereichen eine wichtige Rolle spielt. Selbstverständlich wird auch die anvisierte Agenda 21, die neue Wege der Verknüpfung von Entwicklungszielen und Umweltschutz erarbeiten soll, ein Kapitel über die Wälder der Erde enthalten.

Die gegenwärtigen Positionen in den Entwürfen sind, was die Schutzfrage anbelangt, noch sehr vage. Bislang ist lediglich an den Schutz einzelner ausgewiesener Waldgebiete gedacht, die für "repräsentativ und einzigartig" gehalten werden. Dies ignoriert die erhebliche Bedeutung der Existenz großer, zusammenhängender Waldgebiete für das Weltklima und die biologische Artenvielfalt. Der Schutz aller noch intakten Primärwälder und nicht nur einiger Inseln sollte stattdessen als das wesentliche Ziel künftiger Waldpolitik formuliert werden.

Ebenfalls einer klareren Formulierung bedürfen die Vorschläge zu den Rechten der Waldbewohner. Bislang wird verlangt, die Rechte und Interessen der Waldbewohner zu respektieren und bei der Ausarbeitung nationaler Strategien zum Schutz der Wälder zu berücksichtigen. Diese schwammige Formulierung garantiert den Waldbewohnern nicht, als gleichwertige Partner im politischen Entscheidungsprozeß, der schließlich ihren unmittelbaren Lebensraum betrifft, behandelt zu werden. Es sollte daher die Forderung aufgestellt werden, die Kontrolle der indigenen Völker über ihren Lebensraum zu legalisieren und keine Entscheidungen über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen hinweg zu treffen.

Die aufgestellten Forderungen sollten nicht bedeuten, den ökonomischen Wert der Waldressourcen zu ignorieren. Wir sollten nur endlich dazu gelangen, alle Werte der Regenwälder zu berücksichtigen. Die Wälder bilden den Lebensraum für weit über die Hälfte aller Pflanzen- und Tierarten, sie spielen eine wichtige Rolle für das lokale wie globale Klima, sie sind eine schier unerschöpfliche Quelle neuer medizinischer Heilstoffe und ein nicht zu ersetzender Lebensraum für zahlreiche Völker. Den Wald ausschließlich wegen seines Holzes zu nutzen, wäre eine sinnlose Verschwendung seiner Ressourcen.

Fran Spivy-Weber
(U.S. Task Force on Global Forests)

Massenzeitung zu UNCED

Das Informationszentrum Dritte Welt hat sich zur Aufgabe gemacht, die UNCED- Konferenz kritisch zu begleiten. Eines unserer Ziele ist es, mit einer "Massenzeitung" eine breite Öffentlichkeit für das Thema Umwelt und Entwicklung zu sensibilisieren sowie Hintergründe und Zusammenhänge zwischen ökologischen und entwicklungspolitischen Fragestellungen aufzuzeigen, um engagierten Einzelpersonen und Gruppen im Dritte-Welt- und Umweltbereich, Gewerkschaften, Lehrern etc. geeignetes Material für Aktionen, Veranstaltungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Die "Massenzeitung" soll das Format einer Tageszeitung und einen Umfang von ca. acht Seiten haben. Inhaltlich sind folgende Themen vorgesehen: Ökologische Probleme in Afrika, Asien und Lateinamerika; kritische Einschätzung der UNCED-Konferenz, die Debatte über die Berechtigung von Eingriffen in die nationalstaatliche Souveränität, die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen neuer Entwicklungskonzepte sowie Informationen, Adressen und Materialhinweise.

Um einen hohen Verbreitungsgrad zu gewährleisten, soll der Stückpreis der "Massenzeitung" 0.20 DM nicht überschreiten. Da wir bei der Planung kein allzu großes finanzielles Risiko eingehen können, brauchen wir bereits vor dem Druck feste Zusagen von interessierten Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, eine bestimmte Menge abzunehmen. Teilen Sie uns also bitte möglichst bald mit, wieviele Exemplare Sie bestellen möchten. Bei Interesse verschicken wir auch eine detaillierte Gliederung.

Bestelladresse:
Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
7800 Freiburg
Tel.0761/74003

Indigene Völker verlangen eigene Stimme

Kuna-Indianer werfen in einer Stellungnahme der UNCED-Konferenz vor, sie ignoriere in ihrem Vorbereitungsprozeß die Probleme indigener Gesellschaften.

Etwa 31800 Kuna-Indianer bewohnen die Küstenregionen Panamas sowie das Mulata-Archipel, das aus 360 kleinen Inseln besteht. Für die Kultur der Kuna, die nach Meinung verschiedener Archäologen über 3000 Jahre alt ist, hat der Wald nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine religiös-kosmische Bedeutung. Die Kuna haben über die Jahrhunderte ihre eigene Technik entwickelt, den Wald gleichzeitig zu nutzen und zu erhalten.

Oswaldo de Leon Kantule, ein Sprecher der Kuna, kritisierte, daß UNCED lediglich ein Forum für Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen biete, die Indianer, "die eigentlichen Verteidiger von Mutter Erde", aber außen vor lasse.

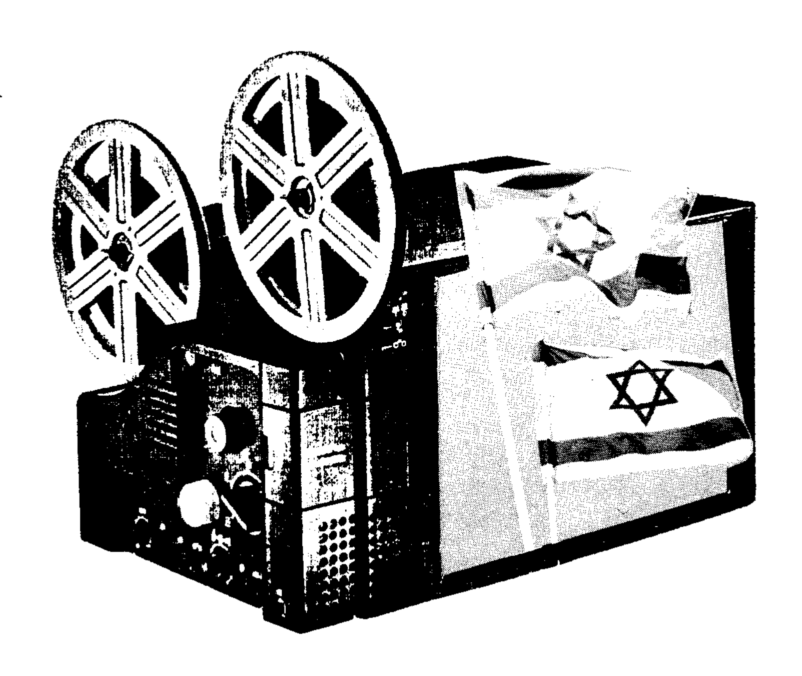
"Eine fundamentale Frage, die die Konferenz diskutieren muß, ist das Recht der Indianer, ihr Land auf ihre Art zu nutzen", sagte de Leon,"...sollte es in dieser Frage keine Einigung geben, bleibt den indigenen lateinamerikanischen Völkern nichts als die Luft zum Atmen und das bißchen Land, das ihnen gelassen wird."

Die Tatsache, daß es sein Volk geschafft habe, den Wald über 500 Jahre der weißen Kolonisierung hinweg zu erhalten, dürfe, so der Kuna Benjamin Avila, nicht vergessen werden. Die UNCED- Konferenz müsse daher die Indianer als die wahren Umweltschützer anerkennen und ihnen ein angemessenes Forum bieten, auf dem sie nach fünf Jahrhunderten der Ausbeutung und Ausrottung ihre Forderungen endlich aussprechen könnten.

Quelle:
inter press service, Februar 1992
Übersetzung: Michael Knüfer

Neues Kino in Israel

Der 'gute Araber' und der orientierungslose Israeli



Die israelische Filmwissenschaftlerin Nurit Grez wurde nach einer Gastvorlesung in Kairo von ägyptischen Zuhörern gefragt, warum eigentlich die Araber in dem israelischen Film "Avanti Popolo" aus dem Jahr 1986 so schlecht wegkämen. Nurit Grez war sprachlos. So offensichtlich waren für sie gerade in diesem Streifen die Araber die besseren Menschen: Sie hassen den Krieg und wollen Versöhnung. Die ägyptischen Zuhörer belehrten Grez, was nicht stimmte: die Charaktere seien zu weich, nicht authentisch.

Nurit Grez, die kürzlich auf einer Tagung zum Neuen israelischen Kino (1982-1991) in der Evangelischen Akademie Arnoldshain über "Die Darstellung des Arabers im israelischen Film" informierte, will mit dieser Anekdote die Relativität von Sichtweisen verdeutlichen. In Wirklichkeit fiel sie vermutlich nicht aus allen Wolken, als ihre arabischen Zuhörer sich beschwerten. In ihren eigenen Analysen nämlich kommt sie zu dem selben Schluß: die Figur des Arabers im neuen politischen Kino Israels ist ein Konstrukt nach einer israelischen Blaupause, die wenig mit der Realität zu tun hat, dafür sehr viel mit Sehnsüchten und Problemen jüngerer Israelis.

Wenn zum Beispiel Haim Buzaglo in seinem Film "Fiktive Hochzeit" die palästinensischen Bauarbeiter solidarisch handeln läßt - sie beschließen, gemeinsam für den Mist, den einer von ihnen gebaut hat, gerade zu stehen - so läßt das auf tief verankerte Sehnsüchte nach einem solidarischen Kollektiv schließen. Und wenn im selben Film der arabische Hotelangestellte sich nicht mitreißen läßt von seiner israelischen Kollegin, die nichts sehnlicher wünscht, als ins "gelobte Land" USA auszureisen, und standhaft sagt "ich bleibe hier, hier ist mein Land", so ist das eine klare Projektion: der Araber als der bessere Israeli, als der Zionist, der nicht von seinem Boden weicht.

Die politischen Filme der achtziger Jahre, die, von einigen Ausnahmen abgesehen, das Verhältnis zwischen Israelis und Arabern thematisieren, sind Nurit Grez zufolge Antworten auf den Vormarsch rechtsnationalistischer Ideologien in Israel und zum anderen Zeugnisse einer sich unter Linksintellektuellen in Israel - zu denen sie die Autoren des politischen Films in Israel zählt - ausbreitenden Identitätskrise bzw. Krise in der Identifikation mit ihrer Nation. Fast alle Autoren stellen in ihren Werken nationale Identitäten in Frage und experimentieren mit neuen Konstellationen, etwa mit dem freundschaftlichen Miteinander von Israelis und Arabern.

Für die deutschen TagungsteilnehmerInnen in Arnoldshain (etliche Teilnehmer-Innen kamen aus Israel) waren vermutlich "Fiktive Hochzeit" von Haim Buzaglo (1988) und "Cup Final" von Eran Riklis (1991) die beeindruckendsten Filme. Sie bestechen durch einen hintergründigen Humor, den man im deutschen Kino vermißt, und durch rasante Wechsel zwischen Heiterkeit und Tragik, dezenter Ironie und bitterster Satire.

Zum Beispiel "Cup Final" von Eran Riklis. In Gedanken ist Cohen, ein israelischer Reservist, schon ganz bei der Fußball-WM in Barcelona, Flugticket und Eintrittsbillets bereits in der Tasche, als er kurzfristig noch eingezogen wird zu Begins Libanonfeldzug (Sommer 1982). Es kommt noch härter: nach seinem ersten Einsatz im Südlibanon wird er von einem PLO-Trupp gefangengenommen. Das ist die skurrile Ausgangssituation, von der aus Riklis seine Geschichte entwickelt, in deren Zentrum die freundschaftliche Annäherung zwischen dem Gefangenen und den PLO-Leuten steht.

Die Geschichte ist reichlich garniert mit witzigen Details. "Halten Sie sich an die Genfer Konvention (zum Schutz von Gefangenen und Zivilbevölkerung im Krieg) ?" Diese Frage stellt Cohen, während einer der Palästinenser ihm die Hände fesselt. Die Szene ist witzig und hintergründig zugleich. Bekanntlich weigert sich Israel, sich in den besetzten Gebieten an die Bestimmungen der Genfer Konvention zu halten. Cup Final ist kein Antikriegsfilm, der aufrütteln will, schon eher eine Kriegssatire, in der der Krieg nur am Rande vorkommt. Cohen, der israelische Reservist, ist alles andere als ein guter Soldat. Wenn er sich mit etwas identifizieren kann, dann nicht mit den Kriegszielen seiner Nation, sondern mit der italienischen Fußballnationalmannschaft. Das ist übrigens sein Glück: auch die Palästinenser, denen er in die Hände fällt, glühen vor Begeisterung für die Italiener. Ein reiner Zufall also sorgt für die Annäherung von Israeli und Palästinensern - Cohen hätte ebenso auf Argentinien-Fans stoßen können. Durch solchen Witz vermeidet der Film billiges Versöhnungspathos.

Fiktive Hochzeit" - eine Filmkomödie von Haim Buzaglo aus dem Jahr 1988 - spielt von den gezeigten Filmen am verwegensten mit dem israelischen Selbstverständnis und mit dem israelisch-arabischen Verhältnis. Eldad,

ein Lehrer aus Tel Aviv, macht in punkto Identität tabula rasa und experimentiert mit neuen Identitäten. Für die Angestellte eines Hotels, wo er für die Zeit seines Experiments absteigt, spielt er den nach USA ausgewanderten Israeli, der zu einer Stippvisite nach Tel Aviv zurückgekehrt ist. Tagsüber jedoch erprobt er sich auf einer Baustelle als Palästinenser. Er markiert den Stummen und wird von seinen Arbeitskollegen aus dem Gazastreifen als einer der ihren akzeptiert.

Doch die Idylle trügt. Als eines Tages die Arbeitskollegen von Eldad einen alten Autoreifen anschleppen und aus ihm eine Schaukel für israelische Kinder machen, gibt es ein böses Erwachen. Während Eldad die Kinder beim Spiel beobachtet, bricht bei ihm ein elementares Mißtrauen durch. Der Topos von kindermordenden arabischen Terroristen schießt ihm in den Kopf. Eine Bombe im Autoreifen? - eine Bombe in seinem Kopf. Wie ein Besessener beginnt er zu schreien. Damit ist Eldads Experiment beendet. Er ist wieder Israeli und der Film ist aus dem Komödienhimmel auf den Boden der israelisch-palästinensischen Realität zurückgekehrt. Eldad geht zu Frau und Kindern zurück.

"Mein Ziel war ein Film, der auch rechte Kreise in Israel erreicht", erzählte in Arnoldshain Regisseur Haim Buzaglo. "Daher die Form der Komödie". Mit der fiktiven Bombe will er die Heiterkeit seiner Zuschauer hinwegfegen. Sie sollen das Kino mit dem beschämenden Gefühl verlassen, daß sie über sich selbst gelacht haben.

Eine pfiffige Machart und eine starke Geschichte sind aber in Israel keine Garantie für einen Kinoerfolg. Das zeigt am deutlichsten das Beispiel von Eran Riklis' "Cup Final". Der Film, so berichtete Eran Riklis in Arnoldshain, kam in Israel gar nicht gut an. Mit seiner Message "Versöhnung, Friede, Humanität" tat sich das israelische Publikum ausgesprochen schwer und mit dem palästinensischen Protagonisten, dem eigentlichen Filmhelden, wollte es sich nicht identifizieren.

Vielleicht hat Schimon Peres von der israelischen Arbeiterpartei vielen Israelis aus der Seele gesprochen, als er sich nach der Uraufführung des Films in Israel bei Regisseur Riklis darüber beschwerte, daß gerade der Chef der Palästinenser nach dem Vorbild des amerikanischen Spielfilmhelden geraten war (großgewachsen, blauäugig, cool - Muhammad Bakri), während der israelische Soldat eher als Antiheld daherkommt - klein und linkisch (Moshe Ivgi).

isar

Der lange Kampf der Sahrauis



aus: Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne. **Foto: Günay Uluntuncok.**

Zu Politik, Geschichte und Gesellschaft der Westsahara ist im Horlemann-Verlag nun das Buch: "Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne" erschienen. Der Kölner Journalist Karl Rössel hat in diesem umfangreichen Werk zahlreiche Fakten zur Geschichte und Gesellschaft der Sahrauis zusammengetragen. Schon deshalb wird es zu einem Standardwerk werden. Die 400 Seiten von "Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne" sind jedoch nicht nur sorgfältig recherchiert, sondern auch spannend zu lesen, und hier liegt ein wesentlicher Vorzug des Buches.

Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne" enthält eine Mischung aus Reportagen, Berichten und Interviews zu Themen wie Geschichte und Gesellschaft der Nomadenstämme, Beginn der kolonialen Besetzung, Ausbeutung der Bodenschätze durch die Spanier und ihre Folgen, bundesdeutsche Hilfe für Marokko, die Organisierung der Frente Polisario, Entwicklung der sahrauischen Gesellschaft im Exil, das geplante Referendum u.a., dazu zahlreiche Details und Anmerkungen sowie einige Landkarten.

Insbesondere geht der Autor auf die Beteiligung bundesdeutscher Politiker und Unternehmen ein und bemüht sich, die Vorgänge in weltpolitische Zusammenhänge einzubetten. Denn allein im internationalen Kontext wird der Konflikt um die Westsahara verständlich, werden Untätigkeit westlicher Regierungen und bürgerlicher Medien erklärbar, wird deutlich, welche zukünftige Rolle die westlichen Regierungen der UNO zubilligen.

Die Sahrauis wissen, daß ihr Schicksal letztendlich nicht in Rabat, El Aaiun oder Algier, sondern in Washington, Brüssel, Madrid, Paris und Bonn entschieden wird. Nur eine internationale Öffentlichkeit wird sie ihrer Selbstbestimmung näher bringen. Dieses Buch ist ein wichtiger Beitrag dazu.

nada

Karl Rössel, Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne, Westsahara: Der vergessene Kampf für die Freiheit, Horlemann-Verlag, Bad Honnef 1991, 416 (!) Seiten, DM 29,80

Afrika in den neunziger Jahren
Kein Zustand dauert ewig?

AuslandskorrespondentInnen in Afrika: In keinem anderen Kontinent ist ihre Aufgabe derart auf Katastrophenberichterstattung beschränkt. Sie fliegen von Land zu Land, um Informationen aus erster Hand sowie O-Töne zu den Themen Hunger, Bürgerkrieg, Flüchtlingselend, Verwüstung, Slums und, nicht zu vergessen, aus dem tiefen Sumpf der Korruption zu ergattern. Das Ergebnis ihrer Bemühungen finden wir alltäglich in unseren Medien: Schlaglichter statt Hintergrundberichte, Aneinanderreihung von Zahlen und Fakten statt politischer Analysen.

Journalismus als vieldimensionierte Beschränktheit". So beschreiben Uwe Hoering und Christa Wichterich ihr Aufgabenfeld. Beide haben als Afrika-Korrespondenten gearbeitet und zahlreiche Berichte in Tageszeitungen veröffentlicht. Für ihren im Dezember 1991 erschienenen Band 'Afrika in den neunziger Jahren - Kein Zustand dauert ewig' haben sie ihre Reportagen durch Hintergrundinformationen ergänzt und versuchen so, einige der "Beschränktheiten" abzubauen. Herausgekommen ist ein Buch, mit dem sich ein weiter LeserInnenkreis einfach und schnell einen Überblick über die aktuelle Situation in vielen Ländern Afrikas verschaffen kann.

Zum Beispiel Mauritius. Hervorragend läßt sich nach Meinung der AutorInnen an diesem Länderbeispiel die Geschichte der abhängigen Entwicklung aufzeigen. Von der kolonialistischen Monokulturwirtschaft zur neokolonialistischen Vermarktung der Insel als Ferienparadies und zum Ausverkauf an ausländische Investoren - Mauritius hat sich hervorragend an die jeweiligen Bedingungen des Weltmarktes angepaßt. Dramatisch erscheinen die Zahlen, die die Besitzstruktur kennzeichnen: Auf 92 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird Zuckerrohr angebaut; zur Hälfte gehört dieses Land 19 Zuckerbaronen, die andere Hälfte teilen sich 34 000 Pflanzer! Aber auch in anderen Bereichen klafft die Schere zwischen arm und reich weit auseinander. Wie kaum ein anderes Land setzt Mauritius auf Tourismus der Luxusklasse und stellt dafür die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung. Bei ausländischen Investoren wirbt Mauritius mit Billiglöhnen und seinem relativ stabilen politischen und sozialen Umfeld. Bis jetzt zogen diese Standortvorteile hauptsächlich Textilunternehmen an. Nach einem kurzen Wirtschaftswunder macht sich jetzt allerdings angesichts der starken Konkurrenz v.a. aus Südostasien und der technologischen Weiterentwicklung im Textilbereich Skepsis breit.

Nichts Neues aus Ruanda: Das zentralafrikanische Land kann mittlerweile nicht ohne Nahrungsmittelhilfe auskommen. Die Regierung gibt Parolen zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion aus und verordnet gleichzeitig den Anbau von Exportprodukten wie Kaffee und Tee, um Devisen zu erwirtschaften. Kleinbauern mußten ihre fruchtbaren Felder in den Flußtälern verlassen, weil dort Zuckerrohr angebaut werden sollte. Diese Importsubstitutionsstrategie nützt nur der kaufkräftigen Stadtbevölkerung und marginalisiert ländliche ProduzentInnen. Entwicklungshilfe fließt reichlich, allerdings wurden damit nach Meinung der AutorInnen die falschen Projekte finanziert, z.B. in der bürokratischen Verwaltung und überzogen moderner Infrastruktur. Heute setzt die Regierung auf neueste Agrartechnologie. Wie die allerdings auf Dauer finanziert werden soll, bleibt unklar.

Zum Beispiel Demokratisierung: Welche Chancen haben die Oppositionsbewegungen in Afrika? Was verbirgt sich hinter dem Schlagwort 'Demokratisierung' überhaupt? Anhand der Länderbeispiele Uganda, Nigeria, Benin und Sierra Leone untersuchen die AutorInnen die jüngsten Entwicklungen in Afrika. Ihre Schlußfolgerungen sind von Skepsis getragen. Zum einen haben es in den meisten Ländern die Oppositionsbewegungen nicht geschafft, eine gemeinsame Organisationsform zu finden, was in unzähligen Splittergruppen und -parteien zum Ausdruck kommt. Zum anderen sind die alten Machthaber trotz zeitweilig wackelnden Stühlen nach wie vor am Ruder. Dazu trägt nach Meinung der AutorInnen auch die Haltung westlicher Regierungen bei, die keinen der Staatschefs bisher fallengelassen haben. Aber auch die ökonomische Krise läßt Zweifel eine 'Demokratisierung des Entwicklungsprozesses' aufkommen: "Über die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents wird längst in Washington, Brüssel oder Paris entschieden. Die Strukturanpassungsprogramme können nicht verweigert werden. Und die Weltmarktbedingungen liegen ohnehin jenseits aller nationalen Demokratisierung. Die Souveränitätsrechte der meisten Regierungen, egal ob demokratisch oder nicht, sind praktisch längst außer Kraft gesetzt, die neuen Hoffnungsträger erben eine leere staatliche Fassade ohne reale Wirtschaftsmacht." (S. 235)

Nach diesen Länderberichten drängt sich die Frage auf, welchen Schluß man/frau denn aus ihnen ziehen soll. Die achtziger Jahre- ein verlorenes Jahrzehnt für Afrika, die neunziger Jahre- keine Anzeichen für Veränderung? Weshalb dann der optimistische Titel "Kein Zustand dauert ewig"?

Erst ganz am Schluß des Buches richtet sich der Blick der AutorInnen nach vorne: Nach Perspektiven und Alternativen wird gesucht. Hier finden sich - auf wenigen Seiten zusammengefaßt - die Forderung nach Schuldenstreichung, die Diskussion pro und contra Marktwirtschaft und Ansätze einer Selbsthilfe des Südens z.B. durch Gründung der Afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft. Bis dahin wird der/die LeserIn mit ihrem "Afro-Pessimismus" alleingelassen. Haben die AutorInnen mehr geleistet, als Alt bekanntes zu wiederholen - zugegebenermaßen mit neuen Zahlen und Beispielen? Auch fehlt dem Buch stellenweise der rote Faden, abgesehen vom Oberthema "Weltsozialfall Afrika" wird (fast) jedes Land und jedes Thema gestreift. Andererseits muß dem Buch zugute gehalten werden, daß es durch seinen Reportagestil und die vielen anschaulichen Beispiele bestimmt breiteres Interesse für Afrika weckt, als für Kenner der Szene geschriebene Trockenanalysen. Und stärkeres Interesse für die Länder des Südens ist mehr denn je notwendig.

rw

Christa Wichterich, Uwe Hoering
Afrika in den neunziger Jahren.
Kein Zustand dauert ewig
Lamuv-Verlag, Göttingen 1991, 256 Seiten, 24,- DM

Afrika à la Scholl-Latour

In vielen fremden Augen ist Afrika noch immer der rätselhafte Kontinent, die politische Lage, gesellschaftliche Vorgänge, das Verhalten der Menschen schwer verständlich. Blutige Umstürze, Hungerkatastrophen, Menschenrechtsverletzungen und Korruption scheinen die Vorstellungen über Afrika zu bestimmen.

David Lamb, einer der bekanntesten US-amerikanischen Journalisten und mehrfacher Anwärter auf den Pulitzer-Preis will mit seinem nun in deutscher Sprache erschienenen Buch "Afrika, Afrika" (orig. "The Africans") die diffusen Bilder geraderücken. Nach eigener Aussage sucht er Antwort auf die Fragen "Was ist Afrika?... Wer sind die Afrikaner?", und schon diese Ankündigung muß stutzig machen.

Lamb, der mehrere Jahre lang aus allen afrikanischen Ländern für die "Los Angeles Times" berichtet hat, betont immer wieder die Vielschichtigkeit des Kontinents, dennoch: Er fühlt sich der unübersehbaren Aufgabe, "Afrika zu erklären" offensichtlich gewachsen. Entsprechend schwer ist der Inhalt seines Buches zusammenzufassen.

Unter Oberbegriffen wie Staatschefs, ethnische Konflikte, Putsch und Gegenputsch, koloniales Erbe, Presse, Gesundheitswesen, Wirtschaft, ausländischer Einfluß, etc. erzählt Lamb die vielfältigsten afrikanischen Episoden und ergänzt diese durch Daten und Fakten. Dabei weiß er über Details der blutigen Machenschaften eines Idi Amin ebenso zu berichten wie von der Tatsache, daß Tansanias ehemaliger Staatspräsident Nyerere in seiner Freizeit Shakespeare ins Kisuaheli zu übersetzen pflegte, oder daß James Mancham, Ex-Präsident der Seychellen, ein äußerst lebenslustiger Mensch war. So breit gefächert wie diese Beispiele ist dann auch die ganze Thematik des Buches.

Einigen Ländern widmet Lamb eigene Kapitel, wie Nigeria und Südafrika, aber auch einem Vergleich der Entwicklung Guineas und der Elfenbeinküste. Das dient allerdings hauptsächlich dazu, die Nachteile der Unterstützung durch den Ostblock (im Falle Guineas) den Vorteilen westlicher Hilfe (Elfenbeinküste) gegenüberzustellen. Dieses Thema zieht sich im übrigen fast durch das gesamte Buch, und Lamb verfällt dabei gar zu oft in grobe Schwarz-Weiß-Malerei und in übertriebene Euphorie, was den Nutzen westlicher Hilfe anbelangt. Die neuen Entwicklungen angesichts des Zusammenbruchs der realsozialistischen Systeme im Osten konnte er dabei natürlich nicht mehr berücksichtigen, da die Ereignisse sein 1989 zum ersten Mal erschienenes Buch überholt haben.

Lamb erzählt seine Geschichten - "subjektiv" wie er betont - von Staatsmännern und einfachen Menschen flüssig und anschaulich, mit großem Detailreichtum. Allerdings wirkt sein Stil mitunter befremdlich, so z.B. bei folgender Aussage über "die afrikanische Frau", deren außergewöhnlicher Persönlichkeit er viel Sympathie entgegenbringt: "Sie ist zumeist ungebildet, barfüßig und hat hängende Schultern". Von der kaum zu überbietenden Peinlichkeit dieses Satzes ganz abgesehen, ist es genau jene Art der Verallgemeinerung - der Afrikaner tut oder denkt dieses und jenes - die beim Lesen unangenehm auffällt. Dabei ist es für Lamb zu hoffen, daß die permanent benutzte Formulierung "der Afrikaner" auf das Konto der als "brilliant" gelobten Übersetzung geht ("the African" schließt eigentlich Frauen und Männer ein).

Der Grundtenor von Lambs Ansichten über Afrika wird schnell deutlich: Er hält die Afrikaner noch nicht für fähig, ihre Probleme ohne Anleitung von außen (d.h. der westlichen Welt) zu lösen. Pressefreiheit und Mehrparteiensysteme sind ein "Luxus", den sich Afrika noch immer nicht leisten kann, z.B. wegen der Gefahr des Mißbrauchs durch ethnische Gruppen. Für Lamb ist die geeignete Regierungsform bis auf weiteres die des "gutmütigen Diktators".

Das paßt nun gut in das von ihm nicht in Frage gestellte, sondern betonte Klischeebild der afrikanischen Passivität und Lethargie, der unendlichen Duldsamkeit, die jedem Wandel im Wege steht. Weder erwähnt Lamb Oppositions- und Demokratiebewegungen, die nicht erst seit heute existieren, noch bietet er Erklärungen für den von ihm beobachteten, ach so typisch afrikanischen Wesenszug. Scholl-Latour läßt grüßen.

Der Schlußsatz des Buches läßt dann auch keine Zweifel mehr an Lambs Grundüberzeugung, wenn er gerade für die Weißen in Südafrika, deren "Rassen"-politik er verurteilt, die Möglichkeit sieht, "aus ihrem destabilisierten und isolierten Südafrika ein Land zu machen, das den afrikanischen Kontinent politisch und wirtschaftlich anführen könnte".

Lambs Werk gilt unter Fachleuten als *das* journalistische Buch über Afrika südlich der Sahara und ist im englischsprachigen Raum ein Bestseller. Trotzdem: Der Anspruch, auf knapp 400 Seiten "Afrika zu erkären", erscheint so unerfüllbar wie fragwürdig; man stelle sich nur umgekehrt etwas vergleichbares für Europa oder (Nord-)Amerika vor. Es ist nichts einzuwenden gegen Lambs Subjektivität, wohl aber gegen die Undifferenziertheit, mit der bis auf wenige Ausnahmen, Variationen altbekannter Klischees ausgebreitet werden, während die versprochenen Erklärungen vergeblich auf sich warten lassen.

Wir haben es hier mit einem typischen "Kenner"-Buch zu tun: "Afrika, Afrika" hinterläßt den Eindruck, als sei Lamb der Vorstellung erlegen, es reiche aus, "monatelang von Kriegen zu Umstürzen" zu eilen, "Präsidenten und Medizinmänner, Professoren und Guerillaführer, Händler und Bauern" zu interviewen, um die Frage zu klären, die - wie er es so treffend bemerkt - "selbst Afrikaner verwirrt: Was ist Afrika?".

Daniela Volk

David Lamb
Afrika, Afrika. Menschen, Stämme, Länder.
Kyrill und Method-Verlag, München 1991, 393 Seiten, 38,- DM
(Orig. The Africans 1989, übersetzt von Bennett Theimann)

Pharmaindustrie geht neue Wege

Nach mehrjährigen vertraulichen Verhandlungen mit der Pharmaindustrie haben sich Evangelische und Katholische Kirche auf ein gemeinsames Positionspapier zur "Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt" verständigt, das am 13.2.1992 in Bonn auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde (es kann bestellt werden beim Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Straße 12, 3000 Hannover 21). So sehr der Versuch zu würdigen ist, Einfluß auf das Geschäftsgebaren der Pharmakonzerne in der Dritten Welt zu nehmen, bleibt es doch zweifelhaft, ob durch dieses Papier wirklich konkrete Verbesserungen für die Menschen im Süden erreicht werden.

Die "Pharma-Kampagne" des BUKO kritisiert an dem entstandenen Positionspapier, daß es einige gravierende inhaltliche Mängel aufweist und daß die wichtigsten Bereiche, in denen Veränderungen nötig wären, ausgeklammert bleiben.

Es hat den Anschein, daß das Papier eher der Imageaufbesserung für die Pharmakonzerne dient, die sich mit Hilfe eines derartigen "Konsenses" ungeliebter Kritik seitens der Kirche oder von der Kirche unterstützter Gruppen entledigen möchte. Eine tatsächliche Änderung der Firmenpolitik deutscher Pharmaunternehmen ist nicht zu erwarten.

So wurde zwar ein Arbeitskreis mit Vertretern aus Kirche, dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI), dem Arbeitskreis für medizinische Entwicklungshilfe und Patientenvertretern ins Leben gerufen, der den Arzneimittelmarkt beobachten, positive und negative Entwicklungen registrieren und Lösungen für festgestellte Probleme empfehlen soll. Doch soll sich dieser Arbeitskreis offenbar von vornherein auf einen verhältnismäßig kleinen Teil des Marktes beschränken: Die zukünftigen Gespräche zwischen Kirche und Industrie werden lediglich den "Öffentlichen Markt" thematisieren, also die Medikamente, die durch staatliche Subventionen kostenlos oder zu stark reduzierten Preisen angeboten werden. Der gesundheits- und entwicklungspolitisch viel bedeutsamere "Privatmarkt", der den Pharmaunternehmen zudem die größten Gewinne einbringt, soll ausgeklammert bleiben.

Insgesamt erscheint eine derartige unverbindliche Kooperation zwischen Kirche und Industrie wenig geeignet, die tatsächlichen Probleme, die sich aus den Vermarktungspraktiken der Pharmaindustrie in der Dritten Welt ergeben, zu lösen.

Nähere Informationen bei:
BUKO Pharma-Kampagne
Dritte Welt Haus
August-Bebel-Straße 62
4800 Bielefeld

Indígena-Delegation aus Lateinamerika

In der Zeit vom 20.5.-20.6.1992 besucht eine Delegation von Abgesandten indigener Völker und Organisationen die Bundesrepublik. Etwa zehn Personen vertreten Organisationen wie ECUARIURANI und Conaie aus Ecuador, ONIC aus Kolumbien, CONAP aus Peru und das Volk der Mapuche aus Chile. Sie kommen nicht als Bittsteller, sondern um ihren Protest im Rahmen der Kampagne '500 Jahre Kolonisierung und Widerstand in Lateinamerika' zu manifestieren. Sie wollen ihren Forderungen wie "Keine Feier anläßlich der sogenannten 'Begegnung zweier Welten'" Gehör verschaffen und auf den Ethnozid und dessen Folgen hinweisen.

Die Frauen und Männer der Delegation wären nicht Verantwortliche ihrer Organisationen, wären nicht an exponierter Stelle der Volksorganisationen, wenn sie nur von der Vergangenheit sprechen würden. Natürlich werden sie über Widerstand und eigene Alternativen informieren.

Bisher sind mit den Frauen und Männern der Delegation 42 Veranstaltungen geplant. Eine Liste der örtlichen Veranstalterinnen kann bei folgender Adresse angefragt werden:

AK päd. Paulo Freire
in der ag spak
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

Ausländische Studentinnen an deutschen Hochschulen

Das Leben in zwei Kulturen kann ein Glück sein, es kann aber auch sehr schwer sein.' Diese Äußerung deutet den Zwiespalt an, in dem sich Frauen aus Entwicklungsländern während ihrer Studiensituation in der Bundesrepublik befinden. Familiäre, gesellschaftliche und kulturelle Zwänge sind im Auslandsstudium für Frauen immer präsent. Dennoch gewinnt ein großer Anteil der Studentinnen aus Ländern der Dritten Welt im Ausland an Selbständigkeit und Selbstbewußtsein.

Sie verstehen sich nicht mehr als Hüterin ihrer Kultur, die sie auch im Ausland repräsentieren (sollen), sondern reflektieren sowohl die eigene als auch die westliche Kultur und wägen die Vor- und Nachteile gegeneinander ab. Sie vermissen hier in Deutschland die 'farbige Seite des Lebens'; sie erfahren 'man lacht wenig' und gelangen oft zu einer kritischen Einschätzung westlicher Gesellschafts- und Bildungssysteme, aber auch zu einer Überprüfung ihres Bildes der Herkunftsgesellschaft. Damit handeln sie sich Konflikte mit ihrer Familie und mit Landsleuten, aber auch mit Deutschen ein. Den einen sind sie zu europäisiert, den anderen zu wenig emanzipiert.

Das Auslandsstudium bietet Studentinnen aus Entwicklungsländern offenbar die Möglichkeit, Freiräume individueller Lebensmöglichkeiten auszubilden, zumal hier die Distanz zu Normen und Bewertungen der Herkunftsfamilie und des Herkunftslandes erleichtert wird, obgleich andererseits familiäre oder soziale Kontrolle durch Landsleute im Ausland besonders bei Frauen weiterhin erfolgt.

Für viele Studentinnen, die aus Entwicklungsländern zum Auslandsstudium in die Bundesrepublik kommen, ist das Auslandsstudium ein Alleingang, ein Aufbruch aus traditionellen Familienstrukturen, die sie in Form von familiärer, sozialer Kontrolle im Auslandsstudium begleiten.

So die Einschätzung einer Studie mit dem Titel 'Probleme und Perspektiven von Studentinnen aus Entwicklungsländern an Hochschulen der Bundesrepublik'. Hannelore Bublitz und Marlies Wehner, die ihre Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durchführten, sind Mitglieder der 'Arbeitsgemeinschaft für Angepaßte Technologie und Entwicklungspolitische Zusammenarbeit', Aachen (AGATE).

Die Studie ist erhältlich bei:
AGATE e.V. Aachen
Achterstr. 4
5100 Aachen

Frauen im Blickpunkt

Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Frauen werden jedes Jahr in Gefängnissen oder bei Militäraktionen zur Aufstandsbekämpfung sexuell mißbraucht und vergewaltigt. Aus ausnahmslos allen Regionen der Welt - einschließlich Staaten der Europäischen Gemeinschaft - liegen amnesty international Berichte vor, wonach festgenommene bzw. inhaftierte Frauen in Gewahrsam von Polizei, Militär oder Wachpersonal belästigt, mißbraucht oder vergewaltigt wurden. Diese Menschenrechtsverletzungen träfen selbst Schwangere und junge Mädchen im Alter von 14 Jahren und jünger.

Der Begriff 'politischer Gefangener' läßt nicht nur in der deutschen Sprache die unzutreffende Vermutung aufkommen, Frauen seien von politischer Verfolgung wenig oder nicht betroffen. Und da zudem die Schicksale von Frauen in fast allen Bereichen weniger Beachtung finden und somit unsichtbar bleiben, muß erst eine enorme Aufklärungsarbeit geleistet werden, bevor die Notwendigkeit geeigneter Schutzvorkehrungen auf internationaler Ebene und in den einzelnen Ländern Zustimmung findet.

Frauen sind sehr häufig einer doppelten Verfolgung ausgesetzt, sobald sie sich in Verhör- und Haftsituationen befinden. Anders als männliche Gefangene werden sie nicht nur als vermeintliche oder tatsächliche Gegnerinnen des jeweils herrschenden Systems angegriffen, sondern auch in ihrer Identität als Frauen, die einem sehr an männlichen Werten orientierten Militär- oder Polizeiapparat ausgeliefert sind.

In früheren Jahren hat sich amnesty international eher darauf beschränkt, über Frauen nur als Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu berichten. Nun wird verstärkt Gewicht darauf gelegt, aufzuzeigen, in welchen Bereichen Frauen politisch aktiv werden und wie gerade sie sich gegen staatliche Repression wehren, auch bei Menschenrechtsverletzungen gegenüber ihren Familienmitgliedern und in ihrem sozialen Umfeld. Frauen, die aus dem Schatten einer gesellschaftlich untergeordneten Stellung heraustreten und sich unbeirrbar gegen Mißstände und für ihre Rechte einsetzen, sind aber auch mehr von politischer Verfolgung bedroht. So ist die zunehmende Brutalität ihnen gegenüber zu erklären.

Im weiteren berichten die Materialien von amnesty auch über das wenig bekannte Schicksal von Frauen, die als Mütter, Ehefrauen oder Töchter anstelle eines männlichen Familienmitgliedes inhaftiert und gefoltert werden, um über sie als Geisel Druck auf die gesuchte Person auszuüben. Sie berichteten über Frauen, die verfolgt werden, weil sie gegen kulturelle Normen verstoßen haben, über Frauen, die in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen die Fronten der verfeindeten Parteien geraten und über Frauen, die wegen Schwangerschaft und der Sorge um ihre Kinder besonders verletzlich sind.

Viele Frauen sind durch Erziehung in ihrer Kultur oder aus Angst vor der eigenen Familie nicht in der Lage, über erlittene sexuelle Mißhandlungen und Vergewaltigungen auszusagen. Es handelt sich demnach bei den vorliegenden Berichten um die Spitze eines Eisberges.

amnesty international möchte nicht nur informieren und durch weltweite Aktionen die Öffentlichkeit auf Menschenrechtsverletzungen an Frauen aufmerksam machen. 'ai' hat einen sehr ausführlichen Forderungskatalog erstellt, der in vielen Punkten erweiterte Schutzvorkehrungen für die betroffenen Frauen auf internationaler und nationaler Ebene vorschlägt. Eine Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zu Menschenrechtsverletzungen an Frauen könnte, so der Vorschlag, Erkenntnisse zusammentragen und geeignete Maßnahmen durch Gremien der Vereinten Nationen initiieren.

Wer sich für die Kampagne von amnesty international interessiert, wende sich an folgende Adresse:

amnesty international (ai)
Postfach 17 02 29
5300 Bonn 1
Tel. 0228/65 09 81

Geld für Dritte-Welt-Gruppen

In der Broschüre “mehr möglich machen ...” finden sich die Adressen verschiedener Stiftungen und Institutionen, an die sich entwicklungspolitische Gruppen aus Niedersachsen wenden können, wenn sie für ihre Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit finanzielle Unterstützung benötigen. Jede Institution wird kurz beschrieben, ferner enthält das Heft Informationen über Ansprechpartner, formale Antragsbedingungen, Förderungsschwerpunkte und -umfang. Die Broschüre ist interessierten Gruppen sicherlich eine Hilfe, die richtigen Adressen für die richtigen Anträge zu finden. Sie ist kostenlos erhältlich bei:

VNB, Region Nord-West,
Bahnhofstr. 16,
2847 Barnstorf,
Tel.: 05442/1596.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 159
Schwerpunkt: Solidaritätsbewegung - wohin?: Solidarität, mit der "Dritten Welt" nach dem Ende der Blockfrontation * Interview: "Wenn Du einen Menschen rettest, rettest Du die Welt/Interview mit einem christlichen Solibewegten * BUKO-Politik: Interview: Hat der BUKO eine Zukunft? + und Kursänderung auf dem kommenden Kongreß * Westsahara: Neuordnung in einer vergessenen Kolonie? * Droht das Aus für die kleinen Produzenten? EG-Binnenmarkt und Bananen * Kampagne '92: La hora de Espana oder wem die Stunde schlägt * Dikussion: Totgesagte leben länger/Aktion 3. Welt Handel * Ende der A3WH - Eine Illusion? - Kritik einer womöglich verfrühten Autopsie * Umwelt versus Bevölkerung? * Interview: "Ein Inder in Deutschland", Erzählungen über den täglichen Rassismus.
Bestellung: Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 04 21 / 32 51 56, FAX: 04 21 / 3 37 81 77.

Lateinamerika Nachrichten Nr. 212, Februar 1992
El Salvador - Die Guerilla am Ziel * El Salvador/Kuba - Ein Schimmer Hoffnung auf der Kehrseite der Revolution * Kuba - Im freien Fall von der Zweiten und Dritten Welt * Kuba/Film - Lügen im Wunderland * Peru/Film - Zweites lateinamerikanisches Frauenvideofestival * Musik - Juan Luis Guerra erobert den Kontinent * Haiti - Das Tauziehen geht weiter * Nicaragua - Costa Atlantica: Der Traum von der Autonomie * Mexico - Salinas' Modernisierung des Agrarsektors * Brasilen - PT, Weltmarkt und Glaubwürdigkeit - Interview mit M. Aurelio Garcia * Bevölkerungspolitik - Norplant - Die Pille geht unter die Haut * Argentinien - Die da oben - die da unten * Chile - Nachruf auf Radomiro Tomic*
Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo: FM 55,-
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb
im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 694 61 00
Fax. 030 / 692 65 90

"Rundbrief Päd. Paulo Freire Nr. 51/91.
Aus dem Inhalt:
- Die Entschulungsdebatte / Erklärung der Nachbarn von Palermo (Argentinien) / Trotz Batik- u. Töpfekurse - Ausländerfeindlichkeit.... / Methodologieseminar in Berlin/Ost
Abo 10,- DM pro Jahr, Einzelheft: 4,- DM
Bezug: AG SPAK (AK P.Freire), Adlzreiterstr. 23, 8 München 2

DRITTE WELT 3/1992
Schwerpunkt: Religion/Fluchtpunkt Religion? Die Fundamentalisten sind unter uns / Armaggeddon am Felsendom / Kalter Wind aus Rom / Rundfunk, die "Luftwaffe" der Missionskirchen / Die Mun-Sekte / Evangelikale in Afrika / Siegeszug der islamischen Fundamentalisten? / Hindu-Fundamentalismus: Glaubenskrieg um eine Tempelstätte / Zentralasien: Ex-Sowjetrepubliken zwischen Islam und Nationalismus / Westsahara: Widerstand und Hoffnung / Kenia: Das (K)Einparteiensystem wurde abgeschafft / Palästina: Israelische Repression und die Frauen in den besetzten Gebieten / El Salvador: Konsolidierung des Friedens / Rückblick: Batistas Putsch in Kuba / Rezension: E. Krochs Uruguay-Buch
Einzelpreis 6,50 DM, Abo 60 DM
Bezug: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, 06421-24672

Zimbabwe Netzwerk Rundbrief Nr. 23, Oktober 1991
Schwerpunktthema: Ökologie
Beiträge u.a. zu: Wirtschaft und Umwelt im Konflikt, Elfenbeinhandel, Erschließung des Zambezi-Tals, Blumenanbau, Bauern und Guerillas im Befreiungskrieg, der nationale Behindertenrat in Zimbabwe
Preis: 3,50 DM
Bezug: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 7000 Stuttgart 1 (neu ab Feb. 92)

ila latina: Latinas en Alemania
Este número de "ila latina" es la reproducción en portugueés y castellano de la edición de "ila", No. 146, del pasado mes de junio, dedicada a las experiencias y circunstancias que viven las mujeres latinoamericanas en Alemania. (La versión almana ya está agotada) Este número, más que ningún otro, trata sobre experiencias personales. Las aportaciones atestiguan la distancia con la que vivimos alemanes y latinas/os en este país.
ila latina No. 5, noviembre 1991, número especial, 36 pág.
precio: DM 4,- + DM 1,- franqueo postal
ila latina, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Bolivia Nov./Dez. 91
Pariser Verhandlungen: Der Konfliktive Weg zur Privatisierung * Der Populismus im Afuwind: Ergebnisse der Kommunalwahlen 1991 * Straßenkinder in La Paz * Cocaproduzenten: Das Alternative Entwicklungsmodell ist gescheitert * Mobile Schule "Domitila" * Eine Legende von der heiligen Pflanze
Preise: Einzelheft: DM 2,50
Abo: DM 15,-
Bezug: Bolivia Sago Informationszentrum, Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61

VFLU Umweltzeitung (Dezember 1991)
Inhalt: Schwerpunkt "Zur ökologischen Krise in den Andenländern": Landschaft und Vegetation in Kolumbien; Erosion in den Zentralanden; Bolivien - auf dem Weg in den Ökozid oder zurück in die Zukunft; Quinoa - eine Alternative in der Ernährung?; Anapqui.
Außerdem: Neue Weltordnung im Maghreb (Westsahara/Marokko); Vermarktung der Regenwälder; Vatikan und Max-Planck-Gesellschaft zerstören heiligen Berg
Bezug: VFLU, Langgasse 24/H, 6200 Wiesbaden
Preis: Einzelpreis 5,- DM; Jahresabo 25,-/50,- DM

Rundbrief 52/92
Schwerpunktthema "500 Jahre Kolonialisierung und Widerstand in LA - und der Beitrag der engag., befreienden Bildungsarbeit!
Mitarbeitsinteresse? Kontakt: AG SPAK (AK Freire), Adlzreiterstr. 23, 8 München 2 bzw. Tel. 089 / 77 40 77 - Heinz Schulze.

ila 152, Februar 92
Schwerpunktthema "Peru auf leuchtendem Pfad". Auf 27 Seiten Beiträge und Interviews über die Geschichte, Bedeutung und Mission des "Sendero Luminoso", über die Rolle der Frauen in seinen Reihen und die neueste "Strategie des Gleichgewichts" zum peruanischen Militär, das vor Ablauf des Jahrtausends zum Triumph der Revolution führen soll. Einleitend ein Zustandsbericht über die peruanische Gesellschaft im zweiten Jahr der neoliberalen Fujimori-Regierung. Weitere Artikel zu Protestwellen in Venezuela, zum Friedensabkommen in El Salvador und Interviews mit der Guatemalakischen Kirche im Exil (IGE) sowie mit ehemaligen politischen Gefangenen aus Argentinien. Berichte von einer internationalen Konferenz "Frauen, Fortpflanzung und Umwelt" in Rio de Janeiro und vom 11. Kongreß der FEDEFAM, der Angehörigenorganisation Verschwundener, der in Santiago de Chile stattfand. Außerdem wird die Reihe "Lebenswege" fortgesetzt, im Blickpunkt diesmal: Susanne Bach, Buchhändlerin in München, Paris, Rio...
64 Seiten, Einzelpreis erhöht auf 6,- DM, Abo unverändert 50,- DM, Bezug: ila, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1

Werena Rosenke, Thomas Siepelmeyer (Hrsg.) Arbeitskreis Afrika - AKAFRIK - Münster, **Afrika Der vergessene Kontinent ? Zwischen selektiver Weltmarktintegration und ökologischen Katastrophen**, Münster 1991, 257 Seiten, DM 19,80

Schering-Aktions-Netzwerk und Henry Mathews (Hrsg.) **Schering-Die Pille macht Macht.** Berichte über die Geschäfte von Schering, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1992, 191 Seiten, DM 22,80

Jenny Pearce, **Kolumbien Im Innern des Labyrinths,** Schmetterling Verlag, Stuttgart 1991, 289 Seiten, DM 29,80

Sven Hansen, **Philippinen, Guerilla und Revolution, Ursprünge, Entwicklungen und Krise der NDF,** Wurf Verlag, Münster 1991, 174 Seiten, DM 19,80

Heidemarie Rix, **Weiße Träne - schwarze Haut Eine Reise nach Kamerun** (Reisebericht) Verlag R.G. Fischer, Frankfurt/M 1991, 88 Seiten, DM 12,80

Rainer Schryen, **Hong Kong und Shenzhen**. Entwicklungen, Verflechtungen und Abhängigkeiten, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Hamburg 1992, 317 Seiten, DM 34,-

Schulpatenschafts-Seminar Mosambik
vom 21.-22.März 1992 in Bielefeld-Einschlingen
Anmeldung und Infos bei:
Koordinierungskreis Mosambik e.V.
Klasingstr.17
W-4800 Bielefeld 1
Tel.:0521/124742

Afrika-ein Abschreibungsprojekt?
Probleme und Perspektiven afrikanischer Politik in der "Neuen Weltordnung"
Tagung der Evangelischen Akademie vom 8.-10. Mai 1992 in Hofgeismar
Anmeldung und Infos bei:
Evangelische Akademie
Schlößchen Schönburg
Postfach 1205
W-3520 Hofgeismar
Tel.:05671/881-178

Neue Blicke in den Süden?
Filme in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit am 30.März 1992 in Stuttgart
Anmeldung und Infos bei:
Evangelisches Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit
Gänsheidestr.67
W-7000 Stuttgart
Tel.:0711/240561

Coca Süd..COCA-In-Nord
oder wie aus der "mama coca" der Drogenkrieg wurde, Seminar vom 3.-5.April in Bonn
Anmeldung und Infos bei:
AG Sozialpolitischer Arbeitskreise
Adlzreiterstr.23
W-8000 München 2
Tel.:089/774077

Ökologische Entwicklung-alternative Entwicklungsstrategien
Gemeinsames Seminar indischer und deutscher Nichtregierungsorganisationen vom 3.-5.April in Bremen/Bad Zwischenahn
Anmeldung und Infos bei:
Forum Städtesolidarität Bremen-Pune e.V.
Gunther Hilliges
c/o Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit
Slevogtstr.48
W-2800 Bremen 1

38.internationale Kurzfilmtage
"Weg zum Nachbarn" in Oberhausen
vom 30.4.-6.5.1992
Anmeldung und Infos bei:
Stadt Oberhausen
Postfach: 101505
Christian-Steger-Straße 10
W-4200 Oberhausen 1
Tel.:0208/807008

Die entwicklungspolitische Bedeutung von 'human resources'.
Studium im Ausland als Zusatzqualifikation für die berufliche Karriere im Heimatland. Seminar vom 20.-22.März in Göttingen
Anmeldung und Infos bei:
Arbeitskreis Afrikanisch-Asiatischer AkademikerInnen
Theodor-Heuss-Straße 11
W-3400 Göttingen
Tel.:0551/34443

Das **Hilfswerk Haiti e.V.**
lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:
11.4.1992 Haiti-Seminar: Kultur und Voodoo
12.4.1992 Ausstellung: Kinderzeichnungen und Fotos
29.4.1992 Haiti-Vortrag: Gerhard Hoffmann
Anmeldung und Infos bei:
Hilfswerk Haiti e.V.
Timmermannstr.11
W-2000 Hamburg 60
Tel.:040/516506

Frauen,Demokratie und Islam
Der lange Weg aus dem Schweigen - Frauen der arabisch-islamischen Welt ergreifen das Wort für Demokratie, vom 31.März-6.April 1992 in Berlin
Anmeldung und Infos bei:
Nedschma Kommunikation
Schinkestr.8-9
W-1000 Berlin 44

Internationaler Workshop für naive Kunst
vom 12.-19.April in Mella/Santiago de Cuba, Infos und Anmeldung:
Comité Organizador,Taller Internacional del Arte naif
c/o Lic.José Millet,Casa del Caribe
Calle 13 No.154 esq.a 8,Rpto Vista Alegre
Zona Postal 4
Santiago de Cuba 90400
Cuba

Zwischen Ökonomie und sozialer Arbeit,
Lernen im informellen Sektor in der Dritten Welt, vom 19.-22.März
Anmeldung und Infos bei:
Evangelische Akademie Bad Boll
Tagungs-Nr.G3 03 92
Ökumenereferat
W-7325 Bad Boll
Tel.:07164/79238

Reparationen für die Dritte Welt, Seminar vom 8.-10.5.1992 in Münster (parallel zum Ost-West-Gipfel), ReferentInnen aus Chile (Mapuche), Namibia (Herero), Nigeria und den USA (Schwarzenbewegung).
Anmeldung:
AKAFRIK oder BUKO
0251/661116 bzw. 040/393156

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

